

FEBRUAR 1997
1. QUARTAL NR. 22
erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

5,–DM

CITY TOILETTE

City 2000: Service Sicherheit Sauberkeit

Postvertriebsstück A 12057 F – Entgelt bezahlt

-°13024 -A12057F--------Bd 4

Infoladen im CI

Koburger Str. 3

04277 Leipzig

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin

Antirassistische und antifaschistische Telefone in der BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
0241/3 84 68
(in dringenden Fällen) fr ab 18.00

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo ab 17.30, di 16.00-19.00,
fr 14.30-17.30

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
0521/64094
mo+fr 10.00-13.00, di+do
14.00-18.00 (sonst AB)

Bonn
Antirassistisches Telefon
0228/63 61 51
mo+mi+do 18.00-20.00

Braunschweig
Antirassistisches Telefon
0531/34 11 34
mi 16.00-18.00, sa 17.00-19.00

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
0421/70 64 44
di 15.00-19.00, do 15.00-17.00

Delmenhorst
Infotelefon 04221/178 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
0231/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
0211/992 00 00, rund um die Uhr

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
09131/20 22 68
di 10.00-12.00

Essen
Anti-Rassismus Telefon
0201/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/antifaschistisches
Notruftelefon
0641/79 14 64
di 19.00-21.00, fr 19.00-23.00,
sa 11.00-13.00 und 19.00-23.00

Göttingen
Antifaschistisches Notruftelefon
0551/39 45 67

Hamburg
Antirassistisches Telefon
040/43 15 87, mo-sa 9.00-23.00

Kassel
Infotelefon 0561/17919, 24 Std.

Köln
Kölntelefon 0221/881022

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
0451/702 07 48
täglich außer so+di 18.00-21.00

Lüneburg
Antifatelefon Lüneburg
04131/40 54 10

Mannheim
Antirassistisches Notruftelefon
0621/156 41 41
fr+sa 19.00-6.00,
so und mo 19.00-24.00
Infotelefon 0621/217 05

München
Anti-rassistisches Telefon,
089/543 96 12
mo 10.00-12.00, di 18.30-20.30
und fr 15.00-17.00

Münster
Antifa-Infotelefon
0251/602 56
di 18.00-20.00, Fr 17.00-1.00

Passau
Infotelefon Antifa
0851/361 06
fr 16.00-19.00



Dem ... gegen oder den ... steuern?

»Es überleben die Starken im Zentrum, während die Schwachen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, zur sozialen Nutzlosigkeit verdammt - desillusionierte arbeitslose Jugendliche, Ausländer, Arme und Sozialfälle. Welche Aufgaben muß heute eine Sozialpolitik erfüllen, um dem Zerfall der demokratischen Gesellschaft in Zentrum und Peripherie zu steuern?«

Klappentext zu Dubet. Lapeyronnie: IM AUS der Vorstädte - Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft (Vgl. Literaturschau auf Seite 29)

ZAG

Zeitung antirassistischer Gruppen
http://www.berlinet.de/zag/

Herausgeberin
Antirassistische Initiative e.V.

Redaktion
Georg. Günther. Heidje, Irmgard. Jürgen. Michael. Tobias
Fotoredaktion: Albert

Redaktionsanschrift
ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59. HH, 10965 Berlin
Tel.: 030-785 72 81
(Antirassistisches Telefon)
FAX: 030-786 99 84
E-Mail: ZAG @ VLBERLIN.comlink.de

Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
Bankleitzahl: 100 205 00

Erscheinungsweise
vierteljährlich

V.i.S.d.P.
Peter Finger

Gestaltung
Ulrike Steglich. Rosenthaler Str. 13. 10119 Berlin

Druck
EinDruck

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 16.5.97

Inhalt

aktuelles

europäisches jahr gegen rassismus

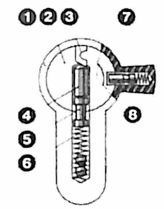
Thema: I wanna wake up in a city that...?

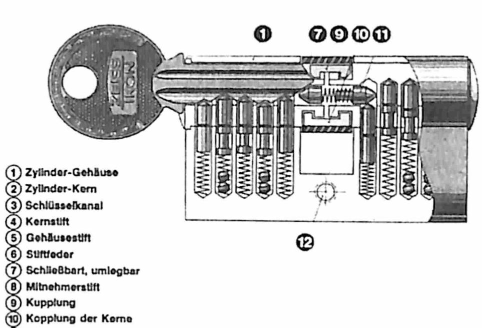
initiativen

debatte

rezensionen

vom plattenteller





High Security City System:

Die Straßenbahn-Endhaltestelle in Magdeburg-Neu-Olvenstädt, an der dem siebzehnjährigen Punker Frank Böttcher von Nazi-Skins der Schädel eingetreten wurde, ist keine »gefährliche Zone« im Sinne der modernen Service-, Sicherheits- und Sauberkeitskonzepte, mit denen Konsummeilen, Geschäftszentren und Bahnhöfe zu letzten Refugien der kalten Sterilität von Marmor, Nirosta-Stahl und immer verzweifelter auf Hochglanz polierten Verwertung umgebaut werden.
Frank Böttchers Tod tangiert die innere Sicherheit ungleich weniger als die am heutigen Samstag aus Wut über die Brutalität der herrschenden Verhältnisse und ihrer rechten Bluthunde eingeschmissenen Scheiben im Zentrum von Magdeburg: Auf dem Zentralen Platz und am Bahnhof zählte er zum »gefährlichen Potential«, als er dort noch in der wärmenden Sonne sitzend sein Bier schlürfen konnte und vielleicht ein paar Groschen schnorrend der Plastik-Gesellschaft die dreckige und verelendete menschliche Kehrseite vorhalten konnte.
Die »early birds« der Punx waren ihrer Zeit offenbar weit voraus, als sie sich (schon vor zwanzig Jahren!) offensiv und ungeniert als »menschlicher Müll« in der urbanen Öffentlichkeit präsentierten und damit bereits die ultimative politische und kulturelle Antwort auf das fanden, was wir euch in diesem Heft als Themenschwerpunkt zusammengestellt haben.

High Sophisticated Ideology Production: 1997 ist zum »Europäischen Jahr gegen Rassismus« ausgerufen worden, die EU hat sich also das politische Anliegen dieser Zeitschrift zu eigen gemacht und wir könnten unsere Mission eigentlich als erfüllt ansehen. Oder doch nicht? Schirmherr ist hierzulande ein gewisser Innenminister und dessen erste Amtshandlung bestand in der Einführung der Visumspflicht für Kinder, was von einer gewissen »Ausländerbeauftragten« wie folgt kommentiert wurde: »Oft wurde ihre eingeschränkte Strafmündigkeit (von den Eltern) auch benutzt, um sie bei Straftaten einzusetzen... Die neue Visumspflicht kann Kinder etwas besser davor schützen, hin- und hergeschoben und dabei auch für mehr als zweifelhafte Zwecke mißbraucht zu werden.« (1) Mehr zu diesem Orwell-Jahr findet ihr auf Seite 14.

High Security Society Architecture: Nicht nur der urbane Raum, auch die Justiz soll zukünftig als »Baustein in der Sicherheitsarchitektur« dienen, so Herr Kanther, der schon keinerlei Probleme mehr hat anzudeuten, an welche Stilrichtung dieses Jahrhunderts er sich anzulehnen gedenkt bei der weiteren Verbunkerung der bundesrepublikanischen Gesellschaft: An die von Albert Speer. »Die Justiz muß einigermaßen in Übereinstimmung sein mit der vernünftigen Meinung des ganzen Volkes.« (2)
Ja, damit sind Sie gemeint, Herr Richter Wilken vom Lübecker Landgericht, der Sie seit bald einem halben Jahr über die Opfer eines rassistischen Brandanschlags zu Gericht sitzen müssen. Und damit sind Sie gemeint, Herr Richter Sowieso vom Stader Landgericht, der Sie vom Bundesgerichtshof dazu verdonnert worden sind, einen braven deutschen Mitarbeiter der Hamburger Umweltbehörde zu verurteilen, nur weil er »einen Bimbo abgestochen« (3) hat, der schließlich selbst schuld ist, wenn er sich besoffen im falschen Erste-Klasse-Abteil breitmacht. Stecken Sie sich diesen denkwürdigen Merksatz von Herrn Kanther (der immerhin noch nicht Ihr oberster Dienstherr ist, da besteht ja noch ein wenig Spielraum) doch am besten hinter den Spiegel, dann können Sie jeden Morgen, wenn sie sich die Robe richten, kurz darüber meditieren, ob sie schon ein fester »Baustein in der Sicherheitsarchitektur« sind, der Zement des Gehorsams also abgebunden hat, oder ob sie noch genügend Bewegungsfreiheit haben, sich guten Gewissens ›Richter‹ zu nennen.

Highly Psychopathical Reality Design: Mehr zum rassistischen Mord an dem gambischen Asylsuchenden Bolong Jamba im Zug nach Buchholz und dessen »Verarbeitung« in einem einstmals liberalen Magazin schrieb uns ein Leser aus Mannheim, dem hier für die Zusendung des auf Seite 32 abgedruckten Artikels herzlich gedankt sei.
Im Sommer-Heft werden wir uns in der wohl notwendigen Ausführlichkeit mit einer Auseinandersetzung beschäftigen, die sich seit einiger Zeit um eine andere antirassistische Zeitschrift, DIE BRÜCKE, entfaltet hat. Die führt in ihrem Impressum einen gewissen Peter Schütt als Redakteur, der in eindeutig demagogischer Weise gegen Antifa-Gruppen zu Felde zieht. Dazu liegt uns bereits ein Beitrag der Hamburger Hochschulantifa vor, den wir zusammen mit weiteren Stimmen, möglichst auch aus der BRÜCKE, ins nächste Heft rücken werden.
Die Winde der Veränderung atmen Entgrenzung, Kommunikation, Internationalisierung, Öffnung und Mobilität, aber über das Land legt sich wie Mehltau Parzellierung, Mauerbau und Ausgrenzung. Die nächste ZAG wird sich mit Mobilität – zwischen Datenautobahn und Massenflucht – beschäftigen, das rassistische Realitätsdesign ist ja eh ein Dauerbrenner...
Trotz alledem: Es wird ja doch immer wieder Frühling, denkt sich so...

die ZAG-Redaktion

(1) Die »Ausländerbeauftragte« des Senats von Berlin, Pressemitteilung vom 14.1.1997
(2) Innenminister Kanther zitiert nach: Klaus Kretkemeier: Vermauert, FR 25.1.1997, S.6
(3) Der Täter, zitiert nach Junge Welt 25.1.1997

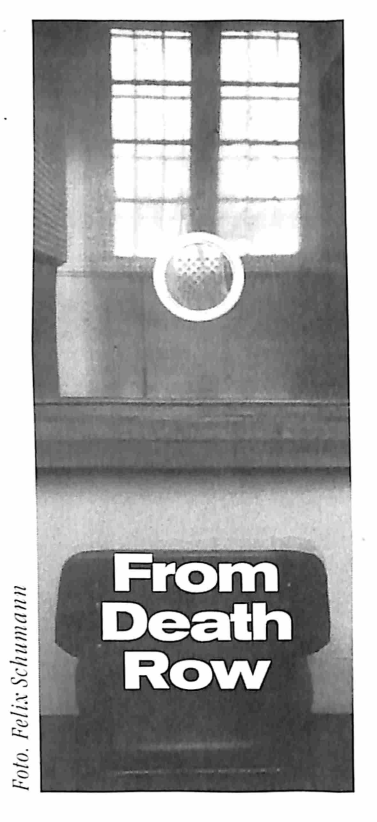


Foto: Felix Schumann

Neue Schikanen gegen Mumia Abu-Jamal

Seit der Veröffentlichung seines zweiten Buchs »Death Blossoms« im Januar diesen Jahres ist der afroamerikanische Journalist und Todeskandidat Mumia Abu-Jamal verstärkten Schikanen von Seiten der Gefängnisleitung des Hochsicherheitsgefängnisses SCI Greene ausgesetzt. Am 13. Februar wurde Abu-Jamal mitgeteilt, daß er innerhalb von 10 Tagen seine Haare abschneiden müsse. Für den Fall einer Weigerung wurde ihm eine Disziplinarstrafe von unbestimmter Dauer angedroht. Abu-Jamal trägt seine Haare aus weltanschaulichen Gründen und als Zeichen seiner Unterstützung für die afroamerikanische MOVE-Organisation in sog. »Dreadlocks«. Schon 1985 hatte die Gefängnisbehörde von Pennsylvania durch Disziplinarstrafen versucht, Abu-Jamal und MOVE-Gefangene zum Abschneiden ihrer Dreadlocks zu zwingen. Abu-Jamal weigerte sich, und als Konsequenz wurden ihm sieben Jahre lang der Besitz eines Radios und Fernsehers sowie Telefonanrufe seiner Familie gestrichen. Darüberhinaus hat die Gefängnisleitung in den letzten Wochen Besucher von Abu-Jamal, darunter einen Chicagoer Rechtsanwalt, der Abu-Jamals Zivilverfahren gegen die Gefängnisbehörde von Pennsylvania betreut, abgewiesen und haben Schließer Besuche, ohne Angabe von Gründen, vorzeitig abgebrochen. Abu-Jamals UnterstützerInnen befürchten, daß die Gefängnisleitung von SCI Greene und die Gefängnisbehörde von Pennsylvania Abu-Jamal mit diesen Maßnahmen noch weiter von der Außenwelt isolieren wollen. Abu-Jamal war schon nach der Veröffentlichung seines ersten Buchs »Live from Death Row« im Jahr 1995 von einer gefängnisinternen Schiedskommission zu einem Monat verschärfter Isolationshaft verurteilt worden. Gleichzeitig hatte die rechte Polizeigewerkschaft Fraternal Order of Police (FOP) öffentlich zum Boykott des Verlages aufgerufen. Abu-Jamals UnterstützerInnen bitten dringend darum, Protestfaxe und Briefe an die Gefängnisleitung und die Gefängnisbehörde von Pennsylvania zu schicken.

Superintendent Varner, SCI Greene, Fax-Nr.: 001-412-852-5502 o. 001-412-852-2902 und Commissioner of Corrections Martin Horn, Fax-Nr. 001-717-977-0132.



Charité schiebt PatientInnen ab!

Ausländische Kranke werden im Krankenwagen über die Grenze gebracht – auch gegen ihren Willen

Der Fall:

Wer ins Krankenhaus kommt, möchte behandelt und wieder entlassen werden. Ganz einfach. So einfach hat der Krankenhausaufenthalt der Polin Maria P., die vor ca. zwei Wochen als Notfallpatientin in die Charité eingeliefert wurde, allerdings nicht ausgesehen. Obwohl sie in Berlin lebt, versuchte der Krankenhaussozialdienst wenige Tage nach ihrer Operation, sie zu einer Weiterbehandlung in Polen zu überreden. Das Argument: Da Frau P. nicht versichert sei, gelte sie als Privatpatientin und verschulde sich mit jedem Tag mehr, in Polen sei die Behandlung billiger. Als Frau P. die Zustimmung zu dem Krankentransport nach Polen verweigerte, wurde sie von einem Dolmetscher übel beschimpft und unter Druck gesetzt. Der Ärztin, die Frau P. ins Krankenhaus eingewiesen hatte, wurde am Telefon fälschlicherweise von der Charité versichert, die Patientin werde freiwillig verlegt. Erst nach massiver Intervention von außen wurde von dem Transport abgesehen. Schließlich mußte Frau P., obwohl sie noch weiterer stationärer Behandlung bedurft hätte, die Charité sofort verlassen und unterschreiben, daß sie auf eigenen Wunsch und gegen ärztlichen Rat entlassen werde. Außerdem war in den fünf Tagen nach ihrer Operation ihr Wundverband nicht gewechselt worden. Zusätzlich wurde ihr während des Krankenhausaufenthaltes der Paß abgenommen.

Das Verfahren:

Wie die Charité-Verwaltung gegenüber JournalistInnen auch schon eingeräumt hat, versucht sie prinzipiell, ausländische PatientInnen, die nicht versichert sind und bei denen die Kostenübernahme ungeklärt ist, auf Krankenhauskosten in ihre Herkunftsländer zu transportieren. Der Krankenhaussozialdienst, der die Transporte organisiert, bezeichnet dies als humanitäres Verfahren, mit dem den Betroffenen eine lebenslange Verschuldung erspart bleibe. In Wirklichkeit geht es jedoch ums eigene Geld: Die Finanzierung des Krankenwagens nach Jugoslawien oder Polen ist für die Charité erheblich billiger, als die stationäre Weiterbehandlung der PatientInnen. Der Fall von Frau P. beweist, daß PatientInnen im Zweifelsfall auch gegen ihren Willen ins Ausland transportiert werden – damit schiebt die Charité auf eigene Faust Menschen ab.

Die Freiwilligkeit der Betroffenen, auf die sich der Krankenhaussozialdienst beruft, ist ohnehin eine Farce bei einem Verfahren, das ohne Rechtsgrundlage und hinter verschlossenen Türen abläuft, und über das nur ein Teil der KrankenhausmitarbeiterInnen informiert ist. Das scheinbar humanitäre Engagement dient letztlich nur der »Entsorgung« eines Problems, des Kostenfaktors Mensch ohne Krankenversicherung. Gerade AusländerInnen leben hier oft in prekären Verhältnissen und wären in ihrem Heimatland noch schlechter gestellt – sie sind deshalb über die Angst vor enorm hoher Verschuldung leicht unter Druck zu setzen. Da bietet sich die Lösung Abschiebung an.

Der Kontext:

Wie begegnet ein Krankenhaus seinen PatientInnen? Gelten sie in erster Linie als hilfsbedürftige Kranke oder als InländerInnen / AusländerInnen, Versicherte / Kostenfaktor? Mit der Abschiebung von osteuropäischen PatientInnen ohne hier gültige Krankenversicherung in ihre Herkunftsländer folgt die Charité einer rassistischen und nationalistischen Einteilung von Menschen, die den gesellschaftlichen Alltag in der BRD bestimmt. Menschen, denen hier kein Aufenthaltsrecht zuerkannt wird, werden vor dem Hintergrund der Kostendämpfung ein weiteres Mal auf diesen Umstand reduziert.

Der finanzielle Druck auf den Gesundheits und Sozialbereich wird immer stärker, schon jetzt ist der Zwang zum Sparen zur wichtigsten Leitlinie geworden, der sich alles andere unterzuordnen hat. Ob und an wen dieser Druck weitergegeben wird, ist eine politische Entscheidung. 1994 gab es in der Charite durch die

Behandlung nichtversicherter PatientInnen nach Schätzungen des Sozialdienstes unbezahlte Rechnungen in Höhe von eineinhalb Millionen DM. Dies ist eine Summe, die nicht nur im Verhältnis zum Gesamtumsatz der Universitätsklinik (über 600 Millionen/Jahr), sondern auch vor dem Hintergrund der Finanzierung von staatlichen Prestigeprojekten wie dem Transrapid oder dem Bundeskanzleramt durch das Land Berlin lächerlich ist.

Die Hintergründe:

Die neue, restriktivere Ausländer- und Asylgesetzgebung der letzten Jahre zwingt immer mehr Menschen in die Situation, sich illegal hier aufzuhalten, das heißt, auch ohne die Möglichkeit, sozialversichert zu arbeiten. Daß durch die neuen Asylbestimmungen die Einwanderung viel weniger zahlenmäßig beschränkt als vielmehr auf eine andere, informelle Ebene gedrängt werden würde, war den Gesetzgebern dabei durchaus bewußt. Das wachsende Reservoir von Billigarbeitskräften ist eben durchaus im Sinne des »Standortes Deutschland«. Die Verantwortung für die Folgen dieser Illegalisierung von EinwanderInnen liegt nicht bei den Krankenhäusern und anderen sozialen Einrichtungen.

Deshalb lehnen wir ein Denken ab, das sich im Gesundheitsbereich vordringlich an verursachten Kosten orientiert! Die Bedürfnisse der PatientInnen müssen Priorität haben!

PatientInnen vor die »Alternativen« Abschiebung, lebenslange Verschuldung oder vorzeitige Entlassung zu stellen, ist unmenschlich!

Auch andere Krankenhäuser, die z.T. ausländischen, nichtversicherten PatientInnen schon die Aufnahme verweigern oder sie direkt an Ausländerbehörde denunzieren, handeln rassistisch und gegen den ärztlichen Eid!

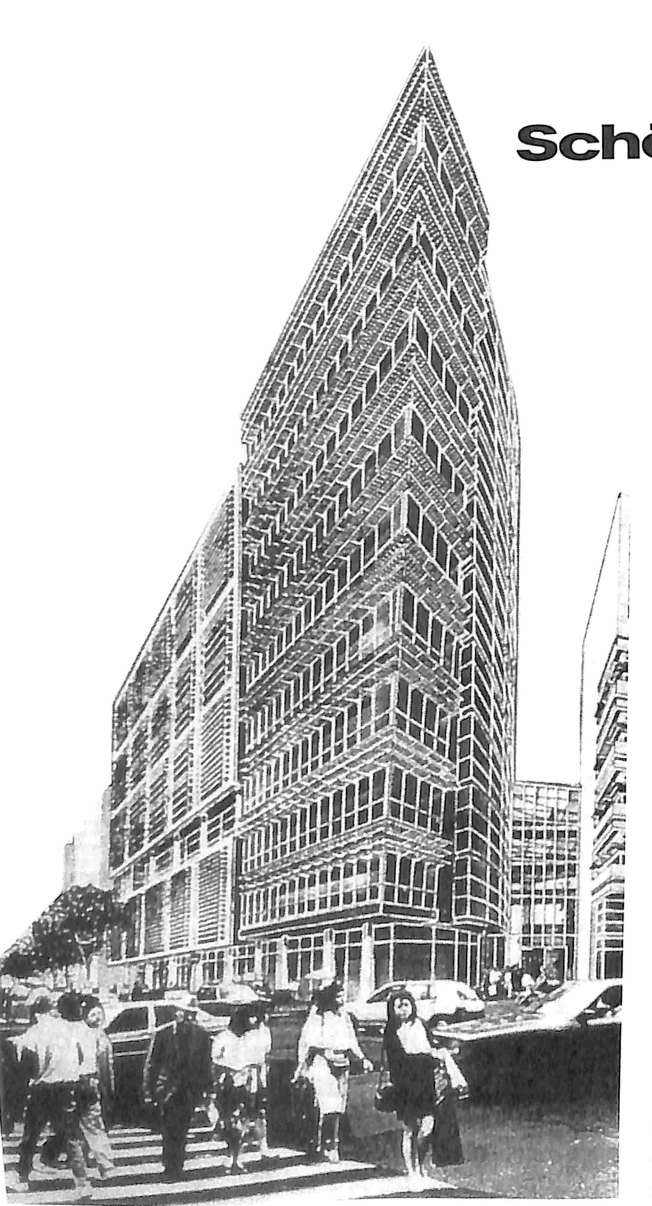
ÄrztInnen sind Vertrauenspersonen und dürfen dieses Vertrauen nicht mißbrauchen, indem sie sich zum verlängerten Arm der Ausländerbehörde machen!

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht.

Deshalb fordern wir die Behandlung von allen PatientInnen unabhängig von Aufenthaltsstatus und Versicherungssituation!

Keine Denunziation an die Ausländerbehörde!

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin,
Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM),
Antirassistische Initiative (ARI),
Initiative gegen Abschiebehaft



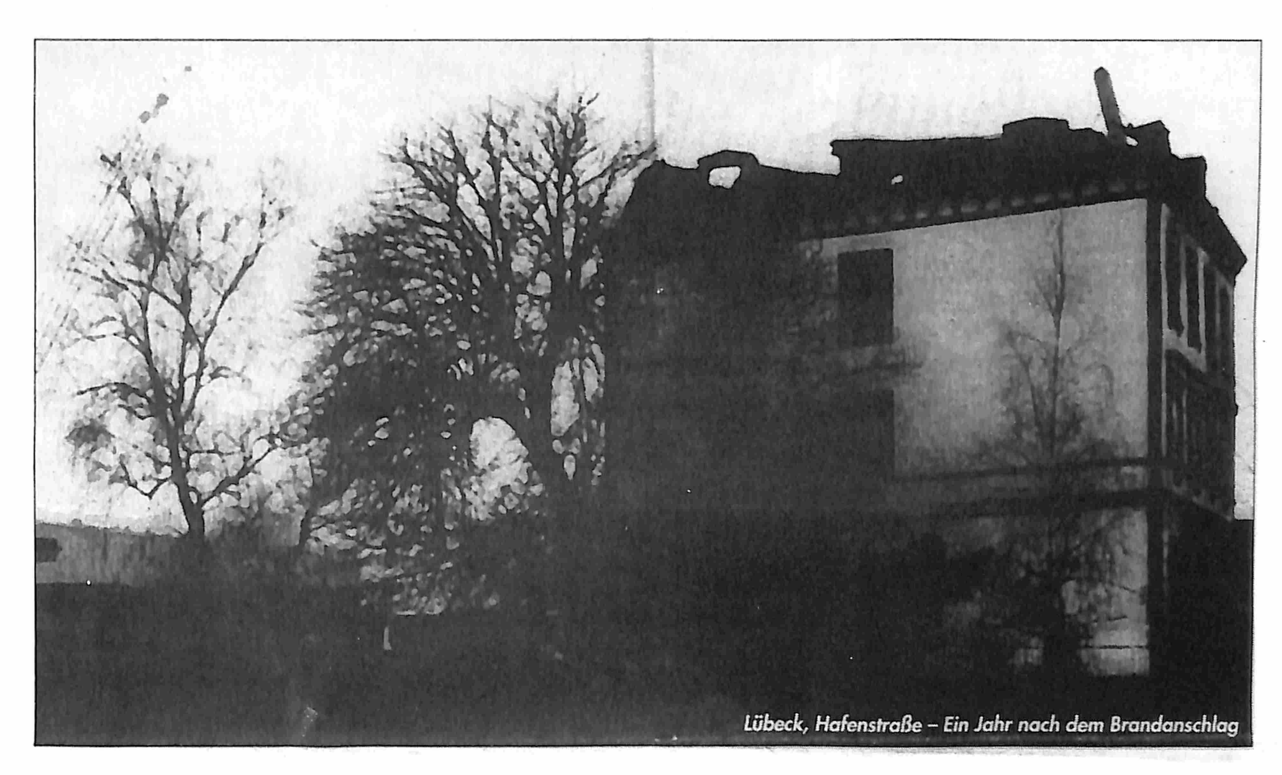
Schöner Wohnen

Auf empirische Art bedient die »Gesellschaft für Struktur- und Stadtforschung EMPIRICA« den allerorts krasser werdenden Rassismus. Im Auftrag verschiedener Berliner Wohnungsbaugesellschaften hat EMPIRICA einen Fragebogen in Umlauf gebracht, in dem Fragen zur Wohnsituation von MieterInnen mit »Trifft zu«, »Trifft nicht zu«, »Kann ich nicht sagen« beantwortet werden sollen. Anonym darf hier zu Protokoll gegeben werden, ob es daheim, je nach persönlichem Geschmack, zu viele Kinder, zu viele Hunde oder zu viele Ausländer gibt.

Liebe Geschäftsführerin von EMPIRICA mit dem hübschen Namen Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier! Das Ergebnis steht jetzt schon fest: Keiner wird was gegen Hunde haben, anders ist die allgemein friedliche Hinnahme von täglich 20t Hundescheiße (statistischer Wert) in Berlin nicht zu erklären. Aber alles halbfaschistische Durchschnittsgesindel wird die von Ihnen gebotene Gelegenheit nicht ungenutzt lassen und den Stadtplanern ins Stammbuch schreiben, daß ihr Hauptproblem in »Ausländern«, da »zu viele«, besteht. Auf dieser Grundlage kann dann, wie Sie es anstreben, »die künftige Arbeit der Wohnungsbaugesellschaften verbessert und auf die tatsächlichen Wohnwünsche und Probleme besser eingegangen werden« (aus dem Deckblatt des Fragebogens).

Hätte es den Holocaust nicht gegeben, hätte EMPIRICA sicher auch die Frage »Gibt es bei Ihnen zu viele Juden«? gestellt. Das wäre natürlich nie und nimmer antisemitisch gemeint gewesen.

sh:z magazin
Illustrierte Wochenendbeilage für Schleswig-Holstein Nummer 3 - 18. Januar 1997



Lübeck, Hafenstraße – Ein Jahr nach dem Brandanschlag

Gemeinsame Erklärung aller Schleswig-Holsteiner-Tageszeitungen

Heute wenden wir uns als Herausgeber von verschiedenen SH-Tageszeitungen über dieses Informationsblatt an unsere Leserinnen und Leser, um uns öffentlich dafür zu entschuldigen, an der Verunsicherung der Öffentlichkeit über den Lübecker Brandanschlag vom 18.1.96 und insbesondere über Herrn Safwan Eid, teilgenommen zu haben.

Wir erklären ausdrücklich, das aufgrund der vorliegenden Fakten, die auch dem Gericht bekannt sind, eine bisher angestrebte (Vor-)Verurteilung von Herrn Safwan Eid eine Beispiellosigkeit in der Rechtssprechung der Justiz darstellen dürfte, die bar jeder Logik entspricht.

Die Medien, die sich an dieser Vorverurteilung durch subjektive Berichtserstattung beteiligt haben, rufen wir dazu auf, wieder auf dem Pfad des kritischen Journalismus zurückzukehren.

Wir als Herausgeber wollen wieder eine Zeitung machen, die sich an der objektiven Berichtserstattung orientiert. Ein Medien(er)zeugnis, was sich der Aufgabe widmet, die »4. Gewalt im Staat« zu sein. Eine Zeitung, die eine kritische Stimme über soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Themen erhebt und sich nicht einreiht in die Verzerrung und Verschleierung der üblichen Meinungsmache. Die Probleme, die Staat und Gesellschaft hervorbringen, bedürfen wieder einer genaueren Reflektion.

Doch diese Aufgabe kann nicht nur von uns allein getragen werden, zumal wir auch nur eine beobachtende, doch wohl kritisch zu fragende und begleitende, Stimme unserer Gesellschaft zur Aufgabe haben.

Die couragierten Bürgerinnen und Bürger müssen es auch sein, die beim wachsenden zur Alltäglichkeit gewordenem Rassismus nicht mehr beschämt wegsehen, sondern sich beherzt dort einsetzen, wo es zur Notwendigkeit gehört.

Aus diesem Grunde fordern wir auch alle unsere Leserinnen und Leser verstärkt dazu auf, uns ihre Meinungen zuzusenden, die wir gern als ihren Beitrag dazu abdrucken möchten.

Bitte wenden Sie sich an ihre Lokalzeitung oder schreiben Sie an die nachfolgende Adresse, unter der der Eingang ihrer Zusendungen an die einzelnen Lokalzeitungen weitergeleitet werden.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit

Die Herausgeber

SH-Zeitungsverlag GmbH · Nikoleistr. 7 · Postfach 15 53 · 24937 Flensburg · Tel. 0461/8080 · Fax 0461/808246

Lübecker Prozeß: Bar jeder Logik

Zum Jahrestag des Lübecker Brandanschlags wurden im Namen von verschiedenen Schleswig-Holsteinischen Tageszeitungen gefälschte Presse-Entschuldigungsschreiben »wegen Teilnahme an der Verunsicherung der Öffentlichkeit« zu Tausenden in mehreren Schleswig-Holsteinischen Städten als Hauswurfsendung verteilt. Die Zeitungsverleger dementierten ...



Foto: albert zecheru

Im Folgenden drucken wir ungekürzt den Eigenbericht einer türkisch-kurdischen Immigrantenfamilie über einen brutalen polizeilichen Übergriff ab, der sich in deren Wohnung abspielte:

Brutaler Polizeiübergriff auf kurdisch-türkische Immigrantenfamilie

Am Morgen des 6. Januar 1997 stürmte ein ca. 15- bis 20-köpfiger Trupp des Sondereinsatzkommandos (SEK) der Berliner Polizei die Wohnungen der Familien Hüseyin Atmaca und Hasan Atmaca in Kreuzberg. Hüseyin und Hassan Atmaca sind Zwillingsbrüder, die mit ihren Familien im selben Gebäude in gegenüberliegenden Wohnungen leben. Erst hinterher stellte sich heraus, daß der SEK-Trupp aufgrund des Verdachts der Beteiligung an einer gefährlichen Körperverletzung nach dem 20jährigen Hüseyin Atmaca, Sohn des Hasan Atmaca suchte.

Die z.T. maskierten und mit kugelsicheren Westen bekleideten Beamten in schwarzen SEK-Uniformen brachen die Tür zur Wohnung des 61jährigen Hüseyin Atmaca auf, stürmten in die Wohnung, zerschlugen die Schlafzimmertür des älteren Ehepaars mit einer Axt und stürzten sich auf den im Bett liegenden Hüseyin Atmaca und seine Frau Benevis. Sie hielten ihm den Mund zu, fesselten seine Hände mit Handschellen hinter dem Rücken und drückten ihm einen Schlagstock gegen den Hals, bis er ohnmächtig wurde. Auch auf Benevis Atmaca sprangen mehrere Beamte, setzten sich auf ihren Bauch, drückten ihr einen Stock gegen den Hals. Als sie etwas sagen wollte, wurde ihr der Mund zugehalten.

Hüseyin Atmaca wurde auf den Boden geworfen und bis zum Flur geschleift. Benevis Atmaca schrie, was die Polizei denn von ihrem Mann wolle. Die Polizei verlangte die Pässe der Familie. Angeblich erst bei der Paßkontrolle stellten die Beamten fest, daß es sich bei dem überfallenen 60jährigen Mann nicht um den von ihnen gesuchten 20jährigen Hüseyin Atmaca handelte.

Daraufhin warfen die Beamten Hüseyin Atmaca auf den Boden und stürmten zur gegenüberliegenden Wohnung von Hassan Atmaca und Familie. Sie brachen die Tür mit Axthieben auf und stürmten jeweils zu mehreren in die Zimmer der Wohnung. Im ersten Zimmer warfen sich drei Beamte auf den schlafend im Bett liegenden 18jährigen Ali Atmaca, fesselten ihm mit Handschellen die Hände hinter dem Rücken, warfen ihn auf den Boden, stülpten ihm eine Decke über den Kopf, stießen ihn gegen die Wand und schlugen und traten zu dritt mit Ellenbogen, Fäusten und Füßen auf ihn ein. Ali trug eine Schürfwunde im Gesicht davon und blutete aus der Nase. Als die Polizisten auf ihn einschlugen, schrie er mehrmals, daß sie aufhören sollten, er sei der Falsche. Dies hörten die anderen Familienmitglieder in den Nebenzimmern.

Im zweiten Zimmer warfen sich jeweils zwei Beamte auf die im Bett liegenden Eltern Hasan Atmaca und Besra Atmaca. Einer von ihnen saß auf den Füßen und auf dem Bauch der Mutter, der andere hielt ihr den Schlagstock an den Hals, so daß sie nicht einen Ton herausbringen konnte. Die alte Frau, die an einer gichtartigen Krankheit leidet, mußte sich mehrmals erbrechen. Vor Angst und Panik konnte sie sich nicht mehr einhalten, wurde aber von den Beamten daran gehindert, aufs Klo zu gehen. Erst nach mehrmaligem Drängen ließ ein weiterer Beamter die Frau auf die Toilette, blieb aber die ganze Zeit bei ihr, was für sie eine grobe Herabwürdigung bedeutete. Auf den Vater hatten sich ebenfalls mit voller Wucht zwei Beamte gestürzt. Als Hasan Atmaca ihnen zu erklären versuchte, daß er einen Schlaganfall erlitten hatte und sie von ihm ablassen sollten, machte der auf ihm liegende Polizist eine drohende Geste zu seiner Waffe hin. Er gab zu verstehen, daß Hasan Atmaca still sein solle, sonst würden sie schon wissen, wie sie ihn zum Schweigen brächten.

Im dritten Zimmer der Wohnung schliefen die Tochter Zozan Atmaca und ihre Freundin I. Sie wurden durch den Krach wach. Zozan lief zur Zimmertür, um nachzuschauen, was los ist. Drei Polizisten, einer von ihnen mit drohend erhobenem Schlagstock am Unterarm, traten ihr entgegen. Sie forderten Zozan Atmaca auf, wieder ins Bett zu gehen und leise zu sein. Dann kamen alle drei ins Zimmer. Als Zozan schrie, was denn los sei, drohte der Polizist mit dem Schlagstock: »Sei leise oder ich bring dich zum Schweigen.« Zozan beharrte darauf, zu erfahren, was mit der Aktion bezweckt werden solle. Dann kam ein anderer Polizist

und verlangte die Pässe der beiden jungen Frauen. Einer der beiden Polizisten sagte zu Zozan Atmaca, sie müsse warten, bis der Einsatzleiter da sei und keinen Widerstand leisten, dann passiere ihr auch nichts. Danach kam eine Beamtin ins Zimmer und untersuchte alle Sachen dort. Zozan sagte: »Es lohnt sich doch nicht, wenn Sie sich so aufführen.« Darauf meinte der eine Beamte, daß sie froh sein sollten, daß sie so nett mit ihnen umgingen. Alle Polizisten durchsuchten die Schubladen, fanden Fotos der jungen Frau und machten Bemerkungen wie »Nicht schlecht ..., ganz hübsch ...., ist sie noch zu haben?« Einer von ihnen bemerkte, daß die Schwester ja hübsch, aber der Bruder häßlich und frech sei. Ein anderer Polizist durchsuchte die Sachen von I., fand einen Schlüpfer, hielt ihn hoch und meinte, daß sein Job ja ein ganz angenehmer sei. Auch in dem ersten Zimmer wurden alle Schränke durchsucht. Später kam der Einsatzleiter in das Zimmer und fragte, wer denn etwas wissen wolle. Als Zozan die Frage stellte, um was es denn ginge, erklärte er, Hüseyin hätte im März jemanden zusammengeschlagen, deshalb seien sie da. Auf die Bemerkung, daß das doch diesen Überfall nicht rechtfertige, gab der Einsatzleiter zu verstehen, er kenne Hüseyin. Er sei vor zweieinhalb Jahren schon einmal bei der Familie gewesen und die jetzige Aktion sei noch harmlos gewesen.

Als die Polizei sich zum Abzug bereitmachte, entstand ein heftiger Wortwechsel zwischen Ali Atmaca und einem der Polizisten. Als Ali sagte, sie kämen sich wohl stark vor, er würde ihn gern mal draußen erwischen, entgegnete der Beamte: »Ich gebe dir einen Tip, wie du groß und stark wirst, und du schickst mir deine Schwester vorbei.«

Infolge des Überfalls leiden vor allem die beiden älteren Frauen an Schlafstörungen, Angstzuständen und schweren Kopfschmerzen. Bei diesem Überfall handelt es sich um einen erneuten eklatanten Fall von rassistischer Polizeibrutalität gegenüber Immigrantinnen und Immigranten. Auffällig ist, daß die Polizei die Familie bereits kannte, wie einer der beteiligten Polizisten auch sagte, so daß die Verwechslung des 60jährigen Hüseyin Atmaca mit seinem 20jährigen gleichnamigen Neffen wenig glaubwürdig ist und davon ausgegangen werden muß, daß es sich um einen bewußten Übergriff handelt.

Familie Atmaca, 8.1.1997

kurz gemeldet

Irgendwo im Mittelmeer, 25. Dezember 1996: Mörderische europäische Abschottung: 290 MigrantInnen ertrunken

Der Absturz eines Jumbos mit Weißen drin beschäftigt die Weltpresse für Tage und Wochen, die Nachricht vom Tod von fast 300 Flüchtlingen (die genaue Zahl wird sich eventuell nicht mehr ermitteln lassen) braucht Wochen, um auch nur durchzusickern.

Am 1. Weihnachtstag sind bei einem mißglückten Schiffsmanöver auf hoher See, bei dem 465 Menschen auf einen kleinen Kutter umsteigen sollten, um in Sizilien an Land gebracht zu werden, die meisten der Flüchtlinge im Laderaum des gekenterten Schiffs ertrunken. Nach Angaben des Polizeidistrikts Nauplion (Griechenland) kehrte der unter honduranischer Flagge fahrende Frachter »Yioham« mit 175 Überlebenden des Schleusungsversuchs an Bord nach Griechenland zurück. Trotz einer Intervention des UNHCR schob Griechenland bereits 67 von ihnen wieder ab.

An der Überfahrt waren zunächst drei Schiffe beteiligt, die von Alexandria (Ägypten), Latakia (Syrien) und Awana (Türkei) in See stachen. Auf hoher See mußten die Flüchtlinge dann zunächst auf eines der drei Schiffe, die »Yioham«, umsteigen. Beim dem verhängnisvollen zweiten Umstiegsmanöver waren über 300 der Passagiere bereits in den Kutter umgestiegen, als dieser kenterte und sank. *(mw)*

[Pro Asyl, Bayrischer Flüchtlingsrat, SZ 24.01.1997, S.7]

Kiel, 21. Januar: NSDAP-Anhänger bleibt Lübecker Hafenkapitän

Antisemitische und nationalsozialistische Gesinnung steht der Beschäftigung im höheren Dienst in Schleswig-Holstein nur insoweit im Wege, als die entsprechende Hetze »den Betriebsfrieden störe«, so urteilte am Dienstag das Landesarbeitsgericht Kiel im Prozeß um die fristlose Kündigung, die die Stadtverwaltung Lübeck gegen den antisemitischen Hetzer in ihren Diensten ausgesprochen hatte. Der Hafenkapitän der Hansestadt hatte unter anderem zur Judenvernichtung geäußert »daß es so viele fette Juden gar nicht geben könne, wie [die Deutschen] umgebracht haben sollen«. Der Betriebsfrieden sei dadurch jedoch nicht gestört worden, weil sich weder eine erhebliche Zahl von städtischen Bediensteten empört habe, noch jemand die Arbeit niedergelegt habe. *(mw)*

[FR 22.01.1997, AZ: 2 Sa 191/96]

Bonn, 11. Februar: Kinder in Plastikfesseln abgeführt

Wegen »nicht-deutschen Aussehens« wurden am frühen Abend auf der Karnavalskirmes auf dem Bonner Münsterplatz rund 100 Kinder und Jugendliche festgenommen.

Bei der von der Polizei als »Präventivschlag« bezeichneten Aktion wurden die Jugendlichen eingekesselt, in Plastikfesseln abgeführt, zum Teil geschlagen und genötigt, sich ausschließlich auf Deutsch zu verständigen. Einige der Jugendlichen, die bis nach 23 Uhr von der Polizei festgehalten wurden, erhielten »Innenstadt-Verweise«. *(mw)*

[ART Bonn, 0228-63 61 51, 12.2.1997]

Berlin-Marzahn: Rechter Mordanschlag auf Buchhändler

Am Morgen des 20.02. wurde der 63jährige Buchhändler Klaus B. in der Marzahner PDS-Geschäftsstelle von einem vermutlich rechtsradikalen Täter mit einen Schrotgewehr angeschossen und schwer verletzt. Dem Opfer mußte ein Arm amputiert werden.

Vermutlich handelt es sich bei dem Anschlag um einen rechtsradikalen Racheakt für antifaschistische Aktionen gegen eine Veranstaltung der JN am vorangegangenen Wochenende.

Berlins Innensenator und Ex-General Schönbohm hatte im Vorfeld explizit gegen ein Verbot dieser Veranstaltung Stellung bezogen.

Europäischer Marsch gegen Erwerbslosigkeit

Zu einem europäischen Marsch gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung rufen derzeit Erwerbslosengruppen, soziale Initiativen, Frauen- und ImmigrantInnengruppen und Gewerkschaften aus verschiedenen europäischen Ländern auf. Der »Aufruf von Florenz« aus dem Sommer 1996 richtet sich dagegen, daß im kommenden Juni in Amsterdam durch den Abschluß des Maastricht II-Vertrags die Basis für ein Europa-Projekt fortgeschrieben werden soll, das sich ausschließlich an den Interessen der Banken und Konzerne orientiert. Er will das Thema Massenerwerbslosigkeit mit der Debatte um die Europäische Union verknüpfen.

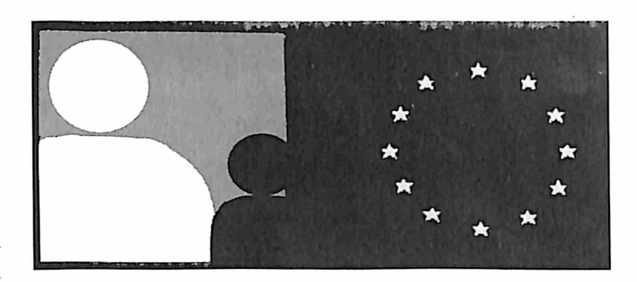
Die Initiative zum Marsch unterscheidet sich in mancherlei Hinsicht von bisherigen sozialen Kämpfen. Gewerkschaftliche Kämpfe über die Grenzen hinweg hat es bisher nur in einzelnen Bereichen wie in der Stahlindustrie, und dort auch nur selten, gegeben. Die Initiatoren des Marsches aber wollen von Anfang an und bewußt eine europäische Aktion, die nicht allein auf die Länder der EU beschränkt sein soll. So ist daran gedacht, die Marschsäulen, die es aus Portugal, Spanien, Großbritannien, Skandinavien etc. geben wird, von vornherein international zu besetzen, damit das gemeinsame Anliegen und der Wunsch nach übergreifender Zusammenarbeit unterstrichen wird. Es gibt besondere Bemühungen, eine Beteiligung aus den Maghreb-Staaten, den Balkan-Ländern und aus Osteuropa zu erreichen. Durch gemeinsame Aktion und Diskussion soll ein Gegenpol zu rassistischem und ausgrenzendem Denken geschaffen werden. Eine europaweite Diskussionsmöglichkeit für soziale Initiativen unterschiedlichster Art über die EU und über Strategien gegen Erwerbslosigkeit bot die internationale Konferenz, die am 22. und 23. Februar in Brüssel stattfand.

Der Marsch orientiert sich am Beispiel des französischen Marsches von 1994, der damals von der Arbeitslosengruppe ACI organisiert wurde. Die Grundlage, auf der die Marschierenden aus den unterschiedlichsten fortschrittlichen Strömungen zusammenfinden, ist sehr breit; einigen ist sie politisch nicht eindeutig genug. Es kommt aber darauf an, einen breiten Kreis von Betroffenen und Interessierten zusammenzubringen und die Möglichkeit zu schaffen, gemeinsam zum Thema Massenerwerbslosigkeit und Gegenwehr zu agieren und zu diskutieren - nicht nur jeder in seinen Zusammenhängen. Wenn das gelingt, wäre etwas Neues entstanden.

Angela Klein

Redaktion Sozialistische Zeitung (SoZ)

Termine und Adressen des EuroMarsches in der BRD:
5./6.4. Diskussionskonferenz in Mannheim
Kontakt für Infos und Materialien:
Uwe Wolf, c/o Redaktion express, PF 102062, 63020 Offenbach. Tel.: 069-885006; FAX: 069-821116; email: TIE-Germany@link-f.rhein-main.de
Angela Klein, c/o Sozialistische Zeitung, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln. Tel.: 0221-9231196;FAX: 0221-9231197; email: soz@link-lev.dinoco.de



gastkommentar

Der Bock als Gärtner

Kanther leitet Jahr gegen Rassismus ein

Seit dem 15.1.1997 müssen junge Ausländer, die in Deutschland geboren sind, eine eigene Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Den 600.000 Jugendlichen, die davon betroffen sind, wurde eine Frist bis Ende des Jahres eingeräumt.

Das haben die Jugendlichen der ersten Amtshandlung des Bundesinnenministers Manfred Kanther im »Europäischen Jahr gegen Rassismus« zu verdanken. Kanther ordnet die Verschärfung des Aufenthaltsrechts, die mit einer Visumspflicht für junge Türken, Marokkaner, Tunesier und Ex-Jugoslawen einhergeht, nicht nur als Innenminister an. Seine Behörde hat gleichzeitig den Vorsitz in der Nationalen Koordinierungsstelle für das »Europäische Jahr gegen Rassismus« in Deutschland übernommen.

Damit macht Kanther unmißverständlich klar, daß Initiativen, Kirchen, Kommunen und Gewerkschaften, die starkes Interesse am antirassistischen Jahr angemeldet haben und deren Vertreter teilweise im Koordinierungsrat sitzen, nicht nur keine Unterstützung vom Innenministerium erwarten dürfen, sondern sogar mit rassistischen Interventionen seitens der Bundesbehörde rechnen können. Kanther spult zur Legitimation seiner Verordnung die alte Leier ab: die Visumsfreiheit sei zunehmend mißbraucht worden. Dieser angebliche Mißbrauch hält dafür her, die Mauer um Europa weiter zu befestigen, und zwar nicht nur auf formaljuristischer Ebene, sondern auch in den Köpfen der deutschen Bevölkerung.

Bereits in ZAG 19 wurde darauf hingewiesen, daß es seitens der EU-Behörden nicht geplant ist, den institutionellen Rassismus zu thematisieren. Nach Ansicht der Vertretung der EU-Kommission muß der Vorsitz des Innenministeriums in der Koordinierungsstelle auch dem Ansinnen des antirassistischen Jahres, mit integrativen Maßnahmen den Rassismus zu bekämpfen, nicht zuwider laufen. »Die Nationale Koordinierungsstelle ist zum Konsens verpflichtet«, erklärt Silke Rosenbach, Mitarbeiterin der EU-Kommission, gegenüber der *SoZ*. Einen Konsens scheint es jedoch nicht zu geben. Mitglieder der Koordinierungsstelle greifen bereits die Ausländerpolitik der Regierungsparteien an. Ob sich Kanther davon beeindrucken läßt, sei dahingestellt. Mit dem Vorsitz ist das Innenministerium von der Bundesregierung beauftragt worden. Damit hat sie den Bock zum Gärtner gemacht - und das bestimmt nicht ohne Kalkül.

Gerhard Klas (Soz-Redaktion)



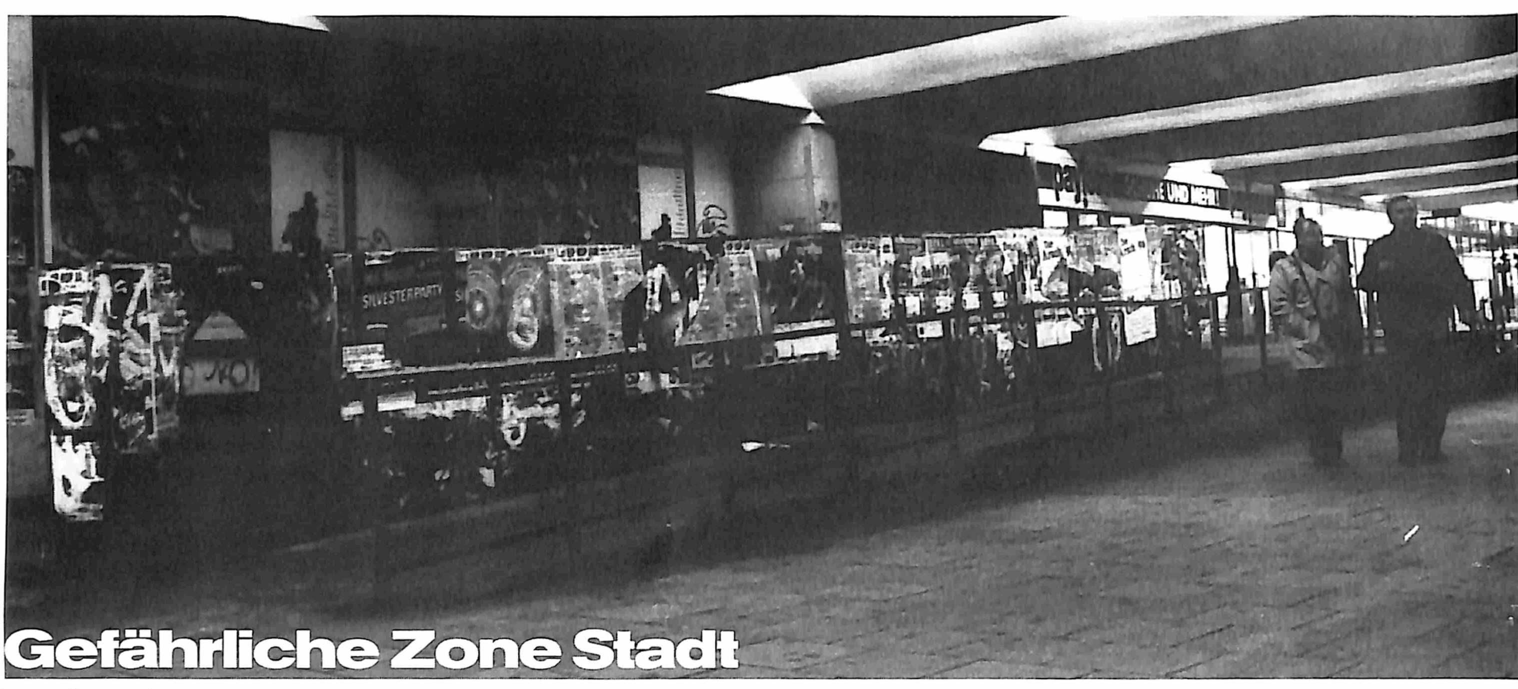
I wanna wake up in a city that...?

Sind in den Kinderjahren der Städte die Mauern um selbige herumgebaut worden, erfreut sich heutzutage das sicherheitspolitische Maurerhandwerk gerade innerhalb der Städte eines goldenen Bodens. Ansonsten hat sich seit dem Mittelalter aber nicht viel geändert. Die Städte sollen blühen, und zwar für die Zünfte, speziell die Krämer, während das störende Gesinde(l) zu verschwinden hat.

Die Zeiten schmuddeliger Industrieanlagen und Arbeiter sind längst vorbei, jetzt sollen die Dienstleistungsmetropolen im sauberen Glanze erstrahlen. Und statt der autofreien Innenstädte, wie sie vor einigen Jahren noch die Apologeten des Realo-Reformismus forderten, steht jetzt die abschaumfreie Konsum-Meile auf dem Programm. Und alle, die nicht dienen oder leisten, oder es sich nicht leisten können, sich bedienen zu lassen, sind verdächtig, latent kriminell, bedrohlich und müssen weg.

Das Prinzip Bannmeile schützt schon lange nicht mehr nur Volksvertreter vor politischen Begegnungen mit dem Volk, sondern Konsumwillige vor der Begegnung mit der sozialen Realität.

Einer sozialen Realität, die immer härter wird, die mehr und mehr Gruppen immer massiver und unverholener ausgrenzt.



Gefährliche Zone Stadt

Foto: albert zecheru

Maßnahmen wie die Zerschlagung von offenen Drogenszenen, die Aussetzung von Obdachlosen an den Stadtrand oder die Schikanierung von jugendlichen MigrantInnen deuten darauf hin, daß zentrale Bereiche der Stadt marginalisierten Gruppen streitig gemacht werden. Im Wechselspiel zwischen medialer Aufbereitung und ordnungspolitischer Intervention werden bestimmte Submilieus zum Feind der Gesellschaft erklärt. Sicherheit scheint sich zum neuen Konsens zu entwickeln. Aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft formieren sich Obdachlose, Alks, DealerInnen, DrogenkonsumentInnen oder junge MigrantInnen zu unerwünschten oder sogar zu gefährlichen Gruppen. Solche Wahrnehmungsweisen und Ausgrenzungsmechanismen vollziehen sich im Zusammenhang der Erosion des national-sozialen Wohlfahrtsstaates. Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses verstärkt Bestrebungen, die Krise mit ordnungspolitischen Mitteln und Normalisierungskonzepten zu bearbeiten. Einerseits fallen im Zuge kapitalistischer Modernisierung zunehmend mehr Menschen und soziale Gruppen aus dem Produktionsprozeß heraus, andererseits wächst die Bereitschaft, Gruppen und soziale Praktiken zu disziplinieren, zu stigmatisieren und auszuschließen.

Städtischer Raum

Die wirtschaftliche und soziale Realität in den Metropolen verändert sich gegenwärtig grundlegend. Die Städte stellen nicht mehr die Zentren des Arbeitsplatzwachstums dar. Vielmehr kommt es mit der ökonomischen Krise zu einer sozialräumlichen Polarisierung. Zugleich verschärft sich die Rivalität zwischen den Metropolen, die miteinander um Wachstumspotentiale konkurrieren. Urbane Lebensqualität wird dabei zu einer wichtigen Kapitalanlage der Städte. Die Expansion der Metropolenökonomie verstärkt die Hierarchisierung des städtischen Raums. Banken, Versicherungsfonds und transnationale Konzerne legen einen Teil ihres überschüssigen Kapitals in global gestreutem Immobilienbesitz an und nutzen die Grundstücksmärkte als reine Finanzanlage. Zugleich geraten bestimmte Bereiche der Städte unter privatwirtschaftliche Kontrolle und damit auch unter die Aufsicht privater Sicherheitsdienste. Die klassischen Orte der Öffentlichkeit - Straße, Platz und Park - werden zunehmend durch Malls, Einkaufszentren und Themenparks etc. ersetzt. Diese Einrichtungen sind mit aufwendigen Sicherheitssystemen versehen: durch Raumplanung, Architektur und Techno-Prävention werden unerwünschte Personen und unerwünschte Ereignisse ferngehalten. Räumliche Kontrolle und privates Management lassen die Malls als Idealtypen eines neuen öffentlichen Raumes erscheinen, der der Mittelklasse-Norm einer cleanen Erlebniswelt entspricht. Dieses Urbanisierungsmodell zielt nicht nur auf Ausschluß, sondern die gesicherten Archipele des Konsums fungieren auch zunehmend als Vorbild für die gesamte Stadtentwicklung. Die Betreiber der Kaufhäuser und Ladenketten in der City sind bestrebt, die Innenstadt dem suburbanen Mall-Modell anzupassen, dessen Erfolg auch auf der Garantie des gesicherten Konsums basiert. Eine profitable Immobilienverwertung und die Steigerung des Warenumsatzes werden nun in direkte Beziehung zu Sicherheit und Ordnung gesetzt. Bezeichnenderweise haben sich in allen deutschen Großstädten Allianzen aus Geschäftsleuten und städtischen Behörden gebildet, um Verbotszonen für bestimmte Gruppen und normative

Vorstellungen zur sozialen Reglementierung städtischer Räume durchzusetzen: Herumlungern, Trinken, Kiffen, Dealen oder Betteln gelten nun als abweichendes Verhalten, das die öffentliche Sicherheit gefährdet. Mit Begriffen wie Ausländerkriminalität oder asoziale Randgruppen werden Bedrohungsszenarien entworfen.

Sicherheitsdiskurse und Moralpanik

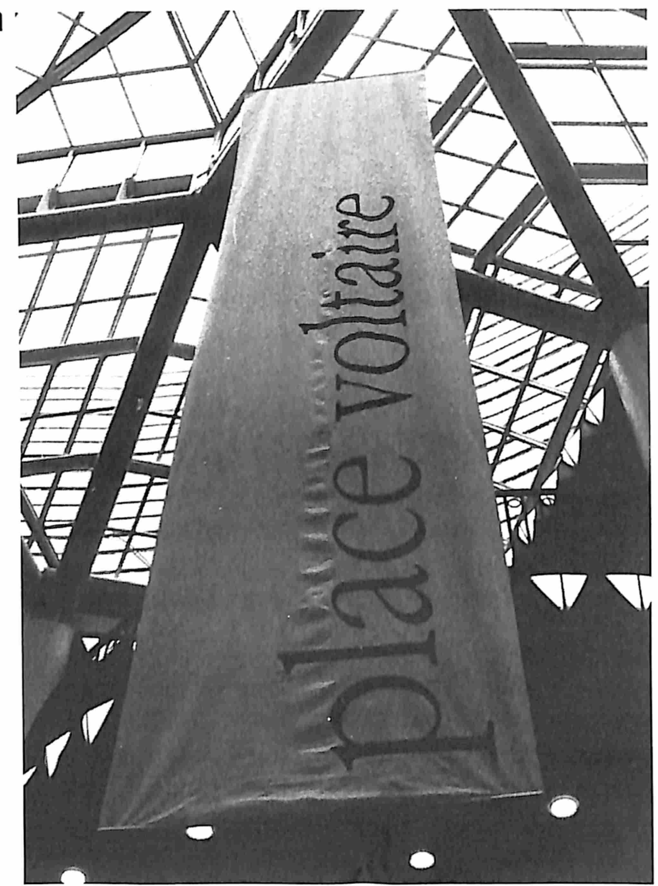
Die Rede von dem gestörten Sicherheitsempfinden der Bevölkerung signalisiert zugleich, daß nicht mehr konkrete Gefahren und Straftaten, sondern subjektive Sicherheitsgefühle zum Gegenstand politischer Interventionen werden. Mit der Betonung des subjektiven Sicherheitsgefühls rücken Themenbereiche und Aktionsfelder in den Vordergrund, die von keiner strafrechtlichen Relevanz sind: Wie etwa die Unsauberkeit auf Straßen und Plätzen, Vandalismus oder Betteln. In diesem präventiven Konzept von öffentlicher Sicherheit findet eine Vermischung von sozialpolitischen, ordnungspolitischen und polizeilich/ strafrechtlichen Arbeitsansätzen statt, die vor allem auf eine Intensivierung der sozialen Kontrolle abzielen.
In der Neuformierung der Innenstädte wird die Kontrolldichte enorm erhöht. Das gesamte Gefüge, wer sich wo bewegt, aufhalten darf und überhaupt noch hintraut, wird neu geordnet.
Die jeweiligen städtischen Parteien haben eigene Interessen, am Sicherheitsdiskurs mitzustricken und die Vertreibungspraktiken umzusetzen oder zu ermöglichen. Gleichzeitig mit dem Abbau der städtischen (Sozial)Leistungen, haben sie das Terrain der Sicherheitspolitik auserkoren, sich zu profilieren und Handlungsfähigkeit nachzuweisen. Kostengünstig und populistisch verwertbar läßt sich hier symbolische Politik betreiben. Mit den Ausweisungen aus innerstädtischen Räumen sollen Phänomene einer zunehmenden Deklassierung unsichtbar gemacht werden: Ordnungspolitik ersetzt Sozialpolitik.
Die Sicherheitsdiskurse und Moralpaniken fungieren als Teil einer Integrationsstrategie, die die Herstellung und Ausschliessung bestimmter Randgruppen voraussetzt, da ohne diese Grenzziehungen keine Normalitätsstandards gebildet und durchgesetzt werden könnten. In der Regel operieren die Sicherheitsdiskurse mit der Unterstellung, daß ein großer Teil der Kriminalität von außen eingeschleppt werde. Wenn davon in den Medien die Rede ist, dann meist in Verbindung mit ausländischen Drogendealern in den Innenstädten oder jungen MigrantInnen, die sich an sozialen Brennpunkten zu Gangs zusammenschließen. Bezogen auf den lokalen Raum findet hier jener Diskurs seine Umsetzung, der in den nationalen Kampagnen zur inneren Sicherheit als Massen- und Ausländerkriminalität artikuliert ist, wobei diese Kampagnen ihre suggestive Kraft vor allem aus den Diskursen und Bildern der Stadt beziehen, in denen die gängigen Bedrohungsszenarien entworfen werden. Insbesondere der ausländische Drogendealer wird als tödliche Gefahr für die städtische Gesellschaft dargestellt. Er gilt als übles Subjekt und der Antisoziale schlechthin. Wesentlicher Bestandteil des Sicherheitsdiskurses sind somit Strategien, mittels derer Individuen ethnisiert und dann als Fremde ausgegrenzt werden können. Das Pendant zur Konstruktion des Anderen ist die komplementär stattfindende Konstitution des nationalen Opferkollektivs in Gestalt des bedrohten Landes (BRD) oder Volkes (uns Deutsche). Das strategische Moment des Sicherheitsdiskurses besteht darin, Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit, Fremdes und Eigenes zu definieren, mögliche Einschränkungen des bürgerlichen Gleichheitspostulats zu legitimieren, die Grenzen des Anspruchs auf Anerkennung von sozialen Rechten zu bestimmen und den Zugang zu materiellen Ressourcen auch vom moralischen Status des Betroffenen abhängig zu machen.

Klaus Ronneberger

Foto: albert zecheru

Wer nicht konsumiert, fliegt raus

Schritte zur Apartheid in den Innenstädten



Fotos: albert zecheru

Weitgehend unwidersprochen etablieren sich in den meisten Großstädten der BRD seit Anfang der 90er Jahre stadtpolitische Konzepte der Zurichtung der Innenstädte zu reinen Konsummeilen. Zunehmend gelingt es Vereinigungen privater Geschäftsleute, Teile des öffentlichen Raums zu privatisieren, indem diese zu bloßen Eingangsbereichen ihrer Geschäfte erklärt werden, und mit Hilfe privater Sicherheitsdienste und der Polizei all diejenigen zu verdrängen, die nicht in das Bild der Konsummeilen passen - weil sie nicht am Konsum teilnehmen können oder nicht wollen. Immer totalitärer werden BettlerInnen und DrogenkonsumentInnen als ästhetische Störung, AfrikanerInnen, AraberInnen und alle, die nicht weiß und/oder nach Geld aussehen, als Sicherheitsproblem oder als Bedrohung durch Überfremdung angesehen.

Bisher ist diese Ausgrenzungspolitik noch relativ wenig dokumentiert. An zwei Beispielen lassen sich wesentliche Grundzüge des rassistischen Charakters der gegenwärtigen Repressionspolitik in den Innenstädten verdeutlichen: Bremen und Berlin.

In Bremen betreibt der Senat seit 1992 eine massive Vertreibungspolitik vor allem gegen AsylbewerberInnen. So werden die Regelungen des Asylverfahrensgesetzes, die eine räumliche Beschränkung der Bewegungsfreiheit vorsehen, gegen AsylbewerberInnen eingesetzt, die des Drogenhandels verdächtigt werden. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit bezieht sich dabei nicht auf den Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde, wie sonst üblich, sondern wird vom Senat als Betretungsverbot von einzelnen Stadteilen und Plätzen ausgesprochen.

So wurden die Stadtteile Ostertor, Vor dem Steintor und der Hauptbahnhof zu Bereichen erklärt, in denen es zu besonders häufigen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz kommt. Werden AsylbewerberInnen an diesen Orten angetroffen, müssen sie damit rechnen, ohne weitere Begründung kontrolliert und durchsucht zu werden. Häufig werden sie auf eine Polizeiwache mitgenommen, wo es zu Mißhandlungen kommt. Hier hat sich die Bremer Polizei vor allem durch die Verabreichung von Brechmitteln hervorgetan. Ob schließlich Drogen gefunden werden oder nicht, spielt für die Verhängung von Betretungsverboten keine Rolle. Die Polizei ersucht die Ausländerbehörde um Amtshilfe und diese schränkt dann die Aufenthaltsgestattung oder Duldung der Betroffenen durch einen Vermerk ein, daß die in einem beiliegenden Ausschnitt eines Stadtplans bezeichneten Gebiete nicht mehr betreten werden dürfen. Die Betretungsverbote haben keinerlei zeitliche Begrenzung.

Seit 1994 hat die Polizei ihre Vertreibungsmaßnahmen ausgedehnt. Seitdem werden auf der Grundlage des Polizeigesetzes Aufenthaltsverbote gegen Menschen jeglicher Nationalität für bestimmte Viertel verhängt, sofern sie als Drogendealer oder -konsumenten verdächtigt werden. Bei Mißachtungen der Verbote erfolgt der Abtransport in andere Stadtteile, Anzeige oder Inhaftierung über mehrere Stunden.

Schon seit 1993 finden in Bremer Straßenbahnen verstärkte Kontrollen durch die Polizei statt. Die Kontrollen richten sich gegen Personen, die verdächtigt werden, in den Straßenbahnen mit Drogen zu handeln. Müßig zu sagen, daß fortgesetzt vor allem Schwarze verdächtigt wurden, obwohl bei den Razzien nur geringe Mengen an Drogen gefunden wurden. Seit 1996 gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der Betreibergesellschaft der Straßenbahnen (BSAG) und der Polizei. Dabei benennt die Polizei der BSAG Personen, die entweder mit Drogen angetroffen wurden oder des Dealens verdächtigt werden. Die BSAG erteilt dann den Betroffenen für ein Jahr ein Verbot der Beförderung auf allen Straßenbahn- und Buslinien der Stadt. Wird jemand mit Beförderungsverbot von der Polizei erneut in der Straßenbahn angetroffen, wird er/sie der Straßenbahn verwiesen, die Personalien an die BSAG weitergeleitet und diese erstattet dann Anzeige.

In Berlin gibt es seit Mitte 1993 die »Operative Einsatzgruppe City West« (OG City West), die umfangreiche Vertreibungsaktionen in der westlichen Innenstadt durchführt. Operative Gruppen sind seit Anfang der 90er Jahre das zentrale Instrument des Berliner Senats bei der Vertreibung und Mißhandlung von MigrantInnen, Obdachlosen und DrogenkonsumentInnen.

Der Berliner Senat reagierte mit der Aufstellung der OG City West auf den Druck der »AG City e.V.«, einem Zusammenschluß von Geschäftsleuten der westlichen Innenstadt rund um den Kurfürstendamm. Sie wollen den Gehweg vor ihren Geschäften von allen unliebsamen Personen, die nach ihrer Auffassung nicht in die Konsummeile passen, gesäubert haben. Zunächst wurden hauptsächlich auf dem Kudamm und in Seitenstraßen Tausende von Platzverweisen erteilt, später wurden der Breitscheidplatz und der Platz vor dem Bahnhof Zoo mit einbezogen. Bei den Aktionen

um den Bahnhof Zoo herum wurden neben der Polizei auf Betreiben der Bahn AG hin auch Bundesgrenzschutz und die Bahnpolizei beteiligt.
Inzwischen gibt es in Berlin ungefähr 24 sogenannte »gefährliche Orte«, an denen besondere Einsatzgruppen der Polizei zum Teil mehrfach täglich Razzien durchführen.
»Gefährliche Orte« werden von den Leitungen der Polizeidirektionen selbständig festgelegt. Die Kriterien sind schwammig und werden offiziell im Unklaren gelassen. An diesen Orten sind wesentliche Persönlichkeitsrechte außer Kraft gesetzt. So kann die Polizei ohne Begründung Personalien überprüfen, Leute durchsuchen, Fotos von verdächtigen Personen anfertigen und eigenverantwortlich zeitlich nicht begrenzte Platzverweise ohne Angabe von Gründen erteilen. Als gefährliche Orte gelten inzwischen die meisten der großen Einkaufsstraßen und Plätze in der Stadt. Die Gefährlichkeit der Orte wird durch das Vorgehen der Polizei bei den Razzien überdeutlich. Bei den Razzien wird meist äußerst brutal vorgegangen. An manchen Tagen werden alle Menschen, die nach Ansicht der Polizisten das Erscheinungsbild von Bahnhofsvorplatz und Breitscheidplatz stören, zusammengetrieben, Leute werden zusammengeschlagen, stundenlang auf Polizeiwachen inhaftiert und spät abends am Stadtrand ausgesetzt.
Eine ähnliche Politik der Ausgrenzung und Stigmatisierung ist uns aus Hamburg, Frankfurt/Main, München, Düsseldorf, Köln sowie aus Zürich und Wien bekannt. Zwar gibt es örtliche Unterschiede in bezug auf die vorangig betroffenen Personengruppen und die verantwortlichen Akteure, die Zielrichtung und die Hintergründe stimmen im Wesentlichen überein. In bezug auf die rassistische Komponente lassen sich drei Hauptmerkmale unterscheiden:

1. Privatisierung des öffentlichen Raumes

Ein Hauptmotiv der Razzien und Vertreibungen ist, die öffentlichen Innenstadtbereiche noch stärker als bisher schon zu bloßen Konsumbereichen zu gestalten. Hier passen alle diejenigen nicht hinein, die entweder nicht konsumieren wollen oder können. Obdachlose, BettlerInnen oder DrogenkonsumentInnen paßten noch nie in dieses Konzept. In den letzten Jahren sind junge MigrantInnen als zu vertreibende Gruppe hinzugekommen. Gruppen von ausländisch aussehenden Menschen, die sich einfach nur in Geschäftsstraßen und auf innerstädtischen Plätzen treffen, werden von Geschäftsleuten als imageschädigend - das sind nicht die Kunden, die sie vor ihren Läden sehen wollen - und als Gefährdung angesehen. Die Stereotype sind inzwischen sauber ausgefeilt - Schwarze belästigen deutsche Frauen, Araber handeln mit Drogen, Jugoslawen klauen Handtaschen. Alle ausländisch aussehenden Menschen, die sich nicht als wohlhabende Touristen auf





den Plätzen für ein Foto aufhalten, bevor sie das nächste Geschäft aufsuchen, sind verdächtig, stören die Einkaufswelt und werden schikaniert und vertrieben.
Als treibende Kraft hinter den Polizeiaktionen haben sich besonders Vereinigungen privater Geschäftsleute hervorgetan. Zwar war der Ruf solcher Vereinigungen nach der Polizei schon immer besonders laut, neu ist aber, daß es ihnen inzwischen ganz offen und ohne viel Widerspruch gelingt, die Polizei ihren Geschäftsinteressen gemäß einzusetzen.

2. Rassistische Stimmungsmache

Die brutalen Razzien gegen MigrantInnen dienen verantwortlichen Innenpolitikern als rassistische Stimmungsmache.
Sind Politiker auf der einen Seite maßgeblich an der Feindbildkonstruktion z.B. sogenannter »organisierter Rumänenbanden«, die Staat und Bürger bedrohen, beteiligt, so bieten sie auf der anderen Seite auch gleich die Lösung des konstruierten Problems »Ausländer«: Mit martialischen Einsätzen der Polizei auf der Straße demonstrieren sie der Öffentlichkeit Handlungsfähigkeit und den Willen, gegen die allerorts beschworene Gefahr der Mafiabanden konsequent vorzugehen. Gleichzeitig bestätigen die in aller Öffentlichkeit stattfindenden Einsätze wiederum die aufgestellten Feindbilder: Wo die Polizei mit solcher Härte durchgreift, müssen ja schon schlimme Verbrechen vorliegen. Es ist schließlich nicht von außen ersichtlich, ob bei einer sogenannten Drogenrazzia, bei der Leute brutal behandelt und zum Teil mit auf die Wache genommen werden, überhaupt Drogen gefunden und ob gefundene Drogen gedealt oder nur konsumiert wurden. So verwundert es nicht, daß konkrete Ergebnisse der Polizeiaktionen entweder gar nicht präsentiert werden oder relativ dürftig sind. Die festgestellten Straftaten bewegen sich in der Regel im Bereich der Kleindelikte.
So wird die Sicherheitshysterie bedient, indem die einen befriedigt zusehen, daß »endlich mal etwas getan« wird, und die anderen spätestens jetzt anfangen zu glauben, daß sie von feindlichen Ausländerhorden umringt sind.
Diese öffentliche Stimmung dient der Polizei als Freibrief für ihr immer brutaleres Vorgehen. Nicht nur einzelne Beamte können sich bei Mißhandlungen vor Konsequenzen sicher fühlen, auch die Polizei als ganzes hört nur vereinzelte Kritik an ihrem Vorgehen. Noch immer ist niemand bereit, von rassistischen Strukturen in der Polizei zu sprechen. Die bekannt werdenden Übergriffe werden als notwendige Härte bei gefährlichen Einsätzen gerechtfertigt oder als streßbedingte Einzelfälle abgetan.

3. Einschüchterung/ Druck auf Illegalisierte

Die Bedrohung durch die Polizei soll MigrantInnen einschüchtern. Ihnen soll vermittelt werden, daß sie sich nicht so selbstverständlich bewegen können wie die meisten Deutschen. Sie sollen sich ihrer rechtlichen und sozialen Randgruppenposition möglichst immer und überall bewußt bleiben und so unter Druck gesetzt werden, daß eine Gegenwehr so schwer wie möglich bleibt. Das geschieht schon durch Ausweiskontrollen in der Öffentlichkeit. Wenn auf einem öffentlichen Platz nur alle Schwarzen kontrolliert werden, ist dies für die Betroffenen höchst entwürdigend. Viele überlegen sich, solche Plätze zukünftig lieber zu meiden, um nicht wieder in so eine peinliche Lage zu geraten.

Bei den vielfachen Möglichkeiten, gegen das repressive Ausländerrecht zu verstoßen, stellen Straßenkontrollen auch eine konkrete Gefahr für MigrantInnen dar, vor allem aber für Illegalisierte. Nur in Großstädten existieren informelle Infrastrukturen verschiedener Communities, die es Menschen ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen überhaupt erst ermöglichen, hier zu überleben. Die Razzien und Kontrollen richten sich auch gegen diese illegalisierten Menschen. Dabei ist es Polizei und Innenbehörden klar, daß es bei Razzien und Straßenkontrollen nur zu verhältnismäßig wenigen Festnahmen von Illegalisierten kommt. Ziel ist es auch hier eher, Illegalisierte aus der Öffentlichkeit zu verdrängen und einen permanenten Druck auf informelle Netzwerke der Existenzsicherung auszuüben.

Ausgrenzung und Stigmatisierung sind keinen neuen Phänomene. Zwei Punkte der gegenwärtigen innerstädtischen Repressionswelle sind jedoch m.E. wichtige neue Aspekte dieser Politik:

1. Gegenüber den 70er und 80er Jahren werden immer mehr Bereiche der Sozial- und Flüchtlingspolitik polizeilich administriert. Während vorher über politische Ansätze zur Armutsbekämpfung und sozialen Integration diskutiert wurde, heißt es jetzt: Vertreibung der Armen, nicht der Armut, Ausgrenzung statt Integration. Diese Aufgaben werden der Polizei überlassen. Sie kann dabei zunehmend selbstständiger in der Wahl ihrer Mittel und Ziele vorgehen.

2. Neu ist auch die repressive Public-Private-Partnership. Ganz offen machen Lokalregierungen und Unternehmensvereinigungen unter sich aus, wie die Innenstädte gestaltet werden und wer sich wo zu welchem Zweck aufhalten darf. Dabei stehen privatwirtschaftliche Interessen an oberster Stelle.

Hinzu kommt die Zusammenarbeit zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten. Was noch Ende der 80er Jahre als unvereinbar galt, entwickelt sich jetzt als fruchtbare Konkurrenzbeziehung. Anfänglich war der Widerstand von Polizeiführungen gegen die privaten Dienste noch ziemlich massiv, inzwischen gerät die Polizei einerseits unter Druck, selbst auf der Straße präsent zu sein und zu zeigen, daß sie noch viel massiver und brutaler durchgreifen kann als die Privaten, andererseits gibt es schon überall Formen der Zusammenarbeit. In Bremen z.B. teilen sich Polizei und Private die Repression in den Straßenbahnen, in Berlin geben Polizisten Listen von Platzverweisen an Sicherheitsdienste von Bahn und Einkaufszentren weiter, damit diese dort auch gleich Hausverbote an die betreffenden Personen erteilen.



Momentan macht der breite Konsens zwischen deutscher Bevölkerung, Medien und Politik Widerstand gegen die Ausgrenzungs- und Kriminalisierungspolitik nahezu unmöglich. Dennoch gibt es Möglichkeiten und Ansätze. Beispiele hierfür sind die Montagsdemonstrationen um die Klagemauer in Köln, die detaillierten Recherchen und Veröffentlichungen des Antirassismus-Büros in Bremen und die im letzten Herbst wöchentlichen Kundgebungen von einigen Antirassismus-Gruppen auf dem Breitscheidplatz in Berlin.

Im Oktober '96 und Januar '97 haben sich Gruppen aus mehreren Städten der BRD, der Schweiz und Österreich getroffen, um eine gemeinsame Aktionswoche im Juni '97 zu planen. Ziel ist die Sichtbarmachung von Widerstand. In mehreren Städten soll parallel der Anstoß für weitergehende öffentliche Diskussionen und einen breiteren und kontiniuierlichen Protest in den Großstädten gegeben werden. (Siehe dazu auch die gesonderte Ankündigung der Innenstadt-Aktionswoche.)

Dietrich Steinhof, Antirassistische Initiative



Fotos: albert zecheru

Innenstadt-Aktionswoche vom 2. bis 8. Juni 1997

WACHSCHUTZ

AG City

262 95 92

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft City e.V.

Initiativen aus dem antirassistischen und Politkunst-Spektrum aus mehreren Großstädten der BRD, der Schweiz und aus Österreich planen vom 2.bis 8. Juni 1997 eine Aktionswoche gegen Ausgrenzung, Privatisierung des öffentlichen Raums und Sicherheitswahn. Die Idee entstand auf dem Treffen »minus 96« im Oktober 96 in Berlin. Auf einem Folgetreffen im Januar 97 wurde der inhaltliche Rahmen diskutiert und der Termin festgelegt.

Singularisierung, Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung von DrogenuserInnen, MigrantInnen, Obdachlosen, Wagenburg-BewohnerInnen und die gewalttätige Vertreibung dieser Menschen aus den Innenstädten kennzeichnen die kommunale »Standort«-Politik in nahezu jeder größeren Stadt Mitteleuropas. Hier überschneiden und verdichten sich Konflikte um die Zurichtung der Städte auf Kommerz und Konsum, spekulative Privatisierung von öffentlichem Raum, verschärfte Sicherheitspolitik, Drogenhysterie und Rassismus.

Durch zeitlich gebündelte Aktionen in möglichst vielen Städten soll versucht werden,

– den schweigenden Konsens zu stören, wonach öffentliche Räume nicht für alle zugänglich sein sollen, sondern durch Geschäftsleute bestimmt, wer sich vor ihrem Laden und im Viertel aufhalten darf. Dies wird mit Polizei und privaten Sicherheitsdiensten brutal durchgesetzt;

– die schweigende Mehrheit zur Stellungnahme zu provozieren und zu zwingen, nicht einfach wegzugucken;

– die Form von Apartheid ein Stück weit aufzuheben, indem sich über die Aktionen Leute treffen, die sonst individualisiert den Ausgrenzungsdruck erfahren. Auch sollen diejenigen angesprochen werden, für die es noch nicht selbstverständlich ist, daß Razzien, Mißhandlungen und einschüchternde Präsenz von Polizei und Sicherheitsdiensten zur neuen städtischen Realität gehören.

– den Anstoß zu geben für weitergehende Diskussionen und für einen breiteren und kontinuierlichen Widerstand.

Die konkrete Planung und Ausrichtung der Aktionen wird von den beteiligten Gruppen in den jeweiligen Städten übernommen. In einigen Städten haben sich dazu Vorbereitungsgruppen gebildet. Für den inhaltlichen Austausch wurde eine e-mail-Liste eingerichtet, über die Artikel, Flugblätter, Aktionsideen usw. an alle angeschlossenen Gruppen verteilt und diskutiert werden können. (Wer an diese Liste Nachrichten schicken oder selbst eingetragen werden will, schreibt an: InnerCity@is.in-berlin.de)

Bisher gibt es noch keinen konkreten Plan zu den Aktionen in der Juniwoche aus den einzelnen Städten.

In Berlin sind auch im Vorfeld der Aktionswoche verschiedene Aktionen, Workshops usw. geplant:

Im April und Mai finden Redaktions- und Produktionswochen zur Erstellung von kurzen Filmspots statt, die in möglichst vielen Kinos zwischen Werbeblock und Hauptfilm gezeigt werden sollen und verschiedene Themen zu Ausgrenzung, Privatisierung und Kriminalisierung in den Innenstädten behandeln.

Die Aktion Squatch! bereitet eine Ausstellung zum Thema Nutzung und Aneignung des öffentlichen Raums vor. Gesammelt werden Dokumentationen die zeigen, wie Gruppen und Einzelpersonen den öffentlichen Raum nutzen. Die eingehenden KunstStücke sollen dann eine Ausstellung in der Aktionswoche füllen.

Die Gruppe Klasse 2 veranstaltet im Frühjahr Redaktionstage zur Erstellung von thematischen Plakaten, die an gefährlichen Orten breit plakatiert werden sollen und wie die Filmspots Repression und Innenstadt thematisieren.

Ab 4. April 97 nimmt ein Bündnis antirassistischer Gruppen die wöchentlichen Protestkundgebungen im Bereich Breitscheidplatz/Bahnhof Zoo vom Herbst 96 gegen die rassistischen Razzien an gefährlichen Orten wieder auf. Bisher sind 10 Kundgebungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten geplant.

Die Berliner Vorbereitungsgruppe trifft sich mittwochs um 20.00 Uhr (ab 19.02.97 zweiwöchentlich) in der Antirassistischen Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Tel. 785 72 81. Hier können auch Rückfragen zu der Aktionswoche gestellt werden.

Interessierte Gruppen aus Städten, in denen es noch kein Vorbereitungstreffen gibt, können sich an die Antirassistische Initiative wenden und/oder sich in die e-mail-Liste einklinken.

Dietrich Steinhof, Antirassistische Initiative



Fotos: M. Beutel

Vertreibung und Ausgrenzung im Bremer Ostertor-/Steintorviertel

Im sog. »Viertel« lebt seit den 70er Jahren eine brisante Mischung aus StudentInnen, MigrantInnen, Arbeitslosen, DrogenbenutzerInnen und anderen tendenziellen Armutsschichten auf der einen, in den Mittelstand aufgestiegenen Ex-Linken auf der anderen Seite.
Mit Beginn der 90er Jahre wächst die Drogenszene im Viertel sprunghaft an. Dieser Umstand bringt viele AnwohnerInnen an ihre »Toleranzgrenzen«. Für den »liberalen Mittelstand« hatten Junkies und Straßenprostitution in ihrer »alternativen Yuppiehochburg« zunehmend weniger zu suchen. Ein kleiner Gang durch das Viertel konfrontiert einen sofort mit dieser Seite des »Drogenkrieges«: Gitter vor Hauseingängen, umzäunte Grünanlagen, Spielplätze und Schulhöfe, »Junkie-Verbot« in den meisten Kneipen, Schwarzlicht auf Klos gerade auch in alternativen Kneipen usw.
Im Januar 1992 einigten sich verschiedene Bremer SenatorInnen darauf, mittels Polizei eine »Verunsicherung der Szene und eine Verbesserung der Wohnqualität der Bürger« zu erreichen. Polizeigewalt und Jagdszenen auf Junkies nehmen zu, Abhängige werden nach dem Besuch von Beratungsläden angehalten und kontrolliert, ihnen wird selbst die Bedarfsdosis weggenommen.

Die Vertreibung der Prostituierten...

Im Herbst 1992 beschließt der Senat, die »offene Szene« und den »Drogenstrich« im Steintor/Ostertor zu zerschlagen. Vorangegangen waren massive Beschwerden von AnwohnerInnen, Geschäftsleuten und BürgerInnen-Inis, die immer lauter gegen die Junkies und den Strich wetterten.
Ein »Betreuungsbus« für die Frauen wird weggefahren, aufgrund der Sperrbezirksverordnung hagelt es massive Bußgeldbescheide (ein neuer Anlaß zur Prostitution) und »Platzverweise« für die Frauen der letzte Schritt ist die Verhaftung. Insgesamt laufen all diese Vertreibungsmaßnahmen darauf hinaus, das Elend der Frauen zu vergrößern und sie in eine (manchmal lebensgefährliche) Vereinzelung zu treiben. AnwohnerInnen gehen so weit, Prostituierte aus den Häusern heraus naßzuspritzen oder die Polizei zu rufen, wenn sie eine »entdeckt« haben.
Heute sind die Frauen weitab vom Viertel und der Szene in die Hafenanlagen des Stadtbezirks Walle verdrängt, freilich ohne eine auch nur annähernd vergleichbare Infrastruktur.

Die Vertreibung der Junkies...

Im März 1993 ziehen der Innensenator und der Polizeipräsident eine Bilanz ihres polizeilichen »Anti-Drogenkampfes«. Als »Teilerfolg« wird dabei gewertet, daß »ein Teil der Szene in andere Stadtteile verdrängt worden (ist). Da müssen wir nachsetzen.«
Im Mai 1993 solidarisiert sich der Innensenator mit den klagenden AnwohnerInnen und fordert die Schließung der Drogenberatungsstelle (DROBS). Nur einen Monat später schließt sich der zuständige Ortsbeirat dem Begehren der AnwohnerInnen an: Grüne, FDP und CDU besiegeln das Ende der DROBS im Viertel. Immer wieder, bevorzugt vor anstehenden Wahlen, machen die sog. »Sondergruppen zur Bekämpfung der Straßen- und Rauschgiftkriminalität«, teils mit Unterstützung von SEK-Kommandos, verstärkt Jagd auf die offene Szene im Viertel. Als im Sommer 1995 die Drogenberatungsstelle in ein Hochhaus in Bahnhofsnähe

umgezogen ist, kündigte der Leiter des Amtes für Soziale Dienste sofort an, es werde nun genau beobachtet, inwieweit sich die offene Szene vom Viertel in Richtung Bahnhof verlagert. Notfalls müsse man gemeinsam mit der Polizei einschreiten.
Bis heute gibt es außerdem einen regelrechten Protest-Zyklus von empörten AnwohnerInnen verschiedenster (proletarischer genauso wie reicherer) Stadtteile gegen eine »Begleitstelle für Substitution« und Unterkünfte für obdachlose Junkies. Es werden EinwohnerInnenversammlungen mit bis zu 100 Anwesenden einberufen, die sich regelmäßig und ohne Ausnahme gegen die Einrichtungen im »eigenen« Stadtteil aussprechen. Auch gegen eine Containersiedlung für obdachlose Junkies wehrt sich eine BI. Diese Container ähneln wohl nicht zufällig denen, die wir seit Jahren von Flüchtlingen kennen. Folgerichtig forderte die CDU Bremens im Wahlkampf auch eine zentrale Kasernierung obdachloser Junkies.

Rassistische Kampagnen unter dem Vorwand des »Anti-Drogen-Kampfes«

Im Zuge des polizeilichen »Anti-Drogen-Kampfes« kam es Anfang der 90er auch zu einem regelrechten Dauerterror gegen MigrantInnen. Willkürliche Festnahmen, Platzverweise, Razzien und Mißhandlungen waren an der Tagesordnung.
Gerechtfertigt wurde dies mit zwei ebenso einfachen wie rassistischen Bildern: Schwarzafrikaner = Kokain-Dealer, Kurde = Heroin-Dealer. Doch was den einen nur Mittel zum Zweck war, kam für die betroffenen afrikanischen und kurdischen Flüchtlinge einem permanenten Belagerungszustand gleich: ständige Personalienüberprüfungen auf der Straße, Schläge, Diebstahl von Geld, Diskriminierungen und Beleidigungen. Vorgehensweisen wie etwa das demonstrative »Abführen« von MigrantInnen aus Straßenbahnen zur Personalienfeststellung waren da noch »harmlos«. Das Spektrum der angewandten Praktiken reichte bis hin zu Scheinerschießungen und der Verabreichung von Elektroschocks mit einem »Viehtreiber« auf Bremer Polizeirevieren. Unter dem Vorwand, Afrikaner würden Drogenpäckchen im Falle einer Kontrolle einfach verschlucken, kam es zur Anwendung des extrem gefährlichen Brechmittels Apomorphin, welches die Polizei den Verdächtigen in Eigenregie spritzte. Als im Frühjahr 1992 die Vorwürfe öffentlich gemacht wurden, stellte sich die damals regierende Ampelkoalition sofort hinter die »harte Linie« von Innensenator und Polizei. Die KritikerInnen der Bremer Polizei wurden kurzerhand als »Teil der Drogenmafia« diffamiert.
Von einer kritischen oder demokratischen Öffentlichkeit war zu diesem Zeitpunkt - auch im Viertel - nichts zu hören. Das letzte Fünkchen Gesellschaftskritik hatte ein Gros der »liberalen, alternativen ViertelbewohnerInnen« schon mit ihrer Anti-Junkie-Hetze an ihren stacheldrahtbewehrten Gartenzaun gehängt. Ähnlich wie bei den Drogenprostituierten und den Junkies arbeitete die Polizei auch bei den des Drogenhandels verdächtigten Afrikanern (was in den Augen der Drogenfahnder quasi alle Afrikaner waren, die sich im Viertel aufhielten) mit der massiven Erteilung von Platzverweisen. Zusätzlich stand den Fahndern ein rassistisches Instrumentarium zur Verfügung: Die Polizei ging dazu über, die Personalien eines von ihnen verdächtigten (!) »Drogendealers« an die Ausländerbehörde weiterzureichen, die daraufhin eine Verfügung ausstellt, die es den Betroffenen bei Androhung von Geldbußen verbietet, sich in bestimmten Stadtgebieten aufzuhalten. Diese »No-Go-Areas« umfassen neben dem Viertel auch den Bahnhofsvorplatz. Mit all diesen Maßnahmen ist es der Bremer Polizei im Zusammenspiel mit PolitikerInnen und Ausländerämtern in den letzten Jahren tatsächlich gelungen, einen Großteil der Flüchtlinge aus dem Viertel fernzuhalten und zu vertreiben.
Die Praxis der Platzverweise ist inzwischen zu einem alltäglichen polizeilichen Instrument geworden. Sie wurde in den letzten Jahren auch vermehrt auf andere Personengruppen, vor allem Punx, ausgedehnt. Einen Höhepunkt bildeten hier die nach Bremen verlegten Chaostage 96, als die Polizei für ein ganzes Wochenende eine Art »Ausnahmezustand« verhängte und fast 1000 Platzverweise aussprach.
Die sozialen Vertreibungen passen sich ein in den aktuellen Rassismus, die Propaganda für den Standort Deutschland und die allgemeine Tendenz, statt auf organisiertes politisches Handeln wider diese Gesellschaftsordnung lieber das bequeme »Retten der eigenen Haut« zu setzen. Mit Hilfe der Herrschenden und auf Kosten derer, die noch ein Treppchen tiefer stehen. Gemeinsam ist all diesen Maßnahmen die Bekämpfung von Menschen anstatt von Verhältnissen. Sie sind das Ende jeder Politik.

Kersten, Bremen



Kontakte zum Thema:

Anarchistische Alternative &Azubi-Initiative »Eat The Rich«
St. Pauli - Str. 10 - 12
28203 Bremen

Anti-Rassismus-Büro
Sielwall 38
28203 Bremen Tel.: 0421 / 706444 Fax: 706445

Im März erscheint im Verlag Schwarze Risse Rote Straße ein Buch des Anti-Rassismus-Büros zum Thema »Polizei & Rassismus« am Beispiel Bremens.

Private Sicherheitsdienste, staatliche Polizei und »öffentlicher« Raum

Public private partnership im »Unternehmen Stadt«

In Berlin hat ihn die BVG, auch die Villenbesitzer im Grunewald, bei »Penny« und »plus« (»Dein Markendiscounter«) geht er ein und aus, der Olympionik Axel Nawrocki läßt ihn durch seine S-Bahnen marschieren, auf dem Flughafen, vor Berliner Kasernen, in Flüchtlingsheimen und auf dem Kurfürstendamm, vor den Rathäusern Neuköllns und in Marzahn, auf dem Potsdamer Platz – selbst in der Szenedisco »SO 36« tut er Dienst: der private Sicherheitsdienst. Von Bundeswehr bis Autonom – so what?

Tatsächlich gab es in den vergangenen Jahren nur wenig öffentliche Diskussionen zur Arbeit der Privaten: 1992 fand ein kurzer Streit darum statt, ob der nach Polizeiangaben dem »Milieubereich Organisierte Kriminalität« zuzurechnende CM Sicherheitsdienst seine Dienste dem »Milieubereich Organisierter Profit«, also den in der AG City organisierten Geschäftsleuten, auch im »öffentlichen Raum« anbieten und »in Viererketten auf dem Ku'damm« marschieren darf. Der Streit endete vorläufig mit der engen Zusammenarbeit beider Protagonisten. Beim jüngsten Fall, bei dem es um die Übertragung sog. hoheitlicher Aufgaben an Private geht, mußte die Polizei einen angetrunkenen Flugzeugentführer aus dem Flugzeug auf das Rollfeld des Tegeler Flughafens schubsen, weil die Securitas Aviation Services GmbH bei der Taschenkontrolle versagt hatte. Wenige Tage später, vermutlich inspiriert durch den Presse-Rummel und an der Ehre gepackt, konnten BGS-Mitarbeiter in Zivil gar unentdeckt mit Waffen und - so heißt es - einer Handgranate in die Maschine spazieren. Mit dem »Entführungsfall Reemtsma« wurde zwischenzeitlich kurz die Frage virulent, ob denn jetzt private Sicherheitsdienste auch Fahndungsaufgaben übernehmen dürften. Damals war bekannt geworden, daß Freunde des Millionärs Jan Philipp Reemtsma die vorwiegend aus Ex-BKAlern bestehende ESPO-Security Management GmbH mit der Geldübergabe beauftragt, ihr die Federführung übertragen und die Polizei auf die hinteren Reihen verwiesen hatten. Darüber, so heißt es, wurde Stillschweigen vereinbart.

Neben dem Boom der Branche in den letzten Jahren fällt vor allem die Ausweitung der Aufgabenbereiche auf: Dazu zählen die Übernahme zahlreicher hoheitlicher Aufgaben, etwa bei der Verkehrskontrolle (u.a. die sog. Parkraumbewirtschaftung) oder im Abschiebe- und Strafvollzug. Sogenannte allgemeine Ordnungsfunktionen, die bisher ausschließlich der Polizei oblagen, werden ebenfalls zu einer Domäne der Privaten: Bei der Fahrkartenkontrolle, der Überwachung von Fußgängerzonen und dem Bahnhofsumfeld - kurz: im »öffentlichen Raum« - sehen die meist großen Industriekonglomerate einen neuen Markt - den »Angstmarkt«, von dem freilich auch die Polizei profitiert. Auf dem Ku'damm etwa teilen sich CM Sicherheitsdienst und die OG City-West 1 die Arbeit - die Vertreibung von vorwiegend DrogenkonsumentInnen, Obdachlosen und MigrantInnen. Einige Zahlen: Bundesweit waren 1989 noch 705, 1994 bereits 1.320 private Sicherheitsdienste im Einsatz, in Berlin verdoppelte sich die Zahl von 170 (10/92) auf 330 (01/97). Zwölf Firmen teilen unter sich gut 60 Prozent des Marktes auf, der Rest besteht aus meist sehr kleinen Firmen, von einer legal nicht abgesicherten Grauzone wird ausgegangen. Unter den großen Anbietern finden sich Konzerne wie die Veba AG (Raab-Karcher), die Stinnes AG (Brink' Schenker), die Industrie- und Handelsschutz GmbH (IHS, tätig auf dem Potsdamer Platz und in den U-Bahnen von Berlin, Köln, Ludwigsburg und Frankfurt/M.), die Kötter Security (die der BVG das Fahrgeld transportiert) oder die Pedus AG, die erst kürzlich ihren Hauptsitz nach Berlin verlegte, in der Friedrichstraße baut und u.a. im Europa-Center tätig ist. Zu den mittleren der Branche gehört der auf den Fernbahnhöfen und in deren Umgebung im Einsatz befindliche B.O.S.S. Sicherheitsdienst. Er prügelt die Obdachlosen dabei gleich in die betriebseigenen Heime, denn die Geschäftsführer, das Immobilienduo Penz/Garski, betreiben in Berlin über 40 Flüchtlings-, Obdachlosen- und Aussiedlerheime mit ca. 700 Betten, für die der Senat pro Bett und Monat bis zu 1.800 Mark an die Geschäftsleute zahlt.

Die Privatisierung öffentlicher Räume – Von der Einkaufsmeile zur no go area

Bundesweit beschäftigen private Sicherheitsdienste mittlerweile ca. 250.000 MitarbeiterInnen und liegen damit in etwa auf gleicher Höhe mit der Polizei. In Berlin geht man von ca. 15.000 Privaten aus. Der Boom auf dem Sicherheitsmarkt geht mit der Privatisierung des »öffentlichen Raums« einher. Hier lassen sich neue Aufgabenfelder erschließen. Dank des »Angstmarktes« läßt sich Druck erzeugen auf die staatlichen Auftraggeber, die ohnehin beim Umbau von der Subventionsmetropole zum »Unternehmen Berlin« (Diepgen) auf Privatisierungskurs sind. Bisher war nach herrschender Rechtsauffassung die Polizei für Sicherheit im »öffentlichen Raum« zuständig, für den privaten Raum gilt in der Regel das Hausrecht, das beispielsweise an private Sicherheitsdienste übertragen werden kann. Ob ein zum Shopping Mall umgebauter Bahnhof, eine U-Bahn oder der Eingangsbereich eines Supermarktes als privater Raum zu werten sind (Hausflure, Treppen- und Parkhäuser, Plätze...), ist auch juristisch umstritten. Tatsache ist, daß private Sicherheitsdienste zunehmend im »öffentlichen Raum« agieren.

Der Berliner Architekt Christof Langhof schlug unlängst in die Kerbe der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und regte an, die Fußwege in Geschäftsstraßen doch an die Geschäftsinhaber zu verkaufen. Damit gingen Reinigungs- und Sicherheitsaufgaben an die Privaten. Der Immobilien- und Kosmetik-Konzern Douglas Holding fordert, daß Innenstädte »genauso wie ein Einkaufszentrum gemanagt« werden sollen. Dem General Jörg Schönbohm gilt Berlin »nicht mehr als die Summe seiner Kieze«, sondern, so der Berliner

Innensenator, »repräsentiert die Mitte Deutschlands in der Weltöffentlichkeit« – was dabei stört, fliegt raus. Anläßlich der Veröffentlichung des »Planwerks Innenstadt« aus dem Hause Stimmann/Strieder verteidigt der Journalist Uwe Rada gerade diese »Berliner Mischung« und plädiert für »friedliche Koexistenz ohne Verdrängung«. Die kirchliche Initiative »Leben mit Obdachlosen« brauchte fast sechs Monate, um überhaupt zur Vertreibung und zu den Deportationen von Obdachlosen an den Stadtrand von politisch Verantwortlichen gehört zu werden – so what?
Vor allem anhören mußten sich die kirchlichen Vertreter einiges: Vom Leiter der rund 700 Fernbahnhöfe in Berlin und Brandenburg, Schmidt, zunächst, daß die Deutsche Bahn AG am Begriff »Herumlungernde« für Obdachlose festhalte. Der leitende Polizeidirektor Kahnert aus dem Grenzschutzpräsidium Ost schob nach, daß er es »als geborener Ostpreuße mit etwas Schmerz empfinde«, wenn die Praktiken von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten – Schlagstockeinsatz, Deportation an den Stadtrand, rassistische Übergriffe – als »Vertreibung bezeichnet« werden. Das, so der BGS-Mann, »läuft bei uns unter Verbringungsgewahrsam.«
Der Geschäftsführer der Berliner Wache GmbH, Ex-SEK-Mann Mike Jürges, faßt sein Geschäft gegen »Herumlungernde« demgegenüber genau so zusammen und bringt – wie nebenbei und leicht bedauernd – die gegenwärtige Kriminalisierungspraxis gegen Arme auf den Punkt: »Kriminalität kann man nur verdrängen, nicht vernichten«. Geschäftskollege Ralf Sieberling schiebt nach: »Irgendwo fällt immer Dreck an. Durch unsere Arbeit eben nur woanders.« – Die Berliner Wache schützt die Villenviertel im Grunewald, in Zehlendorf und Dahlem, »verdrängt« andererseits den »Dreck« vor den Läden der Kaufhausketten Tengelmann, Rewe und Reichelt in Neukölln, Kreuzberg, Mitte und Friedrichshain.
Mit der Installierung von gut 20 »gefährlichen Orten« (vgl. Kasten) durch die Polizei und der zur Chefsache erklärten »Säuberung« der Innenstadt von »geschäftsschädigenden Personen«, soll alles verschwinden, was nicht kaufwillig oder -fähig ist. Geschäftsleute betrachten ihre Wirkungsstätten und deren Umfeld – den »öffentlichen Raum« – als Privatbesitz. Und so wird durch Kriminalisierung oder Polizeiknüppel, mit Hausrecht in dem einen (Private), mit dem Platzverweis im anderen Falle (Polizei), »öffentlicher Raum« privatisiert und zugerichtet auf Geschäftsinteressen (vgl. Kasten »Highlights«). Staatliche und wirtschaftliche Macht definieren gemeinsam, was sozial erwünscht bzw. unerwünscht ist. Dabei sind sozialpolitische Fragestellungen vom Tisch, es geht um den »Standort Berlin«, um die deutsche Hauptstadt, um die Beseitigung der Armen, nicht der Armut.
Welch großen Einfluß private Sicherheitsdienste über ihren eigentlichen, praktischen Aktionsradius hinaus bereits errungen haben – wie sich private und öffentliche Sicherheit, wie sich öffentlicher und privater Raum verschränken[2], läßt sich exemplarisch an der Durchsetzung von Normen illustrieren:
Private Sicherheitsdienste sind daran beteiligt, wenn es um die Aufrechterhaltung von Law and Order geht.



Foto: albert zecheru

»Gefährliche Orte«

In ihrer erfrischenden Art hat u.a. die BILD-Zeitung (unwidersprochen durch die Berliner Polizei, die die Liste aber lieber geheimgehalten hätte) im Oktober 1996 die nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) zu »gefährlichen Orten« erklärten Gebiete Berlins veröffentlicht. Im Zusammenhang mit »öffentlichem Raum« spielt das u.a. deshalb eine Rolle, weil an diesen Orten – polizeirechtlich nicht gedeckt – Zugangsbedingungen eingeschränkt und Grundrechte unterlaufen werden:

Charlottenburg: Breitscheidplatz: Drogen, Taschendiebstahl; Stuttgarter Platz: Rotlichtmilieu, Drogen.

Friedrichshain: U-Bahnhof Samariterstraße: Jugendbanden, Messerstechereien.

Hellersdorf: Cottbusser Platz: Rechtsradikale Gruppen.

Kreuzberg: Kottbusser Tor: Drogen, Überfälle; Görlitzer Park: Raub, Messerstechereien.

Marzahn: Havemannstraße, Rhinstraße: Vietnamesenheime, Zigarettenschmuggel.

Mitte: Oranienburger Straße: Autonome, Prostitution; Alexanderplatz: Hütchenspieler, Taschendiebe; Arkonaplatz: Jugendbanden.

Neukölln: Hermannplatz: Drogen, Zigarettenmafia.

Schöneberg: Kurfürstenstraße: Prostitution; Tauentzien: Messerstechereien, Hütchenspieler; Nollendorfplatz: Überfälle, Raub; Grazer Platz: Jugendbanden.

Tiergarten: Hardenbergplatz: Säuferszene; Potsdamer Straße: Messerstechereien, Raubüberfälle; Turmstraße: Messerstechereien, Raubüberfälle.

Die ebenfalls erwähnte East-Side-Gallery in Friedrichshain ist inzwischen geräumt, die in der BILD-Zeitung genannte Kreutziger Straße wurde nicht als »gefährlicher Ort« geführt.

Highlights privater »Sicherheit«

Um einen Eindruck von den Aktivitäten Privater zu vermitteln, sollen einige Beispiele ihre Arbeitsfelder illustrieren:

Berlin 1993: Während des Unistreiks werden StudentInnen von privaten Wachschützern aus ihren Universitäten geprügelt; es gibt mehrere Verletzte.

Hannover 1995: Ein Kaufhauskonzern beauftragt seinen mit Videokameras ausgestatteten hausinternen Sicherheitsdienst, für die angrenzende Fußgängerzone Passerelle »Beweisdokumentationstrupps« zusammenzustellen, die die Umgebung des Kaufhauses »clean« halten sollen. Der Sicherheitsdienst der Deutschen Bank AG legt gar ein eigenes Videoarchiv gegen »Störer« an.

Bremen 1995: Der private Sicherheitsdienst Pandi Services organisiert in Zusammenarbeit mit der französischen Wachschutz-Firma Budd für den BGS rechtswidrig die Abschiebung von Schwarzafrikanern und erledigt so privat, was staatlich nicht gelang.

München 1996: Ein »Schwarzer Sheriff« des Zentralen Sicherheitsdienstes (ZSD) schießt bei der Verfolgung eines Angetrunkenen in eine Menschenmenge. Gegen protestierende ParkbesucherInnen drückt er dreimal ab, verletzt aber niemanden - einen Waffenschein hatte er nicht. Der ZSD, der über einen Ableger auch den Münchner Flughafen kontrolliert, ist übrigens an oben genannter Securitas (Flughafen Tegel) mit 49 Prozent beteiligt. Dem Geschäftsführer, Carl Wiedmeier, werden Waffenschiebereien nachgesagt.

Die Durchsetzung solcher Normen mit Hilfe der Privaten wird aber nicht durch die Kriminalisierung von Krankheit oder Armut, durch die Stigmatisierung als »krankhaft anders« und durch körperliche Angriffe gegen die so Ausgegrenzten »erkauft«. Denn dieses Geschäft besorgt die Polizei nachweislich so gut, daß sie hier nicht auf privatpolizeiliche Unterstützung zurückgreifen muß: Die Erfindung von Figuren wie dem »Intensivdealer« in Hamburg, die Folterung und der sexuelle Mißbrauch von MigrantInnen in Brandenburg, die Vertreibung aus dem »öffentlichen Raum« mit anschließender Deportation an den Stadtrand oder die Zerstörung von Wagenburgen - solche Dinge kann der Polizeiapparat allein und weitgehend sanktionsfrei organisieren. Das ist nicht teuer - oft sogar billiger - und macht manchen offensichtlich Spaß.

»Grey Policing« als Sozialpolitik

»Erkauft« wird - neben der nun privat erbrachten Dienstleistung »Sicherheit«, die ja auch Geld kostet - etwas anderes: Im Zuge der Privatisierung von »Sicherheit« setzen private Sicherheitsdienste als allgemeingültig mit durch, was bisher leicht als Privatinteresse zu erkennen war: Die Beseitigung »öffentlicher« Räume, Profit, das »richtige Verhalten« auf der Straße. Das funktioniert, weil z.B. ehemalige Polizei- und Geheimdienst-Kollegen jetzt als Geschäftsführer privater Dienste tätig sind und den Kontakt untereinander halten (Old-Boy-Network); weil die Privaten - mit aktuellster Nachrichtentechnik ausgerüstet - Ermittlungen durchführen, die sich die Polizei (noch) nicht erlauben darf und finanziell nicht erlauben kann, andererseits aber Zugang zu Daten hat, die den Privaten fehlen; weil man in derselben Branche tätig ist, die gesammelten Erfahrungen und »Erkenntnisse« der Privaten in das polizeiliche Lagebild einfließen und informell Informationen ausgetauscht werden (moonlightning).

Private Sicherheitsdienste sind Schlüssel und Motor der Tendenz zur Privatisierung, Entdemokratisierung und Vergeheimdienstlichung polizeilicher Arbeit, weil das Interesse ihrer Auftraggeber aus der Privatwirtschaft gerade nicht öffentliche Rechtspflege oder veröffentlichter Arbeitsnachweis ist. Das aber sind Dinge, auf die Politik und Polizei, etwa mit den jährlichen Polizeilichen Kriminalstatistiken (PKS), mit Aufklärungs- und Festnahmeraten Wert legen. Ganz im Gegenteil sollen private Sicherheitsdienste für ihre Auftraggeber in der Regel diskret arbeiten. So scheint es häufig nicht opportun, Erfolge anzupreisen: Das Legalitätsprinzip wird durch das Opportunitätsprinzip ersetzt (was nützt dem Auftraggeber - und dem Sicherheitsdienst - am meisten). Im eigenen Profitinteresse dramatisieren die Privaten die »Sicherheits«- lage und bieten die Lösung gleich mit. So forderte der Landesverband der sächsischen Sicherheitsdienste unlängst, Private müßten »auch Fahndungsaufgaben übernehmen«.

Die privaten Sicherheitsdienste orientieren sich an den Einzelinteressen ihrer Auftraggeber, die nur kaufkräftiges Publikum in der Innenstadt haben wollen. Am Ku'damm und auch in anderen Innenstädten ist zu beobachten, daß Polizei und private Sicherheitsdienste inzwischen gemeinsam Einzelinteressen - wie die der AG City - durchsetzen. Die Polizei gibt dem noch höhere - staatliche - Weihen.

Zudem: Wo die Polizei nicht weiter weiß oder aus rechtlichen Gründen nicht darf, können die alten »Kollegen« - mit mehr Befugnissen[3], am Rande der Legalität und ggf. darüberhinaus - hilfreich sein. Angesichts des Drucks, der auf der Polizei lastet, Erfolge vorzuweisen und Sozialpolitik zu ersetzen, schreit das in dieser nicht kontrollierbaren Grauzone nach Arbeitsteilung (grey policing). Das bezieht sich nicht nur auf repressives Vorgehen, sondern auch auf Ermittlungen (vgl. Kasten »Dateien«). Lästige rechtsstaatliche Restriktionen können abgeschüttelt bzw.

Privat-Dateien aus dem »öffentlichen Raum«:

Im Streit der Automobilkonzerne VW und General Motors - die sog. Lopéz-Affäre - nutzte ein VW-Sicherheitsbeauftragter seine alten Kontakte in den Polizeiapparat, um Erkenntnisse aus Datensätzen zu gewinnen. Im »öffentlichen Raum« sorgte das sog. Parkraumbewirtschaftungskonzept des Berliner Senats dafür, daß Private Zugang zu personenbezogenen Daten und Photos von AutofahrerInnen bekamen. In Niedersachsen gab die Polizei befreundeten Privaten Einblick in Polizeidatenbestände. Die Deutsche Bank AG ließ ihren Sicherheitsdienst heimlich Protestierende observieren und in einer privaten Fahndungsdatei speichern. In Bayern wurden Pläne bekannt, eine private Datei einzurichten, in der »Aktivitäten von potentiellen Tätern« im Umfeld von zu schützenden Objekten und Personen gespeichert werden sollen; Bundesweit organisierte Sicherheitsdienste sollen Kfz-Kennzeichen-Dateien führen.

Das unschöne Wort »Zusammenarbeit«:

Der Leiter der Operativen Gruppe City-West, Jürgen Gustavus, hört das Wort »Zusammenarbeit« nicht gern, wenn es um private Sicherheitsdienste geht. Tatsächlich aber - so Betroffene - sind die Wachschützer des CM Sicherheitsdienstes in Besitz von polizeilichen Namenslisten. Zusammenarbeit von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten ist aber auch im »aktiven Dienst« zu bewundern, wenn etwa - wie zuletzt bei der Anti-NATO-Demonstration auf dem Kurfürstendamm - staatliche Polizeikräfte in Zivil und private Sicherheitsdienste in Uniform gemeinsam Jagd auf DemonstrantInnen machen.
Für Zusammenarbeit warb der damalige Persönliche Referent von Ex-Innensenator Heckelmann, Dirk Gutberlet. In einem internen Schreiben an die Hotel- und Gaststätten-Innung heißt es schon 1992: »Herr Heckelmann wäre an einer deratigen »konzertierten Aktion« zwischen Polizei, seriösen Sicherheitsfirmen wie der des Herrn Frede und den Betreibern von Vergnügungsstätten interessiert, um politisch etwas im Interesse der Stadt voranzubringen.« - Schade, daß das Security Team Frede zu diesem Zeitpunkt keine Lizenz hatte, also illegal arbeitete.
Zur Zusammenarbeit gehören auch die Häuserräumungen durch Private in Köln, Potsdam und Berlin - gemeinsam oder mit Billigung der Polizei durchgeführt. Der gemeinsame Einsatz von BGS, B.O.S.S. Sicherheitsdienst und bahneigener BSG (Bahnschutzgesellschaft) macht Bahnhöfe und Bahnumfeld zu einem »gefährlichen Ort« für die Armen der Stadt. - In der »Hauptstadt aller Deutschen« setzen sie das »SSS-Konzept« (Sicherheit, Service, Sauberkeit) der Deutschen Bahn AG für mehr Profit und eine »qualifizierte Öffentlichkeit« durch.

umgangen werden. Gleichzeitig verbreitet sich so der Einfluß privater Sicherheitsdienste durch diese Zusatzleistungen auch praktisch aus. Es entsteht das unschöne Wort der »Zusammenarbeit« (vgl. Kasten »Zusammenarbeit«).
Private Sicherheitsdienste sind nicht zuletzt ein Produkt der Strategie des »Outsourcing«, der Auslagerung und Privatisierung staatlicher Aufgaben, des Bestrebens, die Stadt wie ein Unternehmen führen zu können. Die Allgemeinzugänglichkeit »öffentlicher Räume« soll Verwertungs- und Repräsentationsinteressen geopfert werden. Und aus Armen werden Kriminelle, aus Profitinteressen wird der »Standortfaktor Sicherheit«. Was auf der kommunalen Ebene Nebenprodukt der Privatisierung ist - der kaum kontrollierte Einsatz privater Sicherheitsdienste - wird seit 1994 auf Bundesebene von hohen Beamten und Vertretern der Sicherheitsbranche als Strategie »Innerer Sicherheit« diskutiert. Der nach dem GSG-9-Einsatz in Bad Kleinen versetzte und damit ehemalige BKA-Vizepräsident Gerhard Köhler hält es so für »durchaus vorstellbar, solche Unternehmen mit hoheitlichen Aufgaben zu betrauen.« Datenschutz bestehe dort »nur aufgrund sehr allgemeiner Klauseln«, die Privaten könnten so »freier und flexibler (...), vielleicht dann letztlich auch mit höherem Erfolgsgrad arbeiten.«

Volker Eick

1) Die Operative Gruppe City-West ist eine aus Schutz- und Kriminalpolizei zusammengesetzte 22-köpfige Einheit, die den gesamten Ku'damm-Bereich »bearbeitet«, ohne mit Verwaltungsaufgaben belastet zu sein. Im Einsatz ist sie gegen Obdachlose, ausländische Jugendliche, BettlerInnen und MigrantInnen, die der Geschäftswelt als »geschäftsschädigende Personen« gelten, so der Geschäftsführer der AG City und Spielbankbesitzer, Peter Hosemann.

2) So wie die privaten Sicherheitsdienste die Privatisierung des »öffentlichen Raums« im eigenen Profitinteresse vorantreiben und die Polizei deren Interessen mitträgt, wird zugleich der private Raum (die durch Polizeirazzien zerstörte Wohnung einer kurdischen Familie; die Redaktionsräume von Zeitungen wie »junge Welt« oder »tageszeitung«; die Fluggesellschaft, die nach dem Schengener Abkommen verpflichtet ist, Ausweise zu kontrollieren; die Bank, die die sog. Geldwäsche bekämpfen und Transaktionen über 20.000 DM melden muß; der sog. Große Lauschangriff) im »öffentlichen« »Sicherheits«interesse durch Polizei und Geheimdienste durchlöchert.

3) Video- und Photoaufnahmen unterliegen bei privaten Sicherheitsdiensten keinen gesonderten Vorschriften, provokatives Verhalten ist nicht in gleicher Weise sanktionierbar.

Literatur:

BERLINER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER (Hrsg.) 1996: Jahresbericht 1995. Selbstverlag. Berlin
BRUSTEN, Manfred (Hrsg.) 1992: Polizei-Politik. Streitfragen. Kritische Analysen und Zukunftsperspektiven (Kriminologisches Journal. 4. Beiheft). Juventa Verlag. Weinheim
BÜRGERRECHTE & POLIZEI/CILIP 1995: Schwerpunkt: Polizei und Stadt. Nr. 51 (2/1995). Selbstverlag. Berlin
EICK. Volker 1995: Berlin wird Hauptstadt. aber sicher.... in: Frank Sträter: Los Angeles. Berlin. Stadt der Zukunft. Zukunft der Stadt. S.129ff. Context Verlag, Stuttgart
FREHSEE, Detlev/LÖSCHPER, Gabi/SCHUMANN, Karl F. (Hrsg.) 1993: Strafrecht. soziale Kontrolle. soziale Disziplinierung (Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie. Band 15). Westdeutscher Verlag. Opladen
GÖSSNER. Rolf (Hrsg.) 1995: Mythos Sicherheit. Der hilflose Schrei nach dem starken Staat. Nomos Verlag. Baden-Baden
MAHLBERG. Lothar 1988: Gefahrenabwehr durch gewerbliche Sicherheitsunternehmen. Duncker & Humblot Verlag. Berlin
MAIBACH. Gerda (Hrsg.in) 1996: Polizisten und Gewalt. Innenansichten aus dem Polizeialltag. Rowohlt Verlag. Reinbek

TSp, 28/09/95, 11

Jetzt zur SiTech Berlin.



Weil jeder mal Urlaub macht.

Messe Berlin GmbH
Messedamm 22 · D-14055 Berlin
Telefon 030/30 38-0 · Telefax 030/3038-2130

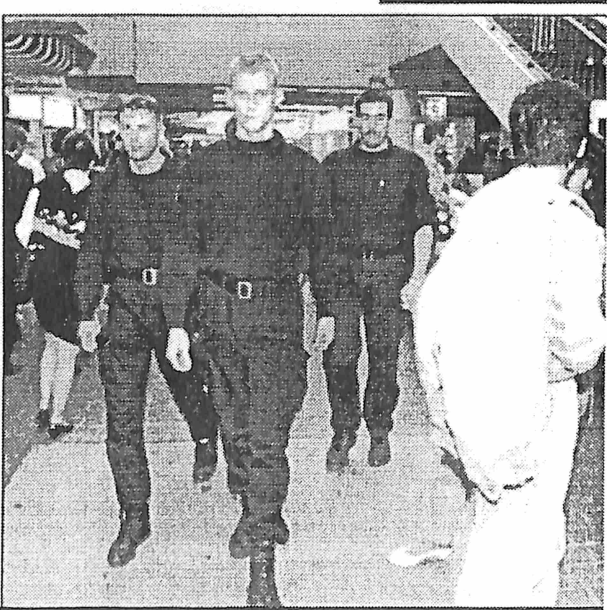
Wachschutzunternehmen:

Gegen ein Berlin der Bonzen!

ZAHLEN: ■ Rund 270.000 WachschützerInnen
BERLIN: ■ Rund 150 Unternehmen
EINSATZGEBIETE: ■ U-Bahn, Objektschutz, Straßenpatrouillen, ■ Einkaufspassagen, Geldtransporte
EINIGE BEISPIELE:

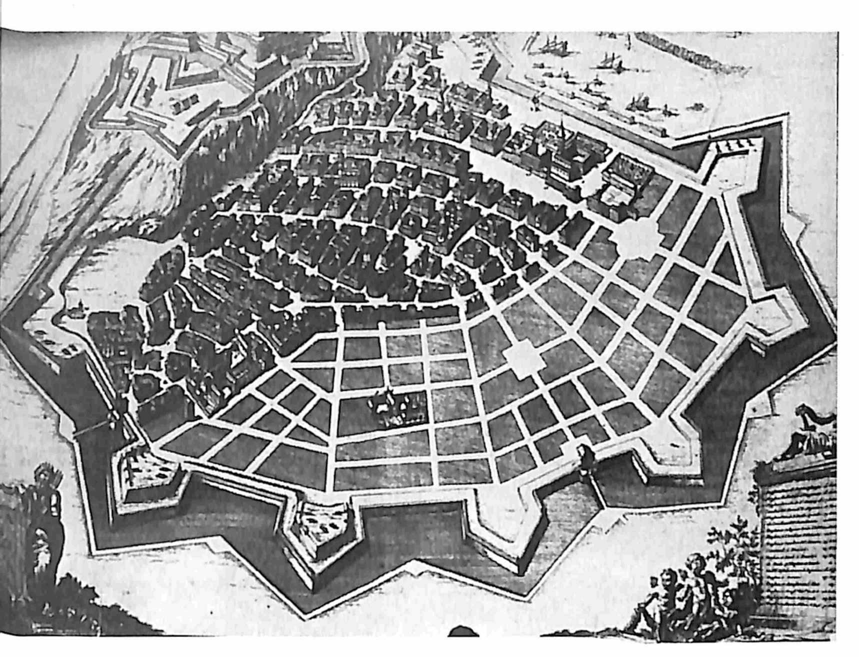
■ ***CM-Wachschutz*** (Kurfürstendamm)
Rekrutiert v.a. ausländ. Jugendliche, gilt dem "Milieubereich Organisierte Kriminalität" zugehörig. Gehen auch gegen BettlerInnen etc. am Kudamm vor. Einschüchtern bis gezielte Angriffe gg. unerwünschte Personen. Auftraggeber: AG City.

■ ***Industrie- und Handelsschutz GmbH*** (u.a. U-Bahn)
Bundesweit aktiv mit 2.500 Beschäftigten. Schwerpunkte Berlin Ff/Main, Köln. BVG zahlt der IHS jährlich 25 Mio. für U-Bahnschutz. Gesellschafter ist EX-Verfassungsschutzchef Heribert Hellenbroich.



SCHUTZ VOR UNERWÜNSCHTEN PERSONEN: *Wachschützer in einer Einkaufspassage in Hannover auf Patrouille.*

Berlin wird Hauptstadt - aber sicher...



Paris la nuit - nur da, wo es erlaubt ist

Französiche Städte im Sicherheitsfieber

Wer in Berlin die lauschigen Grillsommernächte in öffentlichen Parks liebt und im Pariser Jardin du Luxembourg ähnliches erleben möchte, wird sich wundern. Kaum ist die Sonne hinter den Bäumen verschwunden, springt hinter jedem Busch ein Uniformierter hervor, zückt eine schrille Trillerpfeife und bittet die Liebespärchen und lesenden StudentInnen mit dem Ruf »Fermeture du jardin!« zum Ausgang.
Schwere schmiedeeiserne Tore fallen ins Schloß, die Parks der Metropole werden nachts abgesperrt - nicht nur der Luxembourg.
Das sei schon immer so gewesen, versichern die PariserInnen erstaunt. Auch die Privatisierung von Straßenzügen oder Vierteln sei an der Seine weniger postmodernen Urbanisierungsstrategien geschuldet, als vielmehr der in Frankreich stets hochgehaltenen Tradition. Im legendären 16. Arrondissement lebt die haute Bourgeosie - und die bleibt seit eh und je unter sich. In ihrem teuren Reservat gibt die Elite sich elitär, stilvoll und abgeschottet. Die Zugänge zu den vornehmen Jugendstil-Privatvillen werden von Sicherheitsdiensten bewacht; eine Stadt in der Stadt, in der nur geschlossene Gesellschaften tagen.
Wer dagegen zum gemeinen Pariser Fußvolk gehört und die Metro benutzt, ist derzeit mit einem militarisierten Konzept von Sicherheit und Ordnung konfrontiert. Seit dem Anschlag Ende letzten Jahres, der algerischen Islamisten zugeschrieben wird, ist der Notfallplan zur inneren Sicherheit, »Vigipirate«, wieder in Kraft. In den Tunneln der Untergrundbahn patrouillieren seitdem nicht nur Polizisten, sondern auch Fremdenlegionäre. Um die Einschränkung, daß sie im Gegensatz zur Polizei nicht befugt sind, Identitätskontrollen vorzunehmen, scheren sie sich wenig. Im Gegenteil - bereits im Januar gab es mehrfach Beschwerden über rassistische Beschimpfungen und Bedrohung von PassantInnen mit Sturmgewehren. Auch die Polizeigewerkschaft protestierte gegen eine »schleichende Militarisierung« der inneren Sicherheit[1].

Kampagne gegen Obdachlose und Osteuropäer

Das Konzept, unerwünschte Gruppen aus den Innenstädten zu entfernen, hat sich in den letzten beiden Jahren vor allem in der französischen Provinz durchgesetzt, in Städten, die in erster Linie vom Tourismus leben. Den Auftakt machte bereits am 4. Juli 1995 der linksliberale Bürgermeister von La Rochelle, Michel Crépeau. Im letzten Sommer zogen mehrere Städte nach, unter anderem Toulouse und Nizza. Dabei kommen die Saubermänner aus allen politischen Lagern, vom kommunistischen Bürgermeister von Sète, Francois Liberti, über den Liberalen Guibal in Menton bis hin zum Bürgermeister von Nizza, Jaques Peyrat, einem ehemaligen Mitglied der Front National, der jetzt zur RPR gewechselt ist. Zwischen dem 15. Juni und dem 15. September, so dekretierte dieser, sei der Aufenthalt von Obdachlosen und Bettlern in der Stadt verboten. Ein Spezial-Lastwagen sammelte die derart Stigmatisierten denn auch über den Sommer ein und karrte sie auf einen 12 Kilometer stadtauswärts gelegenen Berg, wo ein »Auffangzentrum« errichtet worden war - allerdings ohne Übernachtungsmöglichkeiten. Der Rückweg in die Stadt war nur zu Fuß möglich. Peyrat griff darüberhinaus im vergangenen November zu einer ungewöhnlichen Maßnahme: Er rief die BürgerInnen von Nizza auf, per Referendum über die automatische Verlängerung des Dekrets im nächsten Sommer abzustimmen. Kein großes Risiko für den Law-and-Order-Politiker in einer Stadt, wo 75% die Rechte und extreme Rechte wählen. In der Kampagne für die Abstimmung appellierte die Stadtverwaltung auch offen an rassistische Ressentiments: »Von den 600 Obdachlosen, die zum Mont Chauve gebracht wurden, waren nur ca. 50 echte Bettler. Bei den übrigen handelt es sich um Marginalisierte, von denen 70% aus Osteuropa kamen. An jeder Ampel traten sie - zusätzlich zu Beschimpfungen - mit Füßen in die Autotüren, wenn man ihnen nicht genug gab, oder schnitten mit dem Cutter über den Lack, wenn man nichts gab. Die Banden teilten die guten Kreuzungen unter sich auf. Diejenige von Nice-Etoile brachte zwischen 300 und 600 Francs am Tag ein«, so Jean Hanot, der Sicherheitsbeauftragte der Stadt, auf einer Veranstaltung am 21. November[2]. Das Referendum löste heftige Debatten aus, die Linke reagierte gespalten: Während kirchliche Gruppen, Menschenrechtsorganisationen und Sozialisten zum Boykott aufriefen - wie übrigens auch die FN -, plädierten die Kommunisten dafür, mit Nein zu stimmen. Schließlich beteiligten sich gut 22% der EinwohnerInnen Nizzas an der Abstimmung, von denen zwei Drittel dem Projekt des Bürgermeisters zustimmten. Die Klagen von 26 Obdachlosen gegen ihre gewaltsame Verschleppung aus der Nizzaer Innenstadt wurden dagegen aus Mangel an Beweisen abgewiesen[3]. Menschenrechtsorganisationen haben für den nächsten Sommer eine Fortsetzung des Widerstands gegen die Säuberungen angekündigt.

Miriam Lang

(1) *Le Monde 24.1.97*
(2) *Le Monde 23.11.96*
(3) *Liberation 1.-2.2.97*



Man nimmt sich ein Stück von der Stadt

Von Sprayern und Saubermännern

Foto: backjumps

Obwohl der Grafitti-Style mittlerweile breit kommerzialisiert ist und sich von MTV bis KADEWE gerade zu Werbezwecken hoher Beliebtheit erfreut, ist das Besprühen von Häusern und U-Bahn-Zügen weiterhin im Blickpunkt sicherheitspolitischer Interessen. Mit dem Anführen angeblicher Sachschäden in Millionenhöhe, werden massive Polizeimaßnahmen legitimiert. Die Jugendlichen werden in den Medien meist pauschal als Kriminelle bezeichnet.
Die ZAG sprach mit Adrian über die Sprayer-Szene und deren Kriminalisierung.
Adrian ist seit Jahren in der Hip-Hop-Szene aktiv. Neben der Organisation von Austellungen und dem Moderieren von Radiosendungen zum Thema hat er auch in einer Selbsthilfegruppe für jugendliche Sprayer mitgearbeitet. Seit drei Jahren gibt er das Magazin Backjumps heraus, das sich mit der Aerosol Kultur beschäftigt.

Foto: albert zecheru



ZAG: Der Berliner Verkehrssenator hat vor kurzem vollmundig erklärt, daß alle Flächen entlang der Stadtautobahn von Graffities gereinigt werden sollen. Kosten allein in diesem Jahr: 8 Mio. DM. Wie erklärst du dir dieses aufwendige Vorgehen?

ADRIAN: Deutschland muß sauber bleiben.(lacht). Die haben ein anderes Gefühl für Ästhetik. Meiner Meinung nach ist ne Großstadt ne Großstadt. Und so wie sie jetzt aussieht, so sieht ne Großstadt nunmal aus. Genau so ist unsere Gesellschaft.
Trainbombing oder Streetbombing ist ja eigentlich keine Sachbeschädigung, sondern Sachveränderung. Man verändert ne Sache vom ästhetischen Äußeren her. Aber es ist keine Beschädigung, denn der Zug z.B. kann ja weiter fahren. Aber es kommt eben kaum einer mit der Ästhetik klar. Weil das in ihren Augen Krickel-Krackel ist, das sie nicht verstehen, wozu sie keinen Bezug haben, und deshalb lehnen sie es ab.
Dabei ist Sprayen ja auch ein Hilfeschrei. Hallo, hier bin ich. Denn, wer hört mir sonst zu? Man nimmt sich ein Stück von der Stadt. Aber da ist nichts Negatives hinter. Die Kids probieren, kreativ zu sein. Du wirst ja auch tagtäglich von der Werbung vergewaltigt. Bloß der Unterschied ist, daß sie dafür bezahlen, daß sie dich vergewaltigen dürfen, und die Kids bezahlen eben nicht.

Aufwendige Reinigungsaktionen sind ja eher die harmlose Variante der staatlichen Reaktionen auf Writer. Die Szene ist seit Jahren im Blickfeld einer Soko der Polizei, und auch die Berliner Verkehrsbetriebe haben eine eigene Einsatztruppe gegen Sprayer. Wieso dieser ganze Aufwand?

Wenn ein System eine Sache nicht kontrollieren kann, dann probiert es dagegen vorzugehen. Die können die Writer nicht kontrollieren. Das ist offensichtlich, man muß sich ja nur das Stadtbild angucken. Und da sie es nicht kontrollieren können, versuchen sie, es zu kriminalisieren. Anstatt zu verstehen, daß das, was die Kids machen, eigentlich nur ein Spiegelbild der herrschenden Politik ist. Nicht mehr und nicht weniger. Die Kids werden nicht mit ner Dose in

der Hand geboren und sagen, so, jetzt will ich alles zuschmieren.
Sie müssen realisieren, daß sie die Fehler in der Politik gemacht haben. Jetzt geben sie Millionen an den falschen Stellen aus, um die Sache zu kriminalisieren, um die Stadt sauber zu machen, ohne zu schnallen, daß sie die Stadt so auch nicht sauber kriegen.
Ständig werden Gelder für Jugendzentren gestrichen. Was sollen denn die Kids machen? Und wenn sie auf der Straße abhängen, passiert irgendwann automatisch Scheiße. Das ist vorprogrammiert.

Von Seiten der Polizei und der Medien werden Sprayer meistens gleichgesetzt mit jugendlichen Gewalttätern. Wie sieht die Realität tatsächlich aus?
Das ist für Außenstehende schwierig auseinanderzuhalten. Die Kids wachsen miteinander auf. Der eine sagt sich dann eben ich will fun haben und ich will sprühen, der andere kann nicht kreativ sein und wählt dann einen anderen Weg. Der eine kriegt dann Anerkennung, weil er gute Bilder macht. Und der andere kriegt - in meinen Augen falsche - Anerkennung, weil er Angst verbreitet.
Die Bullen haben da nicht den Durchblick. Denen kommt das gerade recht. Die Bullen und die Medien haben dafür gesorgt, daß, wenn drei Türken mit Stoppelbart und Lederjacke die Straße runterlaufen, fast jeder Normalbürger denkt, das sind Gangster.
Gangs haben aber nicht nur negative Seiten. Was erwartest du von jemandem, der von morgens bis abends von seinen Eltern angekackt und vielleicht noch geschlagen wird? Die Gesellschaft kümmert sich auch nicht um sie. Für viele ist eine Gang, auch wenn sich das jetzt klischeemäßig anhört, so etwas wie eine Familie.

Was macht die Faszination des Sprayens aus?
Es ist keine Lösung. Aber es lenkt die Kids ab. Ich kann immer nur sagen, die Politiker sollten froh sein, daß es wenigstens noch dieses Sprühen gibt. Wenn sie das nicht hätten, würden viele von ihnen noch mehr Scheiße bauen. Ich will nicht sagen, daß sie keine Scheiße bauen. Aber sie probieren wenigstens, die positive und negative Energie, die du in der Großstadt aufbaust und die sich sammelt in dir, auf eine kreative Art und Weise abzulassen. Deshalb kann man nur froh sein, daß es das gibt. Aber auf längere Sicht ist das Malen allein für viele auch keine Lösung.
Viele von den Kids heute wollen so ghettomäßig drauf sein, auf der Straße abhängen und Scheiße bauen. Das ist auch traurig. Sie realisieren gar nicht, wieviel sie sich damit verbauen. Aber ich war in dem Alter auch nicht anders. Du hörst einfach nicht. Du mußt die Erfahrung selber machen.
Es gibt ziemlich viel Macho-Getue in der Szene. Die Kids sehen diese Videos von diesen Scheiß-Rappern aus Amiland. Die erzählen dann, wieviel Autos sie haben, wieviele Bräute sie gefickt haben und prollen mit ihren Knarren 'rum. Und sowas beinflußt dich natürlich, wenn du das immer wieder siehst.
Als ich 82 zur Szene gekommen bin, da ging es darum, fun zu haben, und sich gegenseitig zu batteln, d.h. mit der eigenen Kreativität den anderen fertig zu machen, in einem positiven Sinne. Damals war Sexismus und Gangsterism nicht so angesagt. Denn eigentlich geht es darum, einen positiven Ausweg aus dem Elend zu finden und die Probleme zu vergessen.

Foto: backjumps



Was müßte sich deiner Meinung nach in der Szene ändern?
Um zu wissen wohin du gehst oder wer du bist, mußt du wissen, woher was kommt. In der europäischen Hip-Hop und Aerosol-Kultur hat sich bisher kaum eine eigene Identität entwickelt. Viele machen nur das nach, was aus den Staaten kommt, verhalten sich wie Abziehbilder. Was ich den Kids immer sage, ist: Probiert, es zu verstehen, aber probiert auch zu verstehen: Ihr kommt aus einem anderen sozialen und kulturellen Umfeld, also probiert das, was ihr da seht, so zu verarbeiten, daß es sich in eurem Umfeld auch umsetzen läßt.

Wie könnte das ganze Geld, das für Polizeimaßnahmen und Reinigungsaktionen ausgegeben wird, besser genutzt werden?
Große und gute Plätze schaffen, wo die Leute malen können, Geld gezielt in Jugend- und Straßenarbeit stecken. Und Leute bezahlen, die wirklich Zugang zu den Kids kriegen. Leute, die aus der Szene kommen, die Erfahrungen haben. Da wäre das Geld richtig angelegt.
Das, was jetzt läuft, ist der Versuch, Feuer mit Benzin zu löschen. Das funktioniert nicht.

Interview: Albert Zecheru,
Jürgen Temming

Backjumps, c/o Sushi, Pariser Str. 44, 10707 Berlin

Streetbombing: Großflächiges Besprühen von Häuserwänden
Trainbombing: Großflächiges Besprühen von U/S-Bahnwagen oder ganzen Zügen
Gangsterism: Bezieht sich auf eine Art des Hip-Hop, den Gangster-Rap. In Texten und Videos verherrlichen die ausschließlich männlichen Rapper die Gewalt in den schwarzen Ghettos, geben sich pseudo-systemkritisch und verkaufen sich mit bösem Blick und Uzi in der Hand als Feind Nr. 1 des weißen Establishments.

Gegen das Prinzip der Spaltung

Eine Kritik der Politik der IG BAU



Foto: albert zecheru

Zu den alltäglichen Pressemeldungen gehören Berichte über Razzien, die auf Baustellen stattfinden und mit denen die sogenannten SchwarzarbeiterInnen aufgespürt werden sollen. Daß es sich dabei in erster Linie um Menschen handelt, die wegen der miserablen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in ihren Herkunftsländern gezwungen sind, ihre Arbeitskraft hier billig und unter miesesten Bedingungen zu verkaufen, wird selten erwähnt. Verschwiegen wird auch, daß sie erst durch die ausländerrechtlichen Gesetze zu Illegalen gemacht und kriminalisiert werden.

Für die zuständige Gewerkschaft dieser Branche, die IG BAU, ist dies kein Thema. Sie fordern zur Eindämmung der sog. Schwarzarbeit staatliche Kontrollen auf den Baustellen. Ihrer Ansicht nach richten sich solche Maßnahmen nicht gegen die Beschäftigten, sondern gegen die Unternehmer. Jede Razzia trifft aber in erster Linie die illegalen ArbeiterInnen, die mit Betrugsanzeigen, Bußgeldern und - wenn es sich um MigrantInnen handelt - mit Ausweisung zu rechnen haben.

Illegale Abeitsverhältnisse sind eine Form der ungeschützten Arbeit. Solche schlecht entlohnten und prekären Beschäftigungen nehmen nicht nur in der Baubranche zu, sondern auch im Hotel- und Gaststättengewerbe, der Medienindustrie oder nach der Änderung des Ladenschlußgesetztes, verschärft im Einzelhandel.

Die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse geht einher mit dem Abbau von Kernbelegschaften, d.h. dem Wegfall relativ geschützter Arbeitsplätze. Diese Entwicklung hängt mit der Profitmaximierung und dem Preisverfall der Arbeitskraft zusammen.

In der Bauindustrie geht dieses Konzept auf, da zunehmend mehr Aufträge fremd vergeben werden. Um in dem Konkurrenzkampf um die Aufträge bestehen zu können, unterbieten sich die Subunternehmen ständig und die von ihren gezahlten Löhne sind entsprechend niedrig.

Dieser Ausbeutung wird auch durch die festgeschriebenen Mindestlöhne, die niedriger als die tarifvertraglich festgelegten sind, nicht gestoppt werden. Für die Illegalisierten gelten sie nicht und bei den anderen läßt sich die Einhaltung genausowenig kontrollieren wie die Einlösung tarifvertraglicher Ansprüche. Ein bestehender Individualanspruch läßt sich zwar einklagen, aber ob Razzien als Ermunterung für einen solchen Schritt dienen, läßt sich bezweifeln.

Anstatt sich auch für die Rechte der sogenannten SchwarzarbeiterInnen einzusetzen und an dem Versuch einer Solidarisierung aller Beschäftigten zu arbeiten, forciert die IG BAU mit ihrer Politik die Spaltung. Unterstützung findet sie bei anderen Gewerkschaften und ihrem Dachverband, dem DGB. In Hamburg beispielsweise wurde ein Bündnis für legale Beschäftigung - illegale Beschäftigung verhindern - gegründet. Mitglieder sind neben dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften, die Unternehmensverbände, das Landesarbeitsamt sowie die Landesregierung Schleswig-Holstein und der Hamburger Senat. Ein Flugblatt des Bündnisses endete mit dem Aufruf zur Denunziation von SchwarzarbeiterInnen und illegal Beschäftigten.

Zu den Aufgaben einer Gewerkschaft gehört der Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und Billiglöhne - gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dies beinhaltet neben dem Abschied von der sozialpartnerschaftlichen Politik auch den Ausstieg aus der Logik der Standortdebatte.

Unter dem Druck der internationalen Konkurrenz, so wird behauptet, ist der Standort Deutschland in Gefahr. In dieser Ideologie erscheinen Beschäftigte und Unternehmer als eine Interessengemeinschaft. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit soll ausgeklammert, im Namen des Standorts Deutschland sollen Opfer gebracht werden. Ein Generalangriff auf Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen wird geführt. Die Menschen des einen Standortes werden in die Konkurrenz zu den des anderen getrieben. Das Prinzip dieser Spaltung findet auf allen Ebenen statt. InländerInnen gegen AusländerInnen, Kernbelegschaften gegen prekär Beschäftigte, Arbeitplatzbesitzende gegen Erwerbslose,etc. Rassismus, Nationalismus und Ausgrenzung sind nicht nur Folge sondern auch gleichzeitig Motor dieses politischen Konzeptes.Diese Spirale gilt es zu durchbrechen, denn in der Logik dieser Ideologie werden Löhne und Gehälter immer zu hoch, Arbeitszeiten immer zu kurz und das Sozialsystem immer zu teuer sein. Mit dieser Politik werden die Unternehmer ihre Profite weiter steigern, sie sind die Gewinner. Die Gewerkschaften, und allen voran die IG B.A.U., müssen sich von der Politik, die die soziale Frage mit der Standortsicherung vermischt, verabschieden und endlich ihre ureigenste Aufgabe - die Interessensvertretung aller abhängig Beschäftigten - wahrnehmen. Notwendig dafür ist eine kämpferische Politik, die einen eindeutigen Klassenstandpunkt bezieht. Eine Politik, die der Gegenseite übrigens schon lange zu eigen ist.

Elke Breitenbach

Zum Weiterlesen: Gabentisch Stadt

(Die Stadt als Gabentisch - Beobachtungen zwischen Manhattan und Berlin-Marzahn. Reclam Leipzig 1992, 586 S., 24 DM, ISBN 3-379-00732-3)
Verpackt im Immer-mal-wieder-Modethema STADT läßt sich zwanglos so gut wie jedes gesellschaftliche Thema (zum Beispiel *Roger Keil: Weltstadt - Stadt der Welt. Internationalisierung und lokale Politik in Los Angeles. 1993, 329 S., 48 DM, ISBN 3-924550-76-X* oder auch *Peter Noller, Klaus Ronneberger: Die neue Dienstleistungsstadt - Berufsmilieus in Frankfurt Main. Studienreihe des Instituts für Sozialforschung, Ffm, Campus 1995, 290 S., 36 DM, ISBN 3-593-35302-4)* ... und ebenso jede Zeitgeist-Regung transportieren, nicht nur wegen der hervorragenden Illustrierbarkeit, wie bei *Ulrich Schwarz (Deutscher Architektentag 1994): Risiko Stadt - Perspektiven der Urbanität. Hamburg, Junius 1994, 365 (große, teils bunte) Seiten zzgl. 14 S. Baustoffwerbung, 78 DM ISBN 3-88506-249-6).* sondern auch wegen der Möglichkeit, sehr spezielle, spannende Artikel hinter einem sehr allgemeinen, einschläfernden Titel wie »Stadt der Zukunft - Zukunft der Stadt« zu verbergen, wie *Frank Sträter: Los Angeles / Berlin. Stuttgart 1995, 160 Seiten, 19.80 DM, ISBN 3-00-000175-1.*
Und wohl vor allem wegen des simplen Umstands, daß Städte nun mal nichts weiter sind als Gesellschaft räumlich geballt, und damit auch der Ort, an dem alles einfach ein bißchen schärfer und früher zu Tage tritt als dort, wo sich die Gesellschaft eher im Raum verliert und das Leben alles in allem etwas gemächlicher verläuft, wie zum Beispiel in Freiburg: Angesichts der »Veränderung der Städte« warnt von dort ein Rolf Böhme »Beeilt euch zu handeln, bevor es zu spät ist zu bereuen«. *(Freiburg, Herder 1997, 188 S., 17.80 DM, ISBN 3-451-04525-7).* Klar, Herder-Verlag, aber der Mann (auf dem Titelbild...) ist nicht Pastor, sondern Oberbürgermeister, und der fragt sich, wie man noch »regieren kann, wenn immer mehr Gruppen immer größere Ansprüche stellen«, während das »finanzielle Ausbluten der Haushalte den Handlungsspielraum auf Null reduziert«. Was ein Beton-Sozi aus einem Alternativ-Städtchen par exellence wohl nicht genauer benennen kann, tritt in der großen Stadt par exellence bereits unübersehbar zu Tage: Die Stadt »des nächsten Jahrtausends sieht man sich am besten von den Ruinen (ihrer) alternativen Zukunft aus an« - so Mike Davis zu Beginn seiner Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles, *City of Quartz (Verlag der Buchläden... Berlin/Göttingen 1994, 519 S., 45 DM, ISBN 3-924737-23-1)* ... bei denen er in den jüngeren Schichten auf Crackökonomie und disperse lokale Machtstrukturen, Gangs und Sicherheitswahn stößt. Was Davis zur Schärfung des Blicks gezielt einsetzt, das Spiel mit Gegenwart/Zukunft/Vergangenheit-Verkehrungen, benutzt Marco Deramo eher mutig ex ante: *Das Schwein und der Wolkenkratzer - Chicago - eine Geschichte unserer Zukunft. München Kunstmann 1996, 461 klassisch gesetzte und gebundene Seiten, 48 DM, ISBN 3-88897-172-1.*
Die Kontinente, digitalisiert, blau umnachtet und schräg um den Nordpol gedreht, so präsentiert Campus *Saskia Sassen: Die Metropolen des Weltmarktes - Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt / New York, Campus 1996, 188 S. 39.80 DM, ISBN 3-593-35459-4*, ein äußerlich aufgepepptes, zwischen den Paperback-Deckeln aber eher schwaches Buch der Stadtplanungs-Professorin von der Columbia-Universität in New York. Cyber-Hype halt. Was die neue Rolle der Global Cities am Boden, an ihren sozialen Juckepunkten bewirkt, dazu findet sich dort viel weniger als bei *Elisabeth Blum: Wem gehört die Stadt - Armut und Obdachlosigkeit in den Metropolen. Basel, Lenos 1996, 278 S., 36 DM, ISBN 3-85787-256-X.*
Francois Dubet und Didier Lapeyronnie (IM AUS der Vorstädte - Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft. Stuttgart, Klett-Cotta 1994, 244 S., 36 DM, ISBN 3-608-91409-9) lieferten uns aus dem Klappentext frei Haus das Bonmot der Saison auf Seite 2.
Und beim »Blick vom Rand aufs Zentrum« *(Gangs in amerikanischen Großstädten. Hamburg, EVA 1994, 167 S., 36 DM, ISBN 3-434-50044-8)* konstatiert *Anne Guter*, daß »Gangs der amerikanischen Großstädte keineswegs außerhalb der Gesellschaft stehen, sondern längst zu deren unentbehrlichem Teil geworden sind: In dem sie selbst Besitzstreben und Gewalt verkörpern. Als Gegen- und Mitspieler der Polizei, als Ordnungsgaranten (!) dienen sie paradoxerweise der etablierten Ordnung, als verlängerter Arm der Gewalt sind sie Spiegel der herrschenden Gewalt.« Na Bitte: Wird doch alles wieder integriert. *(mw)*

Dankeschön geht an die BuchhändlerInnen bei Schwarze Risse für Ihre freundliche Unterstützung - alle Bücher sind dort erhältlich.



»Das Niveau der Arbeit um ein Mini-Mini-Schrittchen heben!«

Was bedeutet antirassistische Arbeit mit Flüchtlingen für UnterstützerInnen? Welche Auswirkungen hat ihre Arbeit auf ihren Alltag? Wo liegen die Erfolgserlebnisse, wo die Enttäuschungen? Sozialarbeit oder revolutionäre Schritte – danach befragten wir einen Vertreter der Bochumer Initiative Bahnhof Langendreer zu der von diesem Zentrum ausgehenden Flüchtlingsarbeit.

ZAG: Du vertrittst den Bereich Flüchtlingsarbeit hier im Zentrum.

Ja, ich bin Referent für Flüchtlingspolitik. Es gibt hier mehrere antirassistische oder Flüchtlingsunterstützungsgruppen und die Initiative Bahnhof Langendreer hat hier vor drei Jahren eine Stelle eingerichtet, um diese Arbeit zu unterstützen.

Welche Felder umfaßt Eure Arbeit?

Das ist ein breites Feld und umfaßt das in Kontaktkommen mit Flüchtlingen, Kulturarbeit mit den Flüchtlingen, das Aufgreifen von sozialen Problemen als auch die Unterstützung in ihren politischen Belangen.

Umfaßt Eure Tätigkeit damit auch »Servicearbeit« oder auch »Sozialarbeit«?

Ein Teil ist Sozialarbeit. Das fängt bei der Mithilfe bei der Wohnungssuche, bei Asylanträgen und der Sozialhilfe an.

Wie ist für Dich das Verhältnis von »politischer Arbeit« zu »Servicearbeit«, also konkreten Unterstützungsangeboten? Ist das überhaupt zu trennen?

Wir können diese Trennung nicht so machen. Wenn Flüchtlinge und MigrantInnen hier auftauchen und beispielsweise Probleme in ihren Asylverfahren haben, ist das für uns angesichts der Entwicklung mit dem Asylgesetz usw. nicht mehr Sozialarbeit, sondern ein politischer Schritt, zu versuchen, Flüchtlinge hierzubehalten. Wir versuchen auch, Flüchtlinge in ihren politischen Tätigkeiten zu unterstützen. Sicherlich sind das vorneweg kurdische Leute, die versuchen, hier zum Krieg in Kurdistan Öffentlichkeitsarbeit zu machen oder afrikanische Leute, die Vereine gründen möchten.

Gibt es für Euch eigentlich sowas wie »revolutionäre Sozialarbeit«?

Naja, das ist ein großes Wort. Wir versuchen, die Flüchtlinge wahrnehmbar zu machen und die Problematik der Flüchtlinge in die Gesellschaft, in die Stadt zu tragen, Konflikte aufzugreifen, sie überhaupt als Konflikte sichtbar zu machen. Ich will das nicht gleich als revolutionär bezeichnen. Ich denke, das ist Ausdruck linksradikaler Politik, eine antirassistische Politik, die für uns schon zukunftsweisend ist.

Im Konkreten läßt sich der Zusammenhang besser beschreiben. Ich bringe Beispiele: Es gab hier vor Jahren Unruhe oder Aufbegehren in den Flüchtlingsheimen gegen dieVersorgung mit Sachleistungen. Und da haben wir uns mit denen zusammengestzt, d.h. sie sind hierhin gekommen und haben ihr Problem erstmal vorgetragen und Mithilfe, Unterstützung angefragt. In dem Prozeß liegt natürlich auch eine Politisierung, weil die Leute aus anderen Ländern kommen und überhaupt nicht wissen, was man hier machen kann, wen man hier ansprechen muß, wie man es umsetzen



Foto: albert zecheru

kann. Insofern bestand ein Großteil der Arbeit darin, zu sagen wie die politische Lage hier überhaupt aussieht, wie man hier einen Eingriff machen kann.

Nachdem ein gemeinsames Handeln von Euch mit den Flüchtlingen an dem konkreten Problem bezüglich der Versorgung mit Sachleistungen zustande kam, gab es dann weitere gemeinsamen Aktionen oder bestand eine Gemeinsamkeit nur bezüglich dieses konkreten Problems?
Erstmal ging es um das konkrete Problem. Die Beteiligung am Streik war übergreifend. Daran haben sich albanische, afrikanische, kurdische, bosnische und tamilische Flüchtlinge beteiligt. Trotz minimaler Kommunikation wegen der verschiedenen Sprachen haben sie zusammen gekämpft. Der Streik ist grandios gewonnen worden, die Flüchtlinge haben sich total gefreut. Die Stadt hat die Bargeldzahlungen eingeführt. Dieser Haufen von Leuten aus verschiedenen Ländern hat im Protest zusammengestanden, aber als das konkrete Ziel erreicht war, ist dieser Zusammenhang auseinandergegangen. Die vielen Unterschiede kamen wieder zum Tragen.

Das Flüchtlingscafé hat alle zwei Wochen einmal geöffnet. Reicht das aus?
So wie es sich darstellt, reicht es aus. Aber wir haben hier gleichzeitig auch noch einen internationalen Verein, den ausländische Leute selber und eigenständig organisieren. Und insofern vermischt sich das. Das Café reicht aus, ist aber nicht der Ort, wo sich Flüchtlinge ohne den Rahmen konkreter gemeinsamer Probleme treffen. Zu allererst führen die Flüchtlinge ein eigenes privates Leben, was voll mit Problemen und Anstrengungen ist. Also irgendwie rauszukommen aus den schwierigen Verhältnissen, wo sie drinstecken, wenn sie hier zuerst in so ein Flüchtlingslager kommen.

Wie kommen die Leute eigentlich hierher? Wie erfahren sie von der Existenz des Flüchtlingscafés?
Es hat sich rumgesprochen. Meistens sind es konkrete Probleme, die die Flüchtlinge zum Kommen bewegen. Teilweise geht es von uns aus. Als wir beispielsweise Anfang dieses Jahres gehört haben, daß die Bundesregierung die Abschiebung der bosnischen Flüchtlinge vorantreibt, haben wir zu bosnischen Flüchtlingen Kontakt aufgenommen und versucht, die Leute hierhin zu mobilisieren. Zum ersten Mal gab es hier Versammlungen mit 50-70 Leuten aus Bosnien, die wohl noch nie zusammen an einem Tisch gesessen, sich erst kennengelernt und dann eine Auseinandersetzung aufgenommen haben.Danach haben die Bosnier ein großes Protestfest organisiert mit über hundert Leuten.

Treffen sich also nur einzelne Gruppen von Flüchtlingen, um ein für sie spezifisches konkretes Problem zu verhandeln, oder kommen beispielsweise auch kurdische und bosnische Flüchtlinge zusammen?
Eher selten. In der Frage der Versorgung mit Sachleistungen war es übergreifend, im Konfliktfeld Kurdistan sind es nur Kurden, bei den Abschiebungen von bosnischen Flüchtlingen waren es bosnische Flüchtlinge. Wir haben aber auch in den letzten Jahren Feste, Konzerte und andere kulturelle Veranstaltungen gemacht, wo dann auch verschiedene Flüchtlingsgruppen gekommen sind.

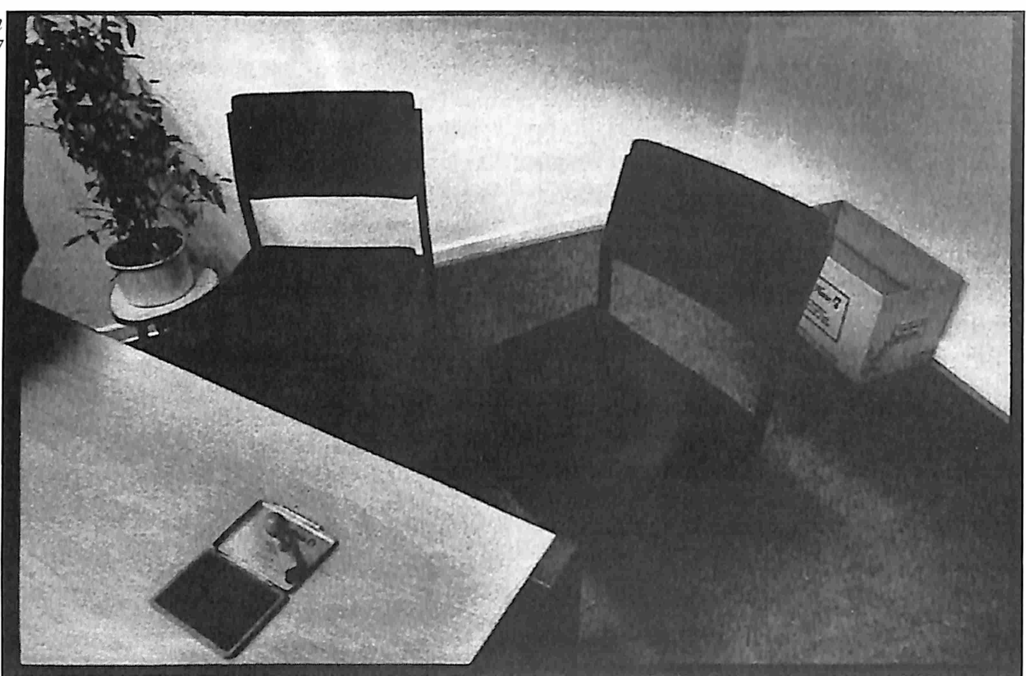
Wie ist das Verhältnis zwischen Deutschen, bzw. denjenigen, die das Angebot machen und den Flüchtlingen. Gibt es Konflikte, Enttäuschungen auf beiden Seiten...?
Es ist schwierig für die Deutschen, weil es doch eine Kraftanstrengung der Mobilisierung bedeutet. Konkret haben wir beispielsweise bei den bosnischen Flüchtlingen eine ziemlich niedergeschlagene Haltung erlebt. Wir waren mit den kurdischen und afrikanischen Leuten auf viel politisiertere Leute getroffen. Bei den bosnischen Flüchtlingen waren wir ziemlich bedrückt, weil die sich gar nicht bewegen wollten und wir unheimlich gerackert haben, um ihnen klar zu machen, daß so ein Entschluß der Bundesregierung nicht unumstößlich ist, daß es politisch richtig und sinnvoll ist, was zu machen. Manchmal reibt man sich auf... Aber jenseits des Frustes weiß man, daß man das Niveau der Arbeit um ein Mini-mini-Schrittchen gehoben hat.

Gibt es irgendwelche Tips, Erfahrungen, die du an Leute, die etwas Ähnliches machen wollen, weitergeben kannst?
Am Anfang gab es immer die Diskussion, ja dann leiern wir was an und dann wird man völlig besetzt. Nach unseren Erfahrungen ist das ein theoretischer Vorbehalt. Man muß es starten und dann wird man in der Praxis entscheiden müssen: Das kann man machen, das kann man nicht mehr machen, das war zuviel. Man wird Enttäuschungen aushalten müssen und auch mit Flüchtlingen Nähe herstellen und Distanz erfahren, auch Flüchtlinge abweisen müssen und man kommt in Probleme, die man nur unzureichend löst. Viele Sachen werden uns überhaupt nicht klar werden, weil wir auch sprachlich teilweise nicht verstehen, welche Probleme und Konflikte es unter den einzelnen Flüchtlingsgruppen oder den einzelnen Leuten gibt. Der Nationalismus der einzelnen Flüchtlingsgruppen zum Beispiel ist manchmal für uns unfaßbar, unerträglich und trotzdem muß man entscheiden, ob man hier was zusammen mit denen machen will, weil es hier um Essensversorgung, Abschiebungs- und Wohnungskonflikte geht, und sehen, wie man dann noch problematisieren kann, daß man mit den nationalistischen Vorstellungen nicht zurecht kommt. Man muß sich einfach darauf einlassen...

Interview: Céline Spieker

Kontakte:
Antirassistische Gruppen
c/o Initiative Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum

Abbildungen zur Dokumentation aus: ZEITMAGAZIN, 2/97



»Ein klein wenig hat der Junge aus Gambia mit Winfried Scholz gemein ...«

Zur Rolle der Medien bei der Verbreitung rassistischer Einstellungen

Am 7. Dezember 1993 erstach der Umweltingenieur Wilfried Scholz den gambischen Asylbewerber Bolong Jamba in einem Erste-Klasse Abteil des Eilzugs Hamburg-Buchholz. Scholz wurde im Juni 1995 in erster Instanz freigesprochen. Im März 1996 hat der Bundesgerichtshof einer Revision zugestimmt. Das bevorstehende Revisionsverfahren war der Anlaß für eine Reportage des ZEITMAGAZINS, die im folgenden Artikel kritisch beleuchtet wird.

Über die fatale Rolle, die (Print-) Medien bei der Verbreitung rassistischer Einstellungen übernehmen, ist viel geschrieben worden (z.B. A.F.R.I.K.A - Gruppe: Rassismus in den Medien). Wesentlich sind hier Einzelheiten, der Aufbau und die Wortwahl der Artikel. Selten wird aber Motivation und Technik solcher Autoren so beispielhaft vorgeführt wie im ZEITMAGAZIN 2/1997 in dem Artikel über den Tod Bolong Jambas von Jörg Burger und Michael Fink. Alle (Schutz-)Reflexe der Deutschen, die mit der Tatsache rassistischer Gewalt konfrontiert werden (allein im Oktober 1996 117 Überfälle), werden darin exemplarisch vorgeführt.

Diese Reflexe sind:

- Verharmlosung,
- Psychologisieren,
- Entschuldigen des Täters,
- Konstruieren einer übernatürlichen Tragik,
- die Denunziation von politischen Fluchtgründen,
- Verdächtigungen und Unterstellungen gegenüber den Opfern,
- schlußendlich der Spott über jene, die solche Zustände nicht widerspruchslos ertragen wollen.

Ich beschränke mich im folgenden auf einige wenige Formulierungen, die die Widersprüche innerhalb des Artikels und die für sie verantwortliche Abwehrhaltung (oder politische Motivation?) des Autors deutlich machen.

Nivellierung der Unterschiede zwischen Täter und Opfer

Für Burger gibt es keine politischen Fluchtgründe, solche werden nur »behauptet«. Migration findet ausschließlich wegen Armut statt. »Glücksritter« werden »in die Welt der Reichen gespuckt«, »das Land des Überflusses tritt dem Flüchtling 360 Mark pro Monat ab von seinem Wohlstandsglück.«

Das gibt den Hintergrund ab für eine unausweichliche, tragische, höchstens noch bedauernswerte Entwicklung, als zwei dubiose Persönlichkeiten aufeinander prallen: Jamba und Scholz. Die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden - der eine deutsch und deshalb in vielfältiger Weise privilegiert, der andere Gambier und deshalb rechtlich und sozial diskriminiert, der eine bewaffnet, der andere nicht - werden nivelliert: »Ein klein wenig hat der Junge[1] aus Gambia mit Winfried Scholz gemein, der wie er versucht, sich einzurichten in einer Welt, die er als feindlich wahrgenommen hat.« Dem psychologischen Gutachten über Scholz wird ein ganzer Absatz gewidmet, in dem dargestellt wird, wie krank der Mann ist. Der Gebrauch des Indikativ verdeutlicht, daß auch Burger daran nicht zweifelt. Jamba hingegen habe sich in der »norddeutschen Klinkersauberkeit« von Scheeßel nicht wohlgefühlt. Damit werden die Ursachen des Konflikts im Unterbewußtsein von Scholz und erstaunlicherweise auch Jamba verortet.

Verdächtiges Opfer – Entschuldigter Täter

So sehr Burger die Unterschiede zwischen Täter und Opfer verwischt, für einen Unterschied sorgt er selbst: Über Scholz weiß er alles ganz genau, während er über Jamba Vermutungen anstellt: »Vielleicht« hat das Opfer Drogen verkauft. Burger kann zwar seine Vermutung mit nichts anderem begründen als eben mit dessen Hautfarbe. Das hindert ihn aber nicht, die Unterstellung einen Absatz lang lyrisch auszumalen. Sicher ist dagegen, daß Scholz ein mehr oder weniger

harmloser Exzentriker ist, »ein ungeliebter Sonderling«, der Schwarze Bimbos nennt, weil er eine »gestörte Persönlichkeit« ist. Für ihn gibt es Mitleid: »Es ist das Unglück des Außenseiters, daß ihm nach seiner Tat niemand mehr sein Anderssein verzeiht, nicht einmal die gewohnten Schrullen.« Nachdem Burger sechs Seiten lang Mutmaßung auf Mutmaßung gehäuft hat, rettet er sich und den Leser am Schluß in die Sicherheit: »Bestimmt(!) sieht er immer noch das schreckliche Bild in der Erinnerung (...) und gewiß (!) erinnert er sich,wie überzeugt er gewesen ist, daß der Mann ihn hat umbringen wollen mit der bloßen Hand.«
Wie und warum konstruiert jemand so einen derart vieldeutigen Artikel? Ohne eindeutige politische Absicht? Oder läßt da eine andere Art Biedermann sein politisches Unterbewußtsein auslaufen? Alle Ausdrücke, die auf den rassistischen Hintergrund des Falles bezug nehmen oder dazu verführen könnten, die Einzeltat, den Einzelfall in einen gesellschaftlichen Kontext einzuordnen, setzt der Autor in Anführungszeichen: »Rassist« oder »antirassistisch«.

Denunziation der Gegner des Freispruchs

Burger denunziert alle, die den Freispruch für Scholz nicht verstehen. Der Rechtsanwalt Georg Debler ist für ihn einfach nur ein Depp, ein hoffnungsloser Idealist, der »für seine Vorstellung (!) von einer besseren Welt kämpft.«
Die Tat weckt überall im sozialen Umfeld des Täters Abscheu, außer natürlich beim Autor, der den Überblick behält. Die Arbeitskollegen, die hoffen, »daß er ins Gefängnis kommt«, sind gehässig. Bei soviel Empörung ist die Vorstellung von Rassismus in Deutschland abstrus. Deshalb ist das Engagement von Menschen wie Debler nicht nur illusionär und lächerlich, sondern auch überflüssig.

Konstruktion eines tragischen Schicksalsschlags

Der Artikel beginnt und endet mit einem Stimmungsbild. Burger gebraucht gerne Naturmetaphern: Einleitend bemerkt er, daß in Scholz' Garten »keine Blumen« wachsen, abschließend ist von »zerrupften Birken« die Rede. Sogar Stacheldraht »wuchert« auf Scholz' Gartenzaun. Übersetzt: Niemand hat ihn dort angebracht, sondern Stacheldrahtpollen sind auf dem Zaun gelandet und haben ausgetrieben. Auch die Tragik der Tat (deren Beschreibung von diesen Naturbildern umschlossen ist!) hat so etwas Naturhaftes, Natürliches und deshalb auch Unabänderliches.
Aber an diesem Fall ist nichts Tragisches. Nicht das Schicksal ist verantwortlich dafür, daß ein Mensch wegen seiner Hautfarbe ermordet wird, daß daraufhin der Täter freigesprochen wird. Antirationale Reflexe, im besten Fall Denkfaulheit, erlauben es, mit Hilfe der Konstruktion eines tragischen Vorfalls Kausalitäten und damit Verantwortung zu leugnen. Eben dafür sorgt dieser Artikel. Und damit auch dafür, daß Fremde garantiert Fremde bleiben, am besten - wie Scholz in seinem Schlußwort formuliert - in der Fremde.
Burger hat (mit Hilfe der stimmungsvollen Bilder von Michael Fink in schwarz-weiß, die für eine dezente Melancholie sorgen) das »journalistische« Kunststück fertiggebracht, die unangenehmen Tatsachen zum Verschwinden zu bringen.

Matthias Becker

[1] *Warum Junge? Wie alt ist Jamba? Oder übt Burger die u.s.-amerikanische Praxis, Farbige mit »boy« zu titulieren?*



Karl Bartels: Mit Fremden leben.

Frankfurt/M.: Verlag für Akademische Schriften, 1996.

Bartels, ein Pfarrer von 75 Jahren, legte »den Warnungen von Verlegern und Buchhändlern zum Trotz ein neues Buch zur Fremden- und Ausländerproblematik vor«. Wenn ein Buch schon so anfängt, ist man als lesende Person gleich selbst gewarnt. So ist außerdem klargestellt, daß der Autor das Problem in den »Fremden« sieht. Und so geht's noch auf Seite 1 weiter: »Niemand denkt daran, die Tore schrankenlos weit zu öffnen und Jeden in die Bundesrepublik aufzunehmen.«
Bartels will das Problem mit den Ausländern »tiefenpsychologisch« klären und wundert sich über die Deutschen: »Selbst denen, die [in der BRD] volkswirtschaftlich unentbehrlich sind, werden die zentralen Bürgerrechte verweigert«. »Bedenklich« findet Bartels die Forderung aus der CDU, daß die Bundeswehr »gegen illegale Flüchtlinge eingesetzt« werden soll, denn: »Damit wäre das Tabu der Trennung zwischen Polizei und Militär erschüttert.« Wer nun selbst noch nicht kräftig erschüttert ist von solcher Kunde, dem sei gesagt (auch denen, die es seit den Anti-Startbahn-West-Gottesdiensten vergessen haben könnten), daß die Politiker heutzutage »die Erschütterung der freiheitlich demokratischen Grundordnung zulassen«.
Und: »In unserer Republik wächst ein gefährlicher Nationalismus«, was man schon daran merkt, daß man »Wir sind ein Volk / das Volk« sagt. Das Wort Rassismus mag Bartels nicht, aber »Fremdenfeindlichkeit, Fremdenfeindschaft und Fremdenhaß« gibt es schon in Deutschland. Übrigens »befinden sich die Ostdeutschen in einer ähnlichen Lage wie die Nicht-Deutschen«, die nach Bartels Ansicht offenbar genauso häufig abgeschoben oder erstochen werden wie ImmigrantInnen. »Fremdenhaß« aber »beruht oft auf einer psychopathologischen Störung, die dem Subjekt nicht bewußt ist; deshalb kann man ihn nicht bekämpfen.« Folglich sind auch »die Chancen einer gründlichen Umbesinnung der Bürger unserer Republik nicht groß.« Was also tun? Da hilft nur Argumentieren:
»Die Bevölkerung der Bundesrepublik kann quantitativ durch Nachwuchs nicht auf einem ausreichenden Stand (Renten!) gehalten werden. Dies wird nur durch den Zuzug Nicht-Deutscher möglich sein.« »Die Arbeitsimmigranten sind für die Bundesrepublik als Arbeitskräfte, Steuer- und Beitragszahler sowie als Produzenten und Unternehmer unentbehrlich. Ihre menschlichen Qualitäten als gute, hilfreiche Nachbarn sind für die deutschen Bürger von großer Bedeutung.«
Freilich gibt es auch »rationale Motive der Fremdenfeindlichkeit«, wie z.B. so lästige Dinge wie »Überbevölkerung« und Arbeitslosigkeit. Nur eine »fremdenfreundliche Politik hülfe dem ab«. Aber: »Das Übergreifen diverser Konflikte aus den Herkunftsländern stört zweifellos die Ruhe und Ordnung in der Bundesrepublik.« Wo das zu weit geht, »müssen Polizei und Gerichte selbstverständlich einschreiten«.
Wie viele Probleme mit Ausländern es auch geben mag, Bartels macht klar, daß er gegen Ausländerfeindlichkeit ist. Dagegen hat er Rezepte: »Grundsätzlich müssen alle Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Deshalb dürfen auch aggressiven Rassisten und Rechtsextremen Gehör und Gespräch nicht verweigert werden.« Naja, undsoweiter, »Toleranz« halt, lieb sein und Doppelstaatsangehörigkeit, Kirchenasyl auch und »Gewaltfreiheit«. 185 engbeschriebene Seiten lang wird das ausführlich dargelegt. Selten wird man so hart darauf gestoßen, welch eine Strafe Lesen sein kann!
Ach ja: Bartels hat 1991 auch schon ein Buch mit ungefähr demselben Inhalt geschrieben, es hieß »Der projektiv verschobene Haß«. Ist auch nicht besser.

G. Orth

(Alle Zitate sind aus dem o.g. Werk »Mit Fremden leben«)



Foto: Mathis Beutel

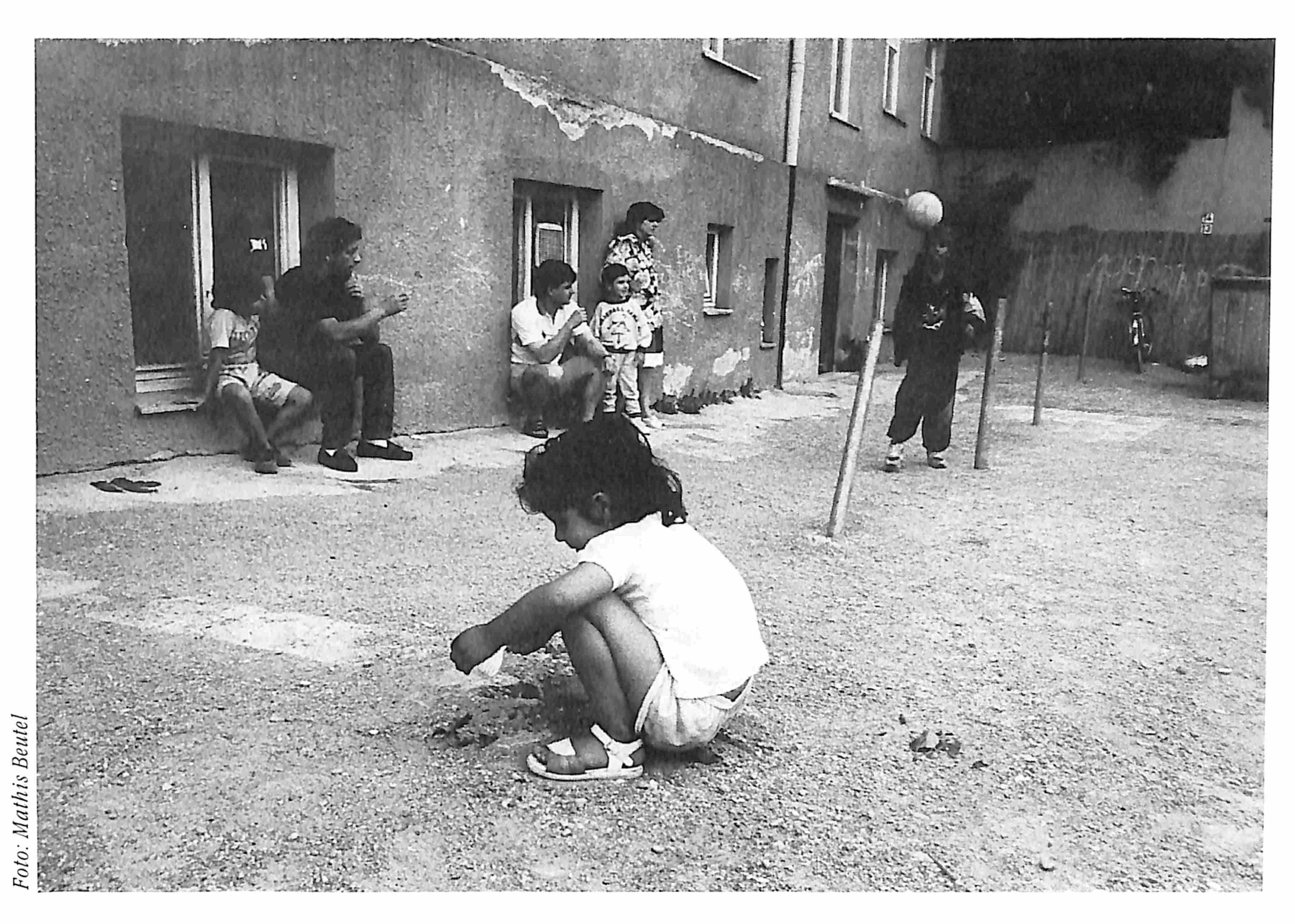


Foto: Mathis Beutel

Gewalt gegen Roma in Rumänien

Das »European Roma Rights Center« ist eine internationale Initiative, die sich die Beobachtung der Menschenrechtssituation der Roma zur Aufgabe gemacht hat und auch rechtliche Unterstützung im Fall von Menschenrechtsverletzungen bietet. Im September 1996 hat das Zentrum einen von Leila Szente und Dimitrina Petzrova verfaßten Bericht zur Lage der Roma in Rumänien vorgelegt, der höchst informativ ist.

Die Form der Mißhandlung der Roma hat sich seit dem Sturz des Ceaucescu-Regimes 1989 gewandelt. Früher griff ein wütender Mob die Häuser der Roma in der Nachbarschaft an – oft als eine Art kollektiver Strafaktion, um eine kriminelle Tat, die ein einzelner Minderheitenangehöriger (angeblich) begangen hatte, zu rächen. Die rumänische Regierung hat wiederholt ihre Unfähigkeit bzw. ihren Unwillen, die Roma vor diesen systematischen, gesetzeswidrigen kollektiven Bestrafungen zu schützen, demonstriert. Die rumänische Justiz hat die Opfer, die rechtlich gegen die an ihnen verübten Verbrechen vorgehen wollten, nicht unterstützt. Viele Betroffene sind aus Angst vor negativen Konsequenzen erst gar nicht so weit gegangen, ihr Recht auf juristischem Wege einzufordern. Die offizielle Inaktivität und die Tatsache, daß die Täter ungestraft davon kommen konnten, führten zu einer Art stillschweigenden Rechtfertigung der Gewalt gegen Roma.

Heute kommt die Bedrohung von einer offiziellen Institution – der Polizei. Zwar wurde aufgrund des Drucks von Menschenrechtsorganisationen auf die rumänische Regierung von dieser 1994 ein »Mob Violence Prevention Programme«[1] verabschiedet. Dort wird die Gewalt in den Nachbarschaften aber als lediglich sozial bedingt eingestuft. Rassismus spielt keine Rolle. Das zentrale Anliegen des Programms ist es daher, die Roma davon abzuhalten, kriminelle Taten zu begehen, damit der Mehrheit kein Anlaß dafür gegeben wird, Selbstjustiz zu üben – eine sehr einseitige Strategie. Die Minderheit und nicht das rassistische Verhalten der Mehrheit wird zum Hauptproblem deklariert. Tatsächlich sind seit der Verabschiedung des Programms aber immer öfter lokale Polizeieinheiten mit Gewalt und Razzien gegen Roma vorgegangen. Für das Anwachsen der Gewalt von offizieller Seite trägt auch die internationale Gemeinschaft – und besonders Deutschland – Mitverantwortung. Im März 1993 unterzeichneten Deutschland und Rumänien ein Rückübernahmeabkommen. Damit hat Deutschland sein »Roma-Problem« auf einfache Weise gelöst. Die Roma, die auch in Deutschland unter rassistischer Verfolgung zu leiden gehabt hatten, wurden als potentielle Opfer nach Rumänien zurückgeschickt. Die rumänische Regierung verdiente mit der Rückübernahme Geld. Viele der von der deutschen Regierung nach Rumänien abgeschobenen Roma waren ursprünglich vor rassistischen Übergriffen in ihren Nachbarschaften geflohen. Dabei wußten sie sehr wohl, daß es mittlerweile fast unmöglich war, nach Westeuropa durchzudringen und dort Asyl einzufordern. Das letztendliche Resultat von vergeblicher Flucht und erzwungener Rückkehr war, daß die rumänische Regierung sich nunmehr eines stillschweigenden internationalen Einverständnisses si-

cher sein kann, wenn sie mit den Roma so umgeht, wie es ihr gerade in den Kram paßt. Polizeirazzien in Romasiedlungen, die Schikanen und körperliche Mißhandlungen einschließen, begannen nicht zufällig gerade nach Abschluß des Abkommens zum immer wiederkehrenden Muster staatlicher Gewalt zu werden. Darüberhinaus sind in den letzten 12 Monaten von Polizisten und Sicherheitskräften wiederholt Schußwaffen gegen Roma eingesetzt worden - Roma wurden dabei gefährlich verletzt und in einigen Fällen getötet. Die Häufung von derartigen Vorkommnissen macht es unmöglich, sie als isolierte Phänomene abzutun. Der Einsatz von Schußwaffen gegen Roma stellt nicht nur eine Menschenrechtsverletzung dar, sondern läßt auch für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Die Razzien haben den Charakter von Invasionen, sind taktisch durchgeplant, arbeiten mit Überraschungseffekten und einer grotesken Mischung aus symbolischer und realer Gewalt. Von Seiten der offiziellen Politik werden Razzien als notwendiges Instrument zur vorbeugenden Eindämmung von Gewalt in den Nachbarschaften gesehen - als Maßnahme im Sinne des MVPP sozusagen. Die Razzien können in drei Kategorien klassifiziert werden: 1. Razzien ohne jegliche Rechtfertigung, 2. Razzien aufgrund illegalen Wohnsitzes, 3. Razzien zur Bekämpfung der Kriminalität. Für alle drei Kategorien werden in der Broschüre mehrere Fälle beschrieben. Die Funktion der Razzien ist die eines Signals an die rumänische Öffentlichkeit: »Überlaßt die Zigeuner uns, wir werden mit ihnen auf eine professionelle Art und Weise umgehen.« Die Polizei hat jetzt das Lynchen übernommen, eine Aufgabe, die zuvor von den wütenden Massen erledigt wurde. Die Razzien dienen dazu, ganze Gruppen von Roma massiv einzuschüchtern und in Angst und Schrecken zu versetzen. Dabei werden internationale Regelungen und nationale Gesetze systematisch verletzt.

Es ist nicht leicht, eine Verbindung zwischen dem verstärkten Schußwaffengebrauch gegen Roma und der Häufung von Razzien in ihren Siedlungen herzustellen. Allerdings wurde ein Anwachsen dieser beiden Formen der Gewalt im gleichen Zeitraum beobachtet. Das European Roma Rights Center führt dies auf die verfehlte Politik der rumänischen Regierung, die Gewalt in den Nachbarschaften in den Griff zu bekommen zurück: »Wenn die Roma als die einzige Quelle von Spannungen gesehen werden und wenn die Strategie zur Prävention von Gewalt durch den Mob lediglich im Sinne von präventiven Maßnahmen zum Stoppen der Roma-Kriminalität definiert wird, dann werden das Schießen und die exzessive Gewaltanwendung durch die Polizei weitergehen.«

Irmgard Geyer, ZAG-Redaktion

1) Programm zur Prävention von durch den Mob ausgeübter Gewalt

European Roma Rights Center: Sudden Rage at Dawn. Violence Against Roma in Romania. Broschüre, 62 S. Zu beziehen bei: European Roma Rights Center. H-1525 Budapest 114, P.O.Box 10/24, Hungary. Tel.: (+361) 327 3102; 327 3117; FAX: (+361) 327 3103; e-mail: cahncl@picasso.ceu.hu. homepage: http://www.ceu.hu//errc/errcmain.html

Foto: Mathis Beutel



Reggae, Roots und Ragga

Zu welchem genauen Zeitpunkt genau sich nun Reggae aus dem sogenannten jamaikanischen Beat-Rhythmus Rock Steady und der späteren jamaikanische Beat-Variante Ska entwickelte, läßt sich schwer festlegen. Zwar waren auf Count Ossies 1959 aufgenommenen »Oh Carolina« zum ersten Mal Trommeln in so etwas ähnlichem wie Reggae-Beat zu hören, doch der Zeitpunkt als der Reggae lernte, wie Reggae zu klingen wird allgemein in den frühen 60ern angesiedelt. Damals kamen im mittlerweile legendären Studio One Musiker wie Bob Marley, Peter Tosh und Bunny Wailer, die schließlich die Wailers gründen sollten, Rita Marley, Jackie Mittoo und einige andere zusammen und schufen – mit einem verlangsamten Rock Steady Sound – den Reggae. Ein bereits Anfang letzten Jahres beim Reggae-Label heartbeat (CRS) erschienener Sampler (The Toughest) mit frühen Stükken des vor einigen Jahren unter dubiosen Umständen ermordeten Peter Tosh, konzentriert sich auf diese Frühphase von '63 bis '66 und präsentiert 13 schöne Stücke aus dieser Zeit.

Es sollte aber doch noch über ein Jahrzehnt dauern, bevor Reggae seinen Siegeszug um den Globus antrat und mit Bob Marley das erste Mal ein Musiker aus der sogenannten 3. Welt auf den internationalen Bühnen und Plattenmärkten zum »Superstar« avancierte. Ende der 70er, Anfang 80er entdeckten auch einige Punkbands wie Clash oder Ruts den Reggae und experimentierten, teilweise gemeinsam mit Reggae-Musikern mit dem »neuen« Sound. Grob zusammengerafft läßt sich sagen, daß die europäische Reggae-Szene die restlichen 80er eher geprägt war von langweiligen und repetitiven hippiesken Reggaeklängen. Bis auf einzelne Ausnahmen schwappte auch nicht viel anderes über den Ozean (oder auch nur über den Ärmelkanal, in GB hat es aufgrund der Migration eine kontinuierliche und wesentlich diversifiziertere Reggae-Szene gegeben). Hin und wieder kamen flache Urlaubsreggaestücke genormter europäischer Konservenpopmusiker in die Hitparaden und insgesamt schien Reggae völlig uninteressant. Außer vielleicht für soziopsychologische Untersuchungen über die im Dudelpop mit Exotiktouch a la »Sunshine Reggae« enthaltenen Projektionen und geförderten stereotypen Assoziationen.

In den 90ern wendete sich das Blatt wieder und es erschließt sich uns heute eine Bandbreite von Reggae-Musikstilen und aus dem Reggae entwickelte Sounds wie nie zuvor. Roots Reggae, Raggamuffin, Dancehall, Dub, Jungle und einige andere. Es finden viele Konzerte statt, die verschiedenen Stile haben ihre Fangemeinde und ihre Clubs, in verschiedenen europäischen Ländern existiert eine lebhafte Reggae-Musikszene die hervorragende Bands und MusikerInnen vorweisen kann (GB, BRD, Italien, Frankreich, Niederlande u.a.). In Afrika, Nord- und Südamerika wird Reggae gespielt, selbst in Teilen des Pazifiks und Südostasiens enstehen auf Reggae-Rhythmen neue Variationen. In der Karibik ist Reggae dominierend und auf Jamaika hat der Markt unglaublich rasante Veröffentlichungsqouten entwickelt.

Doch back to the music und back to the roots, »Roots Reggae« heißt denn auch der Stil der sich weitgehend im traditionellen Rahmen bewegt. Diesem Sound ist auch die Roots Radics Band verschrieben. 1979 auf Jamaika von dem mittlerweile verstorbenen Rhythmusgitarristen Bingy Bunny und dem Bassisten Flabba Holt gegründet, haben diverse Reggaegrößen in der Band – eine Art Roots-Reggae-Institution – gespielt und die Roots Radics haben Stars wie Bunny Wailer, Israel Vibration, Gregory Isaacs Yellowman, Judy Mowatt und unzählige andere auf Tourneen oder Aufnahmen begleitet. Kürzlich erst haben die Roots Radics mit »radically radics« (RAS/CRS) ein neues Album veröffentlicht. Die fünf nicht mehr ganz jungen Herren (Trotz einiger hervorragender Reggaemusikerinnen ist auch und teilweise besonders Reggae a man's world, doch die gesamtgesellschaftliche Analyse wird hier angesichts der Kürze weitgehend unterschlagen...) präsentieren vorwiegend gut gespielten Roots Reggae mit schönen Melodien. Die Ausnahme bilden ein mißlungener Abstecher in moderneren und schnelleren Dancehall der in flachem Popsound endet und das geradezu abscheuliche mit Kinderchören unterlegte »Reggae For Kids«. Überraschungen sind weder musikalisch noch textlich (es geht um die klassischen Roots-Themen Liebe, Lehren, Lernen, Sozialkritik, Hanf und »preiset und lobet den Herrn« respektive Jah). Doch da niemand der Roots Reggae hört Überraschungen erwartet, bieten Roots Radics – solange sie auch nichts anderes versuchen – einen soliden Roots Reggae.

Ganz ähnlich verhält es sich auch mit den jüngeren The Congos, die mit »Natty Dread Rise Again« (RAR/CRS) Anfang diesen Jahres ihr neustes Album herausgebracht haben. Was sich mit gutem Roots Reggae, so etwa auch der Titelsong der Scheibe, anläuft, sinkt dann



schnell in Niveau bei einigen Stücken mit Rock- oder Soulelementen und erreicht schließlich mit »Love Is The Answer« die Niederungen der Banalität. Vielleicht hoffen The Congos auf einen Urlaubshit mit Dollarregen? Doch das wird ihnen nicht gelingen, dazu geben sie sich nicht poppig genug. Schon auf dem Cover, das ein Ölbild des ehemaligen äthiopischen Kaisers und Schlächters Haile Selassie I. ziert, wird die Ausrichtung auf die religiöse Rastafari Traditionslinie deutlich. Der 1930 gekrönte Kaiser, der seine Abstammung aus einer Verbindung mit Königin Saba ableitet und damit ein Nachkomme Davids wäre, hieß vorher Ras (Fürst) Tafari und gab der Rastafari-Bewegung seinen Namen. Diese entstand - ganz verkürzt - als Haile Selassie I. gekrönt wurde und die Meldung offensichtlich machte, daß es ein »unabhängiges« afrikanisches, schwarzes Land gab und die Kolonialherren doch nicht alles beherrschten. Haile Selassie wird als unter anderem Namen zurückgekehrter Jesus, als Messias und Göttlichkeit im recht hierarchischen aber auch stark sozial motivierten Rasta-Glauben verehrt. So auch bei The Congos die Geschichten vom Jüngsten Gericht zu singen wissen.

Einige Frühwerke und Ursprünge im Roots Reggae Style einer anderen musikalischen Traditionslinie, dem Dub Reggae - von dem einmal jemand sagte, er ginge vielen so nahe, weil er im Rhythmus des menschlichen Herzen schlägt - werden auf »Psalms Of Drums / The Black And White Story« (Pressure Sounds/EFA) vorgestellt. Das Label Pressure Sounds wurde 1995 von den Londoner Dub-Experimentierkünstlern und Pionieren des On-U-Sound-Labels ins Leben gerufen, um Re-releases ausgesuchter Klassiker der Roots-Reggae-Geschichte herauszubringen. »Psalms Of Drums« präsentiert 15 Stücke baßlastigen und hallfreudigen Reggae aus den 70ern mit deutlicher Dub-Prägung. Es handelt sich um Aufnahmen des »Black & White Label« von Carlton Patterson und King Tubby und die erste Compilation zu dem Label. Zu hören sind, neben den beiden Labelmeistern, Künstler wie Dillinger oder Michael Scotland. »Psalms Of Drums« ist uneingeschränkt empfehlenswert!

Bei den beiden Compilations Big Blunts Vol. 2 und Vol. 3 (Tommy Boy) ist gemeinsamer Nenner hingegen ein ganz anderer. Schon der Name Big Blunts (Blunts sind Marihuana-Tüten) und der Untertitel »More Smokin' Reggae Hits!« macht deutlich, wohin die Reise geht. Vor allem Vol. 2 präsentiert eine Reihe guter Dancehall-Stücke rund um das THC-haltige Rauschmittel, Gottesgras oder Heilmittel - je nach Standpunkt - Hanf respektive Weed. Auf der Compilation werden zwischen Dancehall und Ragga-Stars wie Bounty Killer, Jr. Cat, Beenie Man und einigen anderen auch einige Roots Reggae Stücke geboten. Die Bandbreite des Dancehallraggasound reicht dabei von langsameren und melodischeren Stücken bis hin zu dem eher harten »Eyes A Bleed« von Bounty Killer, das mit zahlreichen Samples aus dem ersten Cypress Hill-Album garniert ist. Bunter oder vielleicht auch beliebiger wirkt allerdings die Mischung auf Vol. 3. Die sind zumeist älter als auf Vol. 2 und der Roots-Anteil höher, dazwischen finden sich auch Stücke wie »Weed life« Rahsun & Skeeta Ranks, das zwar ein schönes Funk-Stück darstellt, aber in keiner der zwei (!) auf der Compilation enthaltenen Versionen so richtig zur Reggae-Familie gehört, etwas auf musikalischen Abwegen und mit RhythmusAusleihen aus »Another One Bites The Dust« von Queen, befindet sich auch Barrington Leby mit seinem »Gimmie The Gras«. Doch was soll's Hanf bindet ja bekanntlich ganz gut und andere »greens« um so mehr...

Der bereits vorhin genannte Bounty Killer, mit nur 24 Jahren einer der jamakanischen Superstars und Headliner auf den letztjährigen beiden größten Musikfestivals der Insel »Sunsplash« und »Sting« hat mit »My Xperience« (TVT/Virgin) ebenfalls ein neues Album veröffentlicht. Bounty Killer hat dabei verstärkt die Zusammenarbeit mit Rap-Künstlern und Produzenten gesucht und seinen rauhen Ragga-Dancehallsound mit Rap vermischt. Sowohl die Liste der beteiligten MusikerInnen, von Busta Rhymes, Junior Reid, Rekwon und RZA vom Wu-Tang Clan, über Jeru Da Damaja bis zu den Fugees, wie auch die der mitmischenden Produzenten, angefangen bei Erick Sermon, Sly & Robbie und Wycliff Jean über Bobby Konders bis RZA, zeugt von dem musikalischen Respekt den der DJ weltweit eingeheimst hat. »My Xperience« hält sich auch seit Veröffentlichung monatelang in den US-Charts (was ja eigentlich kein Kriterium ist). Doch die Kritikerriegen hier haben Bounty Killer mit »My Xperience« der großen Langeweile angeklagt. Wenn das Album auch weder die von der Plattenfirma gepriesene »perfekte Kombination aus Reggae/Ragga und HipHop« verwirklicht hat und auch nicht banbrechend innovativ erscheint, so bietet Bounty Killer doch gute rauhe Ragga-Stücke und eine wirklich ausgefallen nette Songs. Nur seine Ragga-Interpretation des Disco-Hits »(She Is A) Maniac« wäre besser unterblieben. Doch was soll's, es bleiben immerhin weitere 19 Stücke auf dem Album.

dario azzelini

Kleiner Grenzverkehr

Der Bundesgrenzschutz ist auf »Illegalen«-Fang. Verdächtig macht sich, wer eine andere Hautfarbe als bleich oder solariumsgebräunt hat, sich anders kleidet oder sich sonstwie »undeutsch« verhält. Das Jagdrevier wird immer größer ... Kurzfilm für Veranstaltungen über BGS-Kontrollen. Ideal als Vorfilm oder zur Einleitung für eine Diskussion.

»Kleiner Grenzverkehr«, Ein Kurzfilm von Jürgen Weber, (c) 1997 querblick, 2 Minuten. DM 25,- inkl. Rechte zur unbegrenzten öffentlichen Vorführung. (querblick)

querblick – Dokumentarvideoverzeichnis

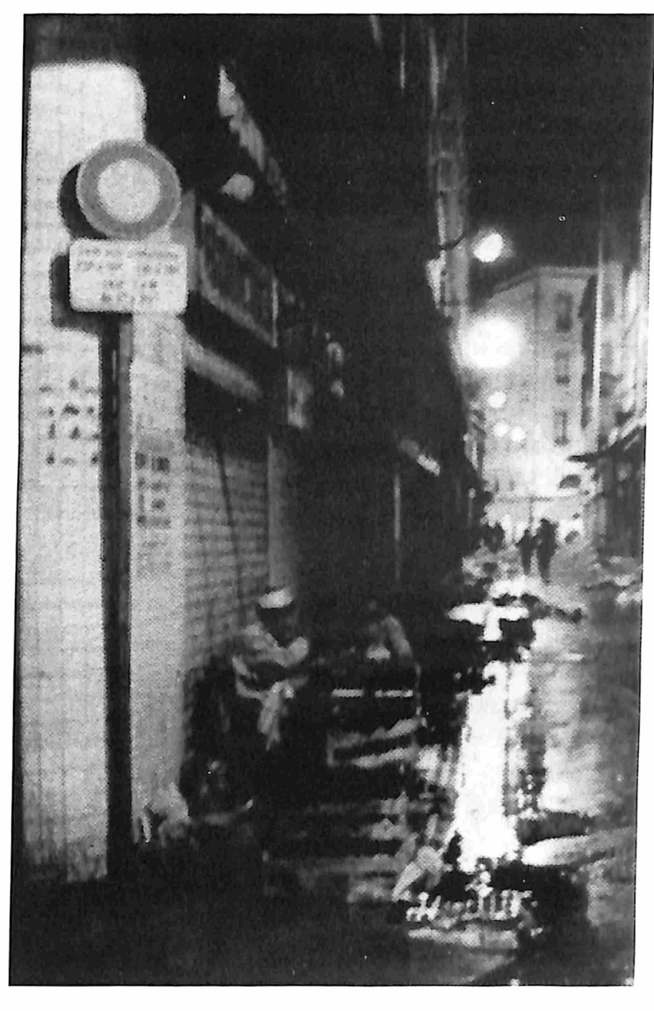
Das neue Dokumentarvideoverzeichnis 1996 von querblick ist erschienen. Darin sind 252 unabhängige dokumentarische Produktionen aus dem Jahr 1996 erfaßt. Mit dem Thema Rassismus befassen sich zwei Videos: »Blue eyed« von Bertram Verhaag dokumentiert die Workshops von Jane Elliot, in denen Menschen nach einem willkürlichen körperlichen Merkmal in zwei Gruppen eingeteilt werden. Eine von beiden stattet sie mit positiven Merkmalen - intelligent, besser etc. - und Privilegien aus. Die anderen werden mithilfe negativer Merkmale abqualifiziert und bekommen deutlich zu spüren, daß sie nie gewinnen können. So schafft sie einen Mikrokosmos der Gesellschaft, in dem Unterdrückungsmuster konkret erlebt werden. Hinter »Spurensuche« von Andreas von Hören verbergen sich neun Kurzfilme zum Thema Rassismus, die von Jugendlichen aus Wuppertal produziert wurden, um der wachsenden Präsenz rechtsradikalen Gedankenguts und der steigenden Anzahl rassistischer Übergriffe etwas entgegenzusetzen.

Verzeichnis Dokumentarvideo 96, 210 S. 12,-DM. Bezug: querblick, medien- und verlagswerkstatt, Macairestr. 3, 78467 Konstanz. fon: 07531 - 65002, fax: 07531-54929.

NADIR-Archiv dokumentiert Lübecker Brandanschlag

Das Hamburger NADIR-Archiv hat in großem Umfang Dokumente und Presseberichterstattung zum Brandanschlag von Lübeck im WorldWideWeb archiviert. Zum gleichen Thema finden sich außerdem Quellen beim Berliner Server von Info Pool Network (INFO-LINKS) und eine alternative Lübeck-Homepage steht inzwischen auch schon zur Verfügung.

Dokumentation im NADIR-Archiv: http:/www.nadir.org/archiv/repression/brand_luebeck/, INFO-LINKS: http://www.ipn-b.de/infolinks/, Lübeck-Homepage: http://www.berlinet.de/ari/kampagne/luebeck/luebeck.htm.



Leben in der Stadt: OFF LIMITS 16

Das neue Heft unserer Hamburger Schwesterzeitschrift profitiert einmal mehr von ihren guten internationalen Kontakten, insbesondere nach Frankreich sowie den Einblicken, die praktische Politik vor Ort gewährt. Hamburg, Zürich und Marseille und dort vor allem die Bettelnden und die Jugendlichen stehen im Mittelpunkt des Januar-Heftes zur Ausgrenzung im städtischen Raum.
Der mit Abstand spannendste Beitrag, ein Interview mit dem französischen Stadtplaner Paul Virilio, leitet das Heft ein. Virilio denkt die derzeitigen Auflösungserscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft konsequent zu Ende, sieht einer Epoche des umfassenden Armuts-Nomadentums aufziehen und schlägt flugs pragmatische Notlösungen vor: Stadtbojen (»balises urbaines«), Anlaufpunkte mit Beratung, Postfächern, Unterkunft und Abstellraum für Traveller, Obdachlose, WäglerInnen, Job-Nomaden - Allround-Läusepensionen für die Bevölkerungsmehrheit als erschreckend visionäre Antwort auf die nicht so einfach von der Hand zu weisende These, daß das 21. Jahrhundert einst als Zeitalter der zweiten »Völkerwanderung« in die Geschichte eingehen könnte. Schöne Aussichten... Gut zu lesen und hervorragend zum drüber debattieren! *(mw)*

OFF LIMITS 16: Zwischen Ausgrenzung und Unterdrückung - Leben in der Stadt. 44 Seiten. 6,-DM. Bestelladresse: ART Hamburg. 040-43 15 87 (Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg) oder an offlimits@mail.nadir.org.





LebensBilder - LebensLügen?

Seit Begründung der Biologie als Wissenschaft vom Leben Ende des 18. Jahrhunderts wandelten sich die Vorstellungen von »Leben« durch die Erkenntnisse biologischer und medizinischer Forschung. Grundlegende Bereiche wie Schwangerschaft, Geburt, Krankheit und Tod werden immer stärker von wissenschaftlichen Erkenntnissen geprägt und umgedeutet. Fortschritte in der molekularbiologischen Erforschung von Körperprozessen verlegen das Krankheitsgeschehen in die Welt von Molekülen und chemischen Reaktionen. Ob sich jemand als krank empfindet oder nicht, wird zunehmend von normierten Laborwerten beeinflußt. Die Frage des Todeszeitpunktes wird von medizinischen Möglichkeiten und Meßgeräten bestimmt. In der öffentlichen Diskussion um die zukünftige medizinische Anwendung der Bio- und Gentechnologie steht meist die Abwägung der Chancen und Risiken im Vordergrund. Die gesellschaftlichen Konsequenzen gehen dabei oft unter, da sie schwerer zu benennen sind. Die vorliegende Sammlung beleuchtet genau diesen Bereich von verschiedenen Seiten und eröffnet neue Perspektiven für die Auseinandersetzung. In der heutigen Biologie variieren die Analoga bzw. Definitionen für Lebewesen je nach biologischer Disziplin. Es gibt da Maschinen, chemische Fabriken, hochkomplexe, informationsverarbeitende, sich selbst regelnde und reproduzierende Subsysteme im ökologischen Kontext oder auch energiewandelnde Hydraulik-Konstruktionen. Im Bereich der Biologie und der nichtmenschlichen belebten Wesen bedeutet das derzeitige Verständnis von Lebewesen, daß es denkbar und, wie wir es gerade erleben, auch machbar ist, völlig neue Lebewesen zu schaffen. Die bisherige Identität der Lebewesen hat keine Relevanz in diesem Denken, sie wird ebenso ausgeblendet wie die zeitliche und räumliche Ordnung der Lebewesen in der Biosphäre. Im 19. Jahrhundert wurde versucht, mit Hilfe von Naturwissenschaft und Medizin die soziale Rolle der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft zu definieren und die Frauen auf Mutterschaft und Hausarbeit festzulegen. Heute, gegen Ende des 20. Jahrhunderts, werden mit Naturwissenschaft und Medizin technische Möglichkeiten entwickelt, die nächsten Generationen im Hinblick auf ihre genetische Konstitution zu kontrollieren. *(vla)*

Frauen gegen Bevölkerungspolitik: LebensBilder - LebensLügen? Leben und Sterben im Zeitalter der Biomedizin. Mit Beiträgen von Erika Feyerabend, Beate Zimmermann, Johannes Hoff, Florianne Koechlin, Barbara Duden, Marianne Gronemeyer und Wolfgang Sachs. Verlag Libertäre Assoziation, ISBN 3-922611-57-5, 144 Seiten, 22 DM

Traumwelten

Die Broschüre Traumwelten der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt versucht, eine Brücke zu schlagen zwischen den Lebens- und Arbeitsbedingungen brasilianischer Frauen dort und Migrantinnen hier in Europa. Sie will einen Einblick in Frauenarbeit und Migration bieten - nicht um zu bemitleiden, sondern zur politischen Einmischung gegen die herrschende »Ausländerpolitik« und Rassismus aufrufen.
Recife, ein Paradies für Sextouristen, ist der Ausgangspunkt vieler junger Brasilianierinnen, um aufzubrechen und in Europa ihr Glück zu versuchen. In Europa angekommen, stehen ihnen kaum Möglichkeiten offen, ihre Existens zu sichern: Jobs ohne soziale und rechtliche Absicherung sind die Regel und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen EhepartnerInnen werden durch ausländerrechtliche Bestimmungen zementiert.
Wie sich Frauen gegen diese Migrations- und Arbeitsbedingungen hier wie dort zur Wehr setzen können, wird durch drei Organisationen aus Brasilien und feministische Initiativen aus Deutschland vorgestellt. *(jt)*

ASW: Traumwelten - Migration und Arbeit brasilianischer Frauen. 5.-DM
Bezugsadresse: Hedemannstr.14, 10969 Berlin

Zitate sind Totschläger

Und noch eine Debatten-Dokumentation: Wir dokumentieren nur einige Zitate, um nicht in den Verdacht zu geraten, die Bundeswehrmacht verglimpfen zu wollen: Soldaten sind Handwerker - Mord hat goldenen Boden / Soldaten sind Mordskerle / Soldaten sind zum Schießen. Hintergrund für die Herausgabe der dünnen, aber sehr gut zusammengestellten Broschüre ist ein Verfahren wegen Volksverhetzung, das derzeit gegen Mitglieder des AStA der TU läuft. Statt eines Kommentars dazu lassen wir noch Leo Tolstoi zu Wort kommen: »Willst du nicht des Mordens teilhaftig werden, behandle jede Militärperson, wie man einen verwirrten, des Mordes überführten Menschen zu behandeln pflegt.« *(mw)*

Der Mörder-Paragraph
Broschüre zur Diskussion um den Ehrenschutz für Soldaten

herausgegeben vom:
amk des AStA TU
Marchstr. 6, 10587 Berlin
Jan. 97, 28 Seiten,
Unkostenbeitr. 1,- in Briefmarken

Folgen der Flüchtlingspolitik, die Zweite

Die Antirassistische Initiative hat eine bis Januar 1997 aktualisierte Fassung ihrer chronologischen Einzelfall-Dokumentation zur Abschiebepolitik vorgelegt. Die zugrundeliegenden umfangreichen Recherchen belegen: Durch die Flüchtlingspolitik der BRD

kamen mehr Flüchtlinge ums Leben als durch rassistische Übergriffe. *(mw)*

ARI: Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen - Januar 1993 bis Januar 1997. 2. erweiterte Auflage, 32 S., 4.- DM.

Polizeiübergriffe, die Dritte

Aktion Courage hat zum Jahreswechsel die dritte Fortschreibung ihrer Dokumentation von Polizeiübergriffen gegen AusländerInnen und Ausländer vorgelegt - die nach Bundesländern gegliederte Sammlung wird auch jedesmal dicker. *(mw)*

Polizeiübergriffe gegen AusländerInnen und Ausländer, 3. aktualisierte Auflage, 92 S., 10.-DM. Zu bestellen bei uns und bei: Aktion Courage e.V. - SOS Rassismus: PF 26 44, 53016 Bonn, Fon: 0228-21 30 61, Fax: 26 29 78, mail to:Akcourage@aol.com

Lübeck und kein Ende...

Der Stein des Anstosses, die Mobilisierungen in Mecklenburgische Grevesmühlen, Wohnort der Brandstifter von Lübeck, sind schon bald wieder Geschichte. Die politischen Auseinandersetzungen jedoch, die daran kurzzeitig aufbrachen, schwelen weiter und harren der Bearbeitung.

»Auf nach Grevesmühlen - Dokumente einer Kontroverse«, unter diesem Titel hat die Berliner Lübeck AG aus dem Archiv der Antirassistischen Initiative eine kompakte Sammlung von kontroversen Texten und Diskussionsbeiträge zusammengestellt, um eine Grundlage für ein Wiederaufleben der Debatten zu bieten. Die - bis auf das Vorwort der Gruppe - unkommentierte, chronologische Zusammenstellung reicht von bisher undokumentierten Redebeiträgen zum Brandanschlag auf die Asylunterkunft in Lübeck am 18.1.1996, darunter auch das kriminalisierte »Mörderland Deutschland«, über die Kontroverse um die Demonstration in Grevesmühlen selbst, über einige wenig verbreitete Nachbereitungspapiere bis zu Justus Wertmüllers »Grevesmühlener Gefühl« (Bahamas), dem bis zur Drucklegung letzten Wort in dieser Sache.

Layouterische und drucktechnische Glanzleistungen waren nicht beabsichtigt. Dafür kann das Heft, wenn auch noch unvollständig, auch im WorldWideWeb quergelesen werden. Es ist in HTML erstellt worden und führt - am Bildschirm - kreuz und quer durch einen Teil der nachgedruckten Dokumente und mitunter auch zu diversen anderen Texten, die sich mit dem Lübecker Brandanschlag und dem eskalierenden rassistischen Normalzustand hierzulande beschäftigen. *(mw)*

AUF NACH GREVESMÜHLEN? Dokumente einer Kontroverse. Reader des ARI-Archivs, 44 Seiten, Berlin 1997. Web-Adresse: http://www.berlinet.de/ari/kampagne/luebeck/reader1.htm Endverbraucherpreis 4.-DM. Zu beziehen bei uns und in guten Buchhandlungen.







ZAG im Abonnement

Wer ZAG regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren.
Unten auf dieser Seite findet Ihr unsere Bestellpostkarte.
Wir schicken Abos - soweit nicht anders vereinbart - nur raus, wenn sie bezahlt sind. Denkt also daran, rechtzeitig zu bezahlen.
Bitte füllt sowohl die Bestellung als auch den Überweisungsschein für die Bank vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. Wir haben nämlich immer wieder das Problem, Abo-Bestellungen und Überweisungen zu kriegen, bei denen wir wegen der unvollständigen Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen.
Ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben) kostet im Inland 20.-DM, im Ausland 30.-DM (inclusive Porto, Lieferung nur gegen Vorkasse.) Wer unsere Arbeit unterstützen möchte, zeichne ein Förderabo. Gegen Spenden haben wir selbstverständlich auch nichts einzuwenden.
Außerdem suchen wir Läden, Buchhandlungen und Gruppen, die die ZAG weiterverkaufen. WiederverkäuferInnen erhalten die ZAG auf Wunsch mit Rabatt oder auf Kommission. Wenn ihr daran Interesse habt, meldet Euch bei der Redaktion.

ZAG – Archiv

Ältere Ausgaben der ZAG sowie andere Publikationen der Antirassistischen Initiative könnt Ihr bei uns nachbestellen. Die Ausgaben Nr.1 bis 3 (noch ohne Themenschwerpunkt), sind noch alle verfügbar und kosten nur je 1.-DM.
Die Hefte aus der Zeit, als Antirassismus in Mode war, Nr.4 bis Nr.9 sind praktisch vergriffen, können aber im Zweifelsfall als Fotokopie, gelegentlich aber auch »antiquarisch« zugesandt werden. Bis aufs allerletzte Exemplar vergeben sind im Moment die Ausgaben 5 und 7. Bevor sie im Altpapier landen: laßt sie uns doch wieder zukommen! Es soll euer Schaden nicht sein, wir schicken euch wahlweise die neuesten ZAG's oder erstatten euch Porto und Kaufpreis.
Alle neueren Ausgaben (ab Nr. 10) sind noch verfügbar.

ZAG – Themenschwerpunkte

Jg. 1992
Nr.2 (Feb.) Greift ein!- Schaut nicht länger weg!
Nr.3 (Mai) Wer schweigt stimmt zu
Nr.4 (Aug.) Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr.5 (Nov.) Roma / Rostock *vergriffen!*

Jg. 1993
Nr. 6 (Feb.) Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne *vergriffen!*
Nr. 7 (Mai) Rassismus und Medien *vergriffen!*
Nr. 8 (Sep.) Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen!*
Nr. 9 (Nov.) Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *vergriffen!*

Jg. 1994
Nr.10 (Feb.) Rassismus und Bildung
Nr.11 (Mai) Innere Sicherheit
Nr.12 (Sep.) Rassismus und soziale Frage
Nr.13 (Dez.) Polizei und Justiz

Jg. 1995
Nr.14 (März) Deutscher Antirassismus? *Gemeinsame Ausgabe von ZAG und OFF LIMITS*
Nr.15 (Juni) Illegalisierung
Nr.16 (Sep.) Europa
Nr.17 (Dez.) Alltag - Kultur - Rassismus

Jg. 1996
Nr.18 (März) VietnamesInnen in Berlin
Nr.19 (Juni) Einwanderungspolitik
Nr.20 (Sept.) Ökologie
Nr.21 (Dez.) Balkan: Krieg und Flucht

Wer ZAG jetzt abonniert ...

bekommt von uns - auf Wunsch und solange der Vorrat reicht - als erstes den Jahrgang '95 (Einen sehr vollmundigen Jahrgang ...) als kleine Beigabe gratis zugesandt.

Wenn Ihr die ZAG regelmäßig in Eurem Briefkasten haben wollt

Ich möchte die ZAG regelmäßig in meinem Briefkasten haben

Ich abonniere die Zeitschrift Antirassistischer Gruppen ab der Ausgabe Nr __ __ und erhalte ein ZAG-Jahresabo, bestehend aus vier Ausgaben zum Preis von 20.- DM

- ❒ zugesandt ins Ausland, leider zusätzliche Versandkosten von 10.- DM
- ❒ und möchte die ZAG durch ein Förderabo (zusätzlich ____.- DM) unterstützen.
- ❒ Bitte schickt mir als Willkommen und zur Vervollständigung meines Archivs kostenlos den Jahrgang 1994 (Ausgaben 10-13)

Das Geld überweise ich auf das Konto der
Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
Konto: 303 96 01 Stichwort ZAG

- ❒ ich benötige eine Rechnung

Meine Anschrift:
Name:
Straße:
Ort:
Datum: Unterschrift:

ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59
D-10965 Berlin